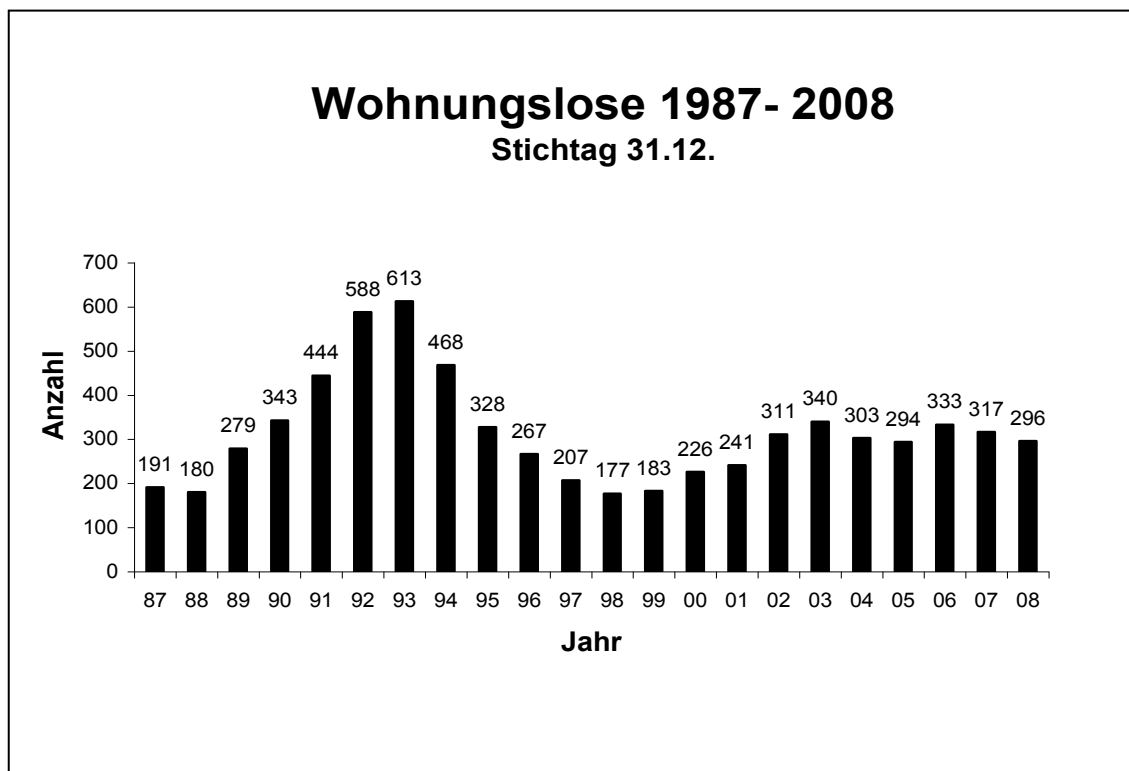


Gesamtkonzept Wohnungslosenhilfe '97

Sechster Sachstandsbericht 2009



Impressum

Herausgeber Stadt Karlsruhe/Dezernat 3

**Bearbeitung/
Federführung** Sozial- und Jugendbehörde
Winfried Uhrig

in Zusammenarbeit mit

Hannes Hildenbrand/Sozial- und Jugendbehörde

Axel Kastner/Sozial- und Jugendbehörde

Martin Lenz/Sozial- und Jugendbehörde

Barbara Mauter/Sozial- und Jugendbehörde

Sonja Rexhäuser/Sozial- und Jugendbehörde

Steffen Schäfer/Sozial-Jugendbehörde

Uwe Schlindwein/Sozial-Jugendbehörde

Mauricette Smitran/Sozial- und Jugendbehörde

Peter Stieglbauer/Sozial- und Jugendbehörde

Heike Winter/Sozial- und Jugendbehörde

Songard Grebe/Heimstiftung Karlsruhe

Christine Jung-Weyand/Diakonisches Werk

Inge Kemm/SOZPÄDAL

Uwe Enderle/Diakonisches Werk

Manfred Kern/Diakonisches Werk

Peter Schmidt/AWO

Sarah Schwiers/bwlv

Layout Stefanie Hochadel/Sozial- und Jugendbehörde

Druck Mai 2009

Vorwort

Mit dem Gesamtkonzept Wohnungslosenhilfe '97 initiierte der Karlsruher Gemeinderat in seiner Sitzung vom 13.05.1997 eine Aufgabe, die in sozialer und baulicher Hinsicht in Bezug auf die darin untersuchten Wohngebiete mit Entwicklungsbedarf auf etwa zwanzig Jahre angelegt ist.

Dem Gemeinderat wurde zum damaligen Zeitpunkt zugesagt, im Zweijahresrhythmus einen Sachstandsbericht vorzulegen. Diesem Anliegen wird nunmehr zum sechsten Mal Rechnung getragen.

Nach dem Barackenbeseitigungsprogramm der Stadt Karlsruhe in den 60er Jahren, dem Rahmenprogramm zur Rehabilitation sozialer Randgruppen in Karlsruhe von 1974, der intensiven Diskussion um den (Fort-)Bestand des Wohngebiets Kleinseeäcker in den 80er Jahren stellten das Gesamtkonzept Wohnungslosenhilfe '97 und dessen Fortschreibungen weitere konzeptionelle Bausteine im Bereich der Wohnraumversorgung für besondere Zielgruppen dar.

Nachdem die im Zweijahres-Rhythmus an den Gemeinderat zu leistende Sachstandsberichterstattung des Gesamtkonzepts Wohnungslosenhilfe '97 im März 2003 auf die ständig steigende Zahl an wohnungslosen Menschen aufmerksam gemacht hatte, legte das Dezernat 3 das „Aktionsprogramm Wohnungslosenhilfe“ auf. Mit dessen Hilfe konnte der negative Trend steigender Wohnungslosenzahlen bis heute gestoppt werden.

Der vorliegende sechste Sachstandsbericht belegt in beeindruckender Weise, wie die Wohnungslosenhilfe Karlsruhe in den vergangenen zwei Jahren weiter den Weg der Entwicklung zu einem differenzierten und bedarfsgerechten Hilfesystem gegangen ist.

Dieses Ergebnis war nur möglich durch eine konstruktive Zusammenarbeit aller beteiligten städtischen Ämter, die Unterstützung der Stadträtinnen und Stadträte des Karlsruher Gemeinderats, der in diesem Arbeitsfeld tätigen Institutionen und freien Verbände sowie der von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen. Mein Dank für diese Arbeit gilt allen Beteiligten, insbesondere Eigentümern und Vermietern, die bis 2005 mit über 200 Wohnungen ca. 600 Menschen eine selbständige Lebensführung in einer Wohnung ermöglicht haben.

Harald Denecken
Erster Bürgermeister

Inhalt	Seite
1. Vorbemerkung	7
2. Sachstand Gesamtkonzept Wohnungslosenhilfe '97	8
2.1 Fachstelle Wohnungssicherung	10
2.1.1 Prävention	14
2.1.1.1 Vorbeugung	14
2.1.1.2 Aufsuchende Sozialarbeit in der präventiven Wohnungslosenhilfe	16
2.1.1.3 Der Soziale Dienst der Stadt Karlsruhe im Kontext der Wohnungssicherung	19
2.2 Beseitigung von Obdachlosigkeit	19
2.2.1 Zahlen, Strukturen, Ergebnisse...	20
2.2.2 Unterkünfte und Unterbringung in Hotels	28
2.2.3 Unterbringungen mit Betreuungsangebot vor Ort	28
2.2.3.1 Wohnheim Rüppurrer Str. 23	28
2.2.3.2 Frauenpension (SOZPÄDAL)	31
2.2.3.3 Übergangsgruppe Kriegsstr. 88	31
2.3 Wohnraumbeschaffung	32
2.3.1 Wohnraumakquise durch Kooperation	32
2.3.2 Nutzungsverhältnisse	33
2.3.3 Scharnierstelle zur Volkswohnung GmbH	34
2.4 Sozialleistungen	34
2.4.1 Wohnungslosenhilfe in Zeiten von „Hartz IV“	34
2.4.2 Arbeitsvermittlung	35
2.4.3 Leistungsbereich SGB XII	36
2.5 Persönliche Hilfen in Wohnraum	37
2.5.1 SOZPÄDAL: Betreute Wohnformen	37
2.5.2 Heimstiftung: Wohngruppe Adlerstraße und Außenstellen	38
2.5.3 AWO: Betreutes Wohnen	39
2.5.4 Verein für Jugendhilfe: Betreutes Wohnen für haftentlassene wohnungslose Männer	40
2.5.5 Ohlebusch GmbH: Mehrfamilientherapie	41
2.5.6 bwlV: Betreutes Wohnen WG Lessingstr.	42
2.6 Beratung	43
2.6.1 Beratungsstelle für wohnungslose Männer	43
2.6.2 Beratungsstelle für Frauen und Paare in Wohnungsnot (SOZPÄDAL)	44
2.6.3 Programm „Lotsen aus der Wohnungslosigkeit“	45
2.6.4 Straßensozialarbeit (Diakonisches Werk)	47
2.7 Langzeithilfen	48
2.7.1 Langzeitwohngruppe Thomas-Mann-Str. (Heimstiftung)	48
2.7.2 Hotel Anker (AWO)	49

2.8	Versorgung	50
2.8.1	Erfrierungsschutz Kriegsstr. 88	50
2.8.2	Tagestreff „Tür“ (Diakonisches Werk)	50
2.8.3	Taff – kombiniertes Angebot: „Tagesaufenthalt“ und „Arbeiten und Qualifizieren“ für Frauen in Wohnungsnot (SOZPÄDAL)	51
2.8.4	Anlaufstelle „IGLU“ (Heimstiftung)	52
2.9	Junge erwachsene Wohnungslose	54
2.9.1	Pilotprojekt Betreutes Wohnen (SOZPÄDAL)	54
2.10	Psychisch kranke Wohnungslose	56
2.10.1	Betreutes Wohnen für psychisch kranke Wohnungslose (AWO)	56
2.10.2	Betreutes Wohnen für psychisch kranke Wohnungslose (SOZPÄDAL)	56
2.10.3	Pilotprojekt „Aufsuchende Sozialpädagogische Hilfen“ im Rahmen des Betreuten Wohnens für psychisch kranke Menschen (Diakonisches Werk)	56
2.10.4	Sozialpsychiatrischer Dienst	57
2.11	Arbeit, Beschäftigung, Aktivierung	58
2.11.1	Arbeits- und Beschäftigungsprojekt (AWO)	58
2.11.2	Taff – Arbeiten und Qualifizieren (SOZPÄDAL)	58
2.11.3	Wohnungsakquise und Sanierung (SOZPÄDAL)	58
2.11.4	Streetwork (Diakonisches Werk)	59
2.12	Medizinische Versorgung	59
2.12.1	Die Situation	60
2.12.2	Bedarf in Karlsruhe	61
2.13	Befragung Wohnungsloser	62
2.14	Kooperation mit der Stadt Stutensee	79
2.15	Ausblick	83
3.	Soziale Stadtteilentwicklung	84
3.1	Soziale Stadt	85
3.1.1	Oststadt	85
3.1.2	Innenstadt-West	86
3.1.3	Mühlburg	87
3.2	Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS)	87
3.3	Wohngebiete	88
3.3.1	Nußbaumweg	88
3.3.2	Kleinseeäcker	89
3.3.3	Zeppelinstraße/Durmshheimer Straße	91
3.3.4	Karl-Flößer-Straße	91
3.3.5	Lachäcker	91
3.4	Zielkategorien 2009 - 2011	94

1. Vorbemerkung

Als im November 1993 der „Sozialbericht '93" im Gemeinderat der Stadt Karlsruhe behandelt wurde, hatte die Wohnungsnot in Karlsruhe ihren Höchststand erreicht, was sich unter anderem negativ in der Wohnungslosenstatistik der Sozial- und Jugendbehörde niederschlug.

Zum damaligen Zeitpunkt war eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt, wie sie dann Mitte der 90er Jahre zu beobachten war, nicht unbedingt vorhersehbar. Diese Entspannung, die auch bedingt durch den Erwerb der ehemaligen amerikanischen Siedlung (Erzbergerstraße) durch die Volkswohnung GmbH und die bauliche Erweiterung Oberreuts war, gab dem Sozialdezernat die Möglichkeit, die Wohnraumversorgung materiell und sozial benachteiligter Menschen in Karlsruhe 1996 wiederum als ein Schwerpunktthema aufzugreifen. Die Entspannung am Wohnungsmarkt währte aber nicht lange. So waren seit 1998 wiederum steigende Zahlen an Wohnungslosen zu verzeichnen. Dieser Trend schien sich 2004 umzukehren, was die Hoffnung auf sinkende Wohnungslosenzahlen nährte. Inzwischen ist aber deutlich geworden, dass es ohne spürbaren Neubau von preiswertem Wohnraum auf dem Wohnungsmarkt keine wirkliche Entspannung geben wird. Nur durch eine Reihe von innovativen Maßnahmen gelang es, den Abfluss aus den Wohnungslosenunterkünften erheblich zu steigern und so die Zahlen der obdachlos-rechtlich untergebrachten Personen auf dem Vorjahresniveau zu halten.

2. Sachstand Gesamtkonzept Wohnungslosenhilfe '97

Das Gesamtkonzept Wohnungslosenhilfe '97 wurde im Sozialausschuss am 16.04.1997 diskutiert und am 13.05.1997 im Gemeinderat der Stadt Karlsruhe verabschiedet.

Die Bilanz des **1. Sachstandsberichtes 1999** enthielt folgende Schwerpunkte:

1. Abriss Bernsteinstraße 5/7 und Nußbaumweg 1/2;
2. Errichtung von Sanierungsbeiräten in den Wohngebieten Kleinseeäcker und Nußbaumweg;
3. Beteiligung der Bewohner/-innen zur Erstellung der Modernisierungspläne;
4. Befriedung Wohnwagenabstellplatz;
5. Rückgang der Anzahl von Unterbringungen im gesamten Bereich der Wohnungslosenhilfe.

Die Bilanz des **2. Sachstandsberichtes umfasste 2001** folgende Schwerpunkte:

1. Beschreibung der Entwicklung der baulichen Situation in den Wohngebieten Nußbaumweg und Kleinseeäcker;
2. Auflistung der wesentlichen Ergebnisse von Evaluation und Monitoring in verschiedenen Wohngebieten;
3. Beschreibung des Städtebauförderungsprogramms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die Soziale Stadt“;
4. Aktuelle Entwicklung der Karlsruher Wohnungslosenhilfe in empirischer und konzeptioneller Hinsicht;
5. Fachtagung vom 27.03.2001: „Arme Kinder und Jugendliche in sozial benachteiligten Wohngebieten“.

Im **3. Sachstandsbericht 2003** ließen sich die Themenschwerpunkte wie folgt skizzieren:

1. Wohnungssicherung;
2. Methodische Orientierung: Von der Kleinräumigkeit hin zur Stadtteil-ebene;
3. Soziale Durchmischung;
4. Förderprogramme insbesondere mit der Zielrichtung „Abbau von Bildungsbenachteiligung“;

5. Fachtagung vom 15.11.2003: „Entwicklung – Chancen – Prävention: Kooperative Jugendhilfe in Sozialen Brennpunkten zur Verhinderung von Kriminalität und Gewalt“.

Im **4. Sachstandsbericht 2005** fanden sich folgende Themenbereiche:

1. Wohnungslosenhilfe in der Sozialen Stadt;
2. Aktionsprogramm Wohnungslosenhilfe 2003 – 2005;
3. Soziale Stadt(teil)entwicklung in kleinräumiger Perspektive;
4. Soziale Stadt aus Sicht der Städtebauförderung;
5. Jugendhilfe als Kooperationspartner der Sozialen Stadt;
6. Tagesaufenthalt sozial und materiell benachteiligter Menschen;
7. Fachtagung vom 20.05.2003: "Schulverweigerung";
8. Fachtagung vom 24.09.2004: „Die Aufgegebenen einer Stadt? Psychisch kranke Wohnungslose zwischen Sozialverwaltung, Sozialarbeit, Medizin und Politik“.

Der **5. Sachstandsbericht 2007** konzentrierte sich auf folgende Schwerpunkte:

1. Wohnraumakquise und -sicherung;
2. Ausbau des Hilfesystems für alleinstehende Wohnungslose unter den Gesichtspunkten Differenzierung und Bedarfsgerechtigkeit;
3. Aktivierung;
4. Sanierung des Wohnwagenabstellplatzes (Gewann Lachäcker);

Für den Themenkreis „Soziale Stadt“ wurde 2007 ein separater Bericht vorgelegt

Der hier vorgelegte **6. Sachstandsbericht 2009** dokumentiert die Themenbereiche:

1. Konsolidierung der Fachstelle Wohnungssicherung
2. Entwicklung der Unterbringungsstruktur
3. Ausbau und Differenzierung des Hilfesystems
4. Dokumentation der 3. Befragung wohnungsloser Menschen
5. Kooperation mit der Stadt Stutensee
6. Wohnraumakquise durch Kooperation
7. Programm „Soziale Stadt“

2.1 Fachstelle Wohnungssicherung

Masterplanziel „Auflösung unbetreuter Obdachlosenunterkünfte“

Der Masterplan der Stadt Karlsruhe führt unter der Überschrift „Nachhaltige Integration von Obdachlosen in den Wohnungsmarkt und in die Gesellschaft“ aus: unbetreute Häuser zur Unterbringung Wohnungsloser – Obdachlosenunterkünfte – sind Inseln der Ausgrenzung in einer Stadt. Soziale Integration, gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe der Betroffenen kann nur erreicht werden über Wohnraum, der dezentralisiert über das gesamte Stadtgebiet Karlsruhes verteilt ist und den Bewohner/-innen ein sie aktivierendes Angebot im Sinne eines umfassenden Lebenslagekonzeptes (Arbeit, Bildung, Wohnen, Gesundheit und die Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben) bietet.

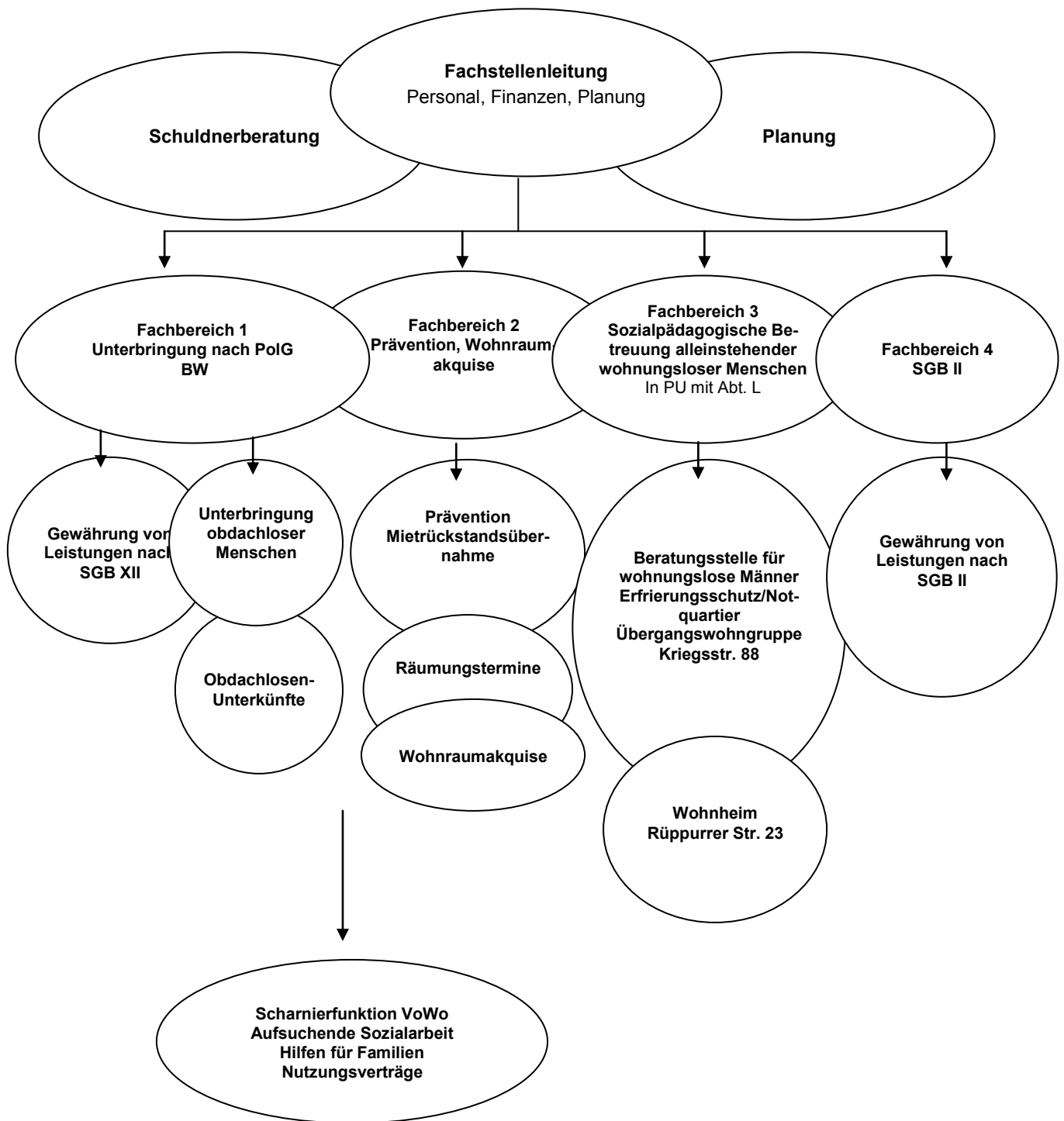
Bereits bis 2010 soll Karlsruhe eine Stadt ohne unbetreute Obdachlosenunterkünfte sein. Dazu sind derzeit noch vorhandene Obdachlosenunterkünfte aufzulösen und Wohnungslose in Wohnungen des freien Wohnungsmarktes zu vermitteln. Zum Ende des Jahres 2008 bestehen nur noch zwei unbetreute Unterkünfte: Scheffelstr. 37 mit 17 Plätzen sowie Gartenstr. 9 mit 30 Plätzen.

Im Jahr 2009 soll in der Scheffelstr. 37 das 2. Obergeschoss umgebaut werden, so dass statt der bisherigen Durchgangszimmer Einzelzimmer entstehen. Diese werden dann mit chronisch mehrfach beeinträchtigten Frauen belegt, die langfristig nicht mehr in eigenständigen Wohnraum vermittelt werden können. Für die Betreuung dieser Frauen wird ein Träger beauftragt. Die Gartenstr. 9 wird als letzte unbetreute Unterkunft aufgelöst. Hier sind vor allem Familien und Frauen vorübergehend untergebracht. Angedacht ist ein Umbau in kleinere Wohneinheiten, die Familien als Unterkunft dienen sollen. Wichtig wird danach die nachhaltige Sicherung des Erreichten, damit bei der zunehmenden Verknappung des Mietwohnraums nicht wieder neue unbetreute Unterkünfte gegründet werden müssen. Für Menschen in Wohnungsnot werden vor allem preiswerte Wohnungen benötigt. Dringend notwendig ist daher die Fortsetzung des Programms „Wohnraumakquise durch Kooperation“. Bei einem ausgeglichenen Wohnungsmarkt wären zur Versorgung der Wohnungsnotfälle betreute Unterkünfte für Menschen mit Unterstützungsbedarf sowie die Vermittlung in Wohnraum die einzigen beiden Bausteine. Da wir jedoch nicht über ausreichend Wohnraum verfügen, ist es notwendig, zusätzlich Menschen vorübergehend in Hotels unterzubringen. Dort werden sie dann bei Bedarf von den „Lotsen aus der Wohnungslosigkeit“ unterstützt.

Im Jahr 2008 hat sich gezeigt, dass in den Hotels vermehrt Menschen untergebracht werden müssen, die auf dem regulären Wohnungsmarkt keine Chancen mehr haben. Es handelt sich vielfach um verhaltensauffällige, körperlich abgebaute Menschen. Für diese ist als weiterer Baustein der betreuten Unterkünfte eine Ergänzung zur Einrichtung „Anker“ notwendig.

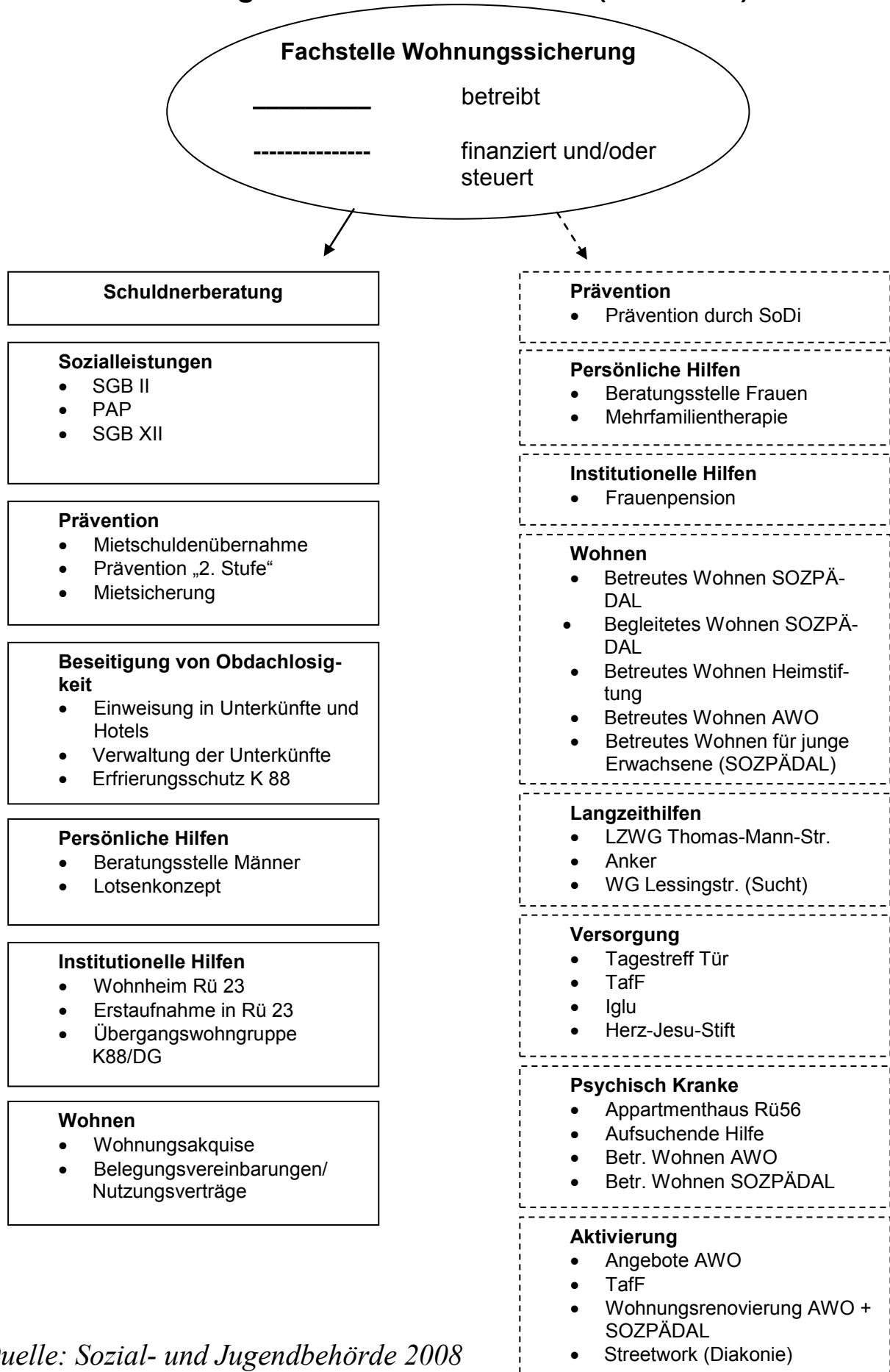
Die Fachstelle Wohnungssicherung organisiert ihre Arbeit unter prozessbegleitender Selbstevaluation mit wissenschaftlicher Begleitung von Frau Prof. Dr. Susanne Gerull/Berlin.

Organigramm Fachstelle Wohnungssicherung



Quelle: Sozial- und Jugendbehörde 2008

Wohnungslosenhilfe in Karlsruhe (Dez. 2008)



Quelle: Sozial- und Jugendbehörde 2008

2.1.1 Prävention

„Retten was geht“

Die Prävention in Karlsruhe arbeitet nach dem Motto “Retten was geht“ um drohende Wohnungsverluste zu verhindern. Dies bedeutet, dass der innerhalb des vorgegebenen rechtlichen Rahmens vorhandene Spielraum ausgeschöpft wird, wenn der Erhalt der Wohnung sinnvoll und möglich ist.

Durch schnelles Agieren und frühzeitige Hilfen können drohende Wohnungsverluste und damit verbundene hohe Kosten der obdachlosenrechtlichen Unterbringung und soziale Nachteile für die Betroffenen verhindert werden.

2.1.1.1 Vorbeugung

Zur langfristigen Sicherung des Wohnraumes bei Mietrückstandsfällen hat sich die enge Anbindung der Schuldnerberatung in der Fachstelle als sehr vorteilhaft erwiesen. Um noch mehr Unterstützung in diesem Bereich geben zu können, werden seit 2008 Sozialarbeiter/-innen der Wohnungslosenhilfe über Infoveranstaltungen der städtischen Schuldnerberatung geschult. Dies soll fortgesetzt und ausgeweitet werden.

Mieträumungsklagen/ Ausgleich von Mietrückständen

Die bereits in den Jahren 2005 und 2006 hohe Zahl der Mahnungen, fristlosen Kündigungen und Räumungsklagen hat sich leider auch in den Jahren 2007 (997 Vorgänge) und 2008 (1081 Vorgänge) weiter gesteigert.

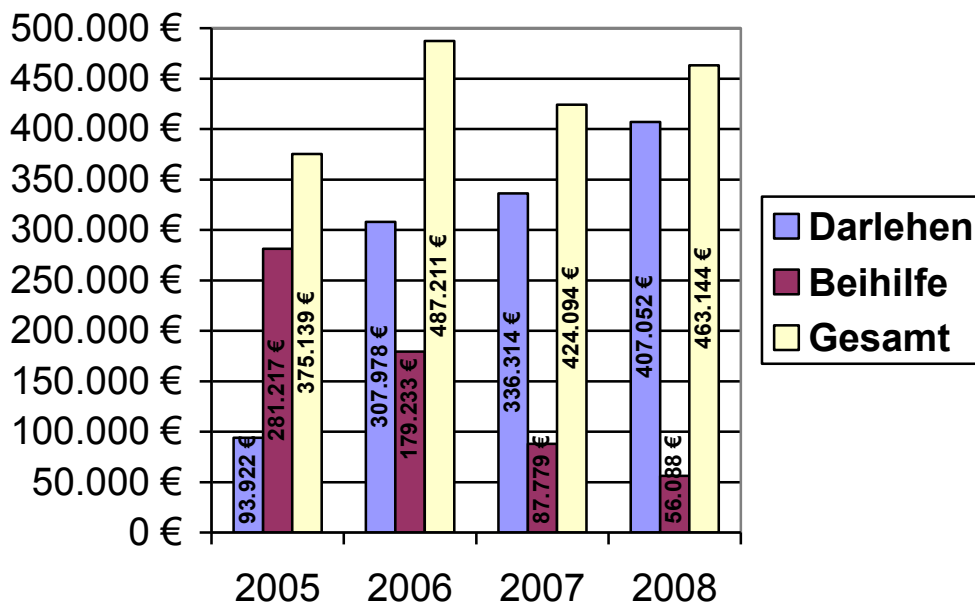
Gründe für diese Entwicklung sind u. a. die zunehmende Verschuldung innerhalb der Bevölkerung und die Auswirkungen des Arbeitslosengeldes II. Durch eine Gesetzesänderung des SGB II wurde die Weiterbewilligung der Mietzahlungen bei einer Inhaftierung gestoppt. Auch diese Anträge werden nun bei der Prävention der Fachstelle für Wohnungssicherung bearbeitet

Trotz weiter steigender Verfahrenszahlen ist die Zahl der Räumungstermine und die Anzahl untergebrachter Personen nicht analog angestiegen. Dies ist ein Erfolg der konzeptionellen Arbeit der Prävention.

269 Mietrückstände wurden im Jahr 2007 und 290 Mietrückstände im Jahr 2008 ausgeglichen. Hiervon waren 2007 insgesamt 567 Personen und im

Jahr 2008 insgesamt 599 Personen betroffen. In beiden Jahren waren jeweils 72,8 % der Antragsteller Leistungsempfänger nach dem SGB II.

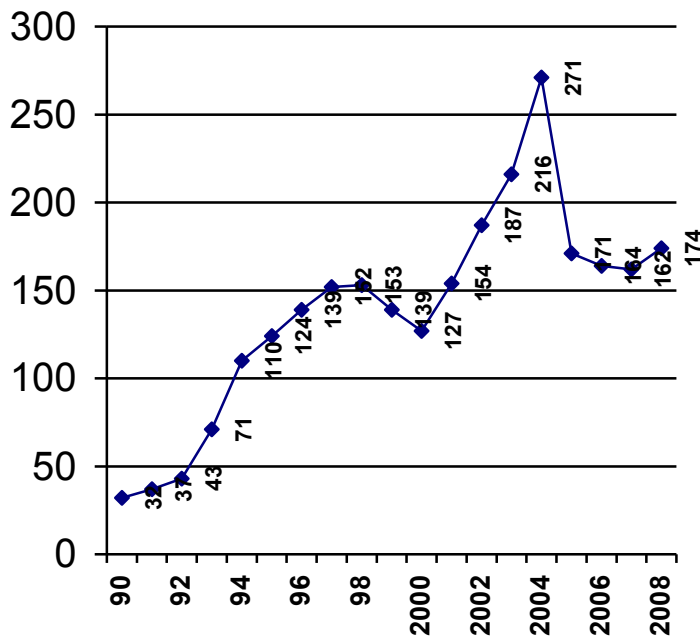
Der überwiegende Teil des Mietrückstandsenausgleiches erfolgt als Darlehen. 2007 wurden 79 % der Fälle als Darlehen und 21% der Fälle als Beihilfe gewährt. Im Jahr 2008 hat sich der seit 2006 bestehende Trend hin zum Darlehen weiter verfestigt. 88% aller Fälle wurden als Darlehen gewährt und 12 % als Beihilfe.



Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

Mietsicherung

Nach wie vor setzt die Fachstelle W die Mietsicherung als effektives Instrument der Wohnungssicherung ein. Der Mieter tritt die eigenen Einkünfte (z. B. Arbeitslohn, Rente, Krankengeld etc.) in Höhe der monatlichen Monatsmiete an die Fachstelle W ab. Die Fachstelle leitet diese Einkünfte dann an den Vermieter weiter. Somit können sehr zuverlässig Mietrückstände verhindert werden.



Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

2.1.1.2 Aufsuchende Sozialarbeit in der präventiven Wohnungshilfe

Die aufsuchende Sozialarbeit im Bereich der Prävention ist ein fester und wichtiger Bestandteil der Fachstelle Wohnungssicherung. Aufgrund der Erweiterung der Aufgaben und der steigenden Zahl wohnungsloser und von Wohnungslosigkeit bedrohter Menschen sind zusätzliche Maßnahmen notwendig geworden. Durch interne Umorganisation innerhalb der Fachstelle konnte dieser Arbeitsbereich auf zwei Stellen erweitert werden. Schwerpunkte sind die Hilfen vor dem Räumungstermin mit dem Ziel, Wohnungslosigkeit zu verhindern und - falls dies nicht möglich ist - die Unterstützung bei der weiteren Wohnungssuche. Je nach Problemlage werden zum Erhalt der Wohnung oder beim Einzug in eine neue Wohnung begleitende Hilfen über Träger angeboten, z. B. das Familienprojekt.

Räumungstermine

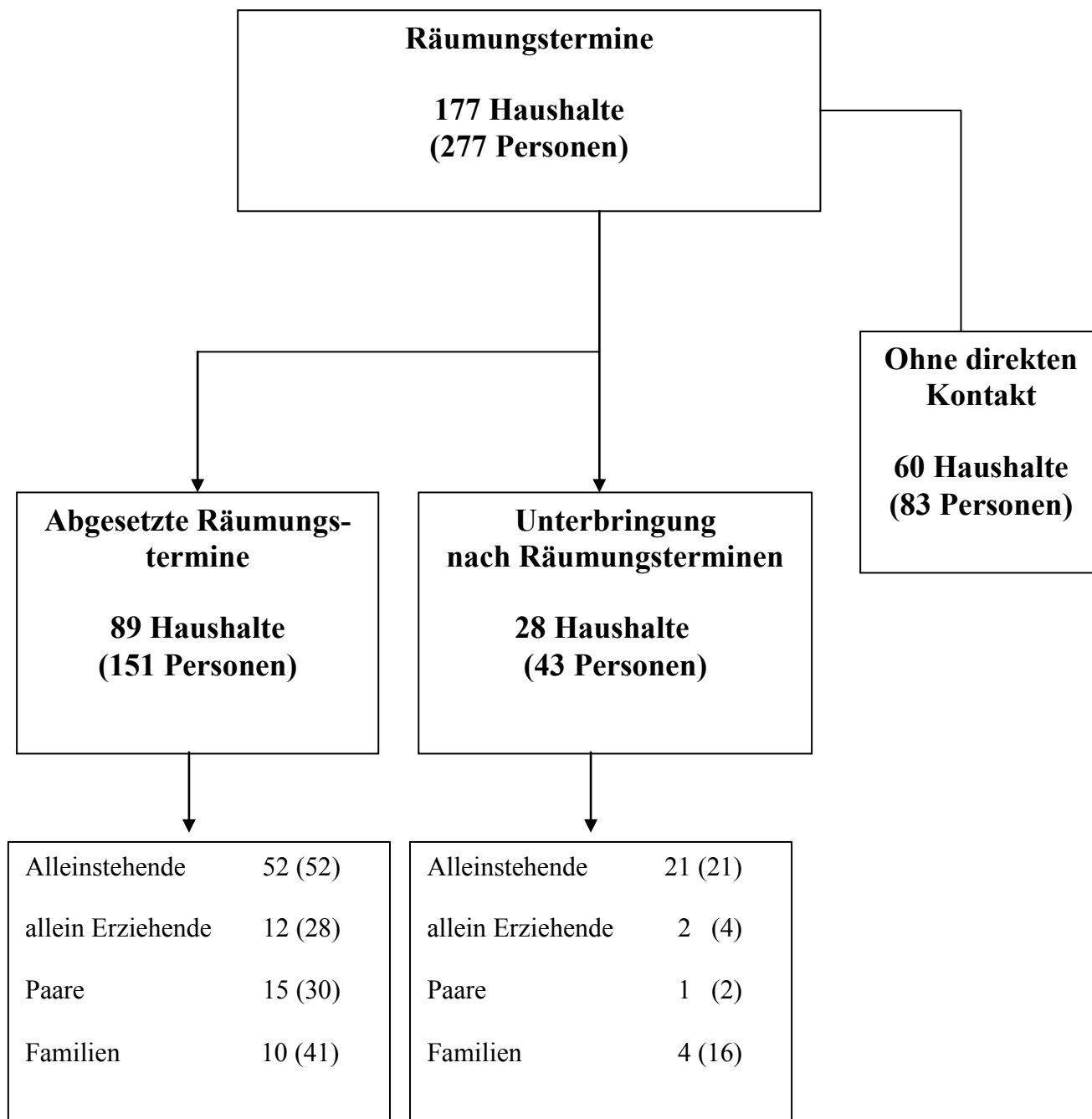
Schwerpunkt der aufsuchenden Arbeit ist die Hilfe vor dem Räumungstermin mit dem Ziel der Verhinderung von Wohnungslosigkeit. Dies beinhaltet, die vor dem Wohnungsverlust stehenden Haushalte aufzusuchen, den Hilfebedarf abzuklären und falls notwendig, Hilfen zum Mietrückstandsausgleich und zur Mietabsicherung zu vermitteln. Hierzu sind Verhandlungen mit Vermietern und Vermieterinnen, Begleitung zum Amtsge-

richt, Absprachen mit Gerichtsvollziehern und Gerichtsvollzieherinnen sowie eine enge Zusammenarbeit von Sozialarbeit und Verwaltung notwendig.

Sollte der Wohnungserhalt nicht möglich sein, werden die betroffenen Haushalte intensiv beraten, unterstützt und beim Räumungstermin begleitet. Bei allen anstehenden Problemen, wie Einlagerung der Möbel, vorübergehender obdachlosenrechtlicher Unterbringung und vor allem der weiteren Wohnungssuche wird unsere Hilfe angeboten. Durch die aufsuchenden Sozialarbeit vor Ort ist der individuelle Hilfebedarf gut einschätzbar. Bei der weiteren Wohnungssuche hat sich die enge Zusammenarbeit mit der Volkswohnung GmbH sowie unserem Programm der Wohnraumakquise als sehr hilfreich erwiesen. Die nachfolgenden Statistiken zeigen die hohe Zahl an verhinderten Räumungsterminen sowie die Räumungsgründe und die Haushaltsstrukturen auf.

- Seit vielen Jahren gelingt es, deutlich mehr als 50 % der Räumungstermine zu verhindern.
- Mehr denn je sind Mietrückstände, also i. d. R. Überschuldung, der bedeutendste Räumungsgrund.
- In 2008 sind bei 84 % der Haushalte Mietrückstände der Räumungsgrund. Eine Übernahme der Rückstände erfolgte bei 18 %. Bei 39 % konnte eine neue Wohnung vermittelt werden. Diese Zahl ist seit 2005 stetig abnehmend, bedingt durch den engen Wohnungsmarkt, s. auch grafische Darstellung.
- Drastisch zunehmend ist auch die Zahl der Haushalte von Alleinstehenden. 2008 waren es 62,5 %. Sowohl bei der Prävention als auch bei der Sicherung der Nachhaltigkeit der Hilfen ist deshalb auf diese Personengruppe besonders einzugehen und bedarfsgerechte Angebote zu machen.

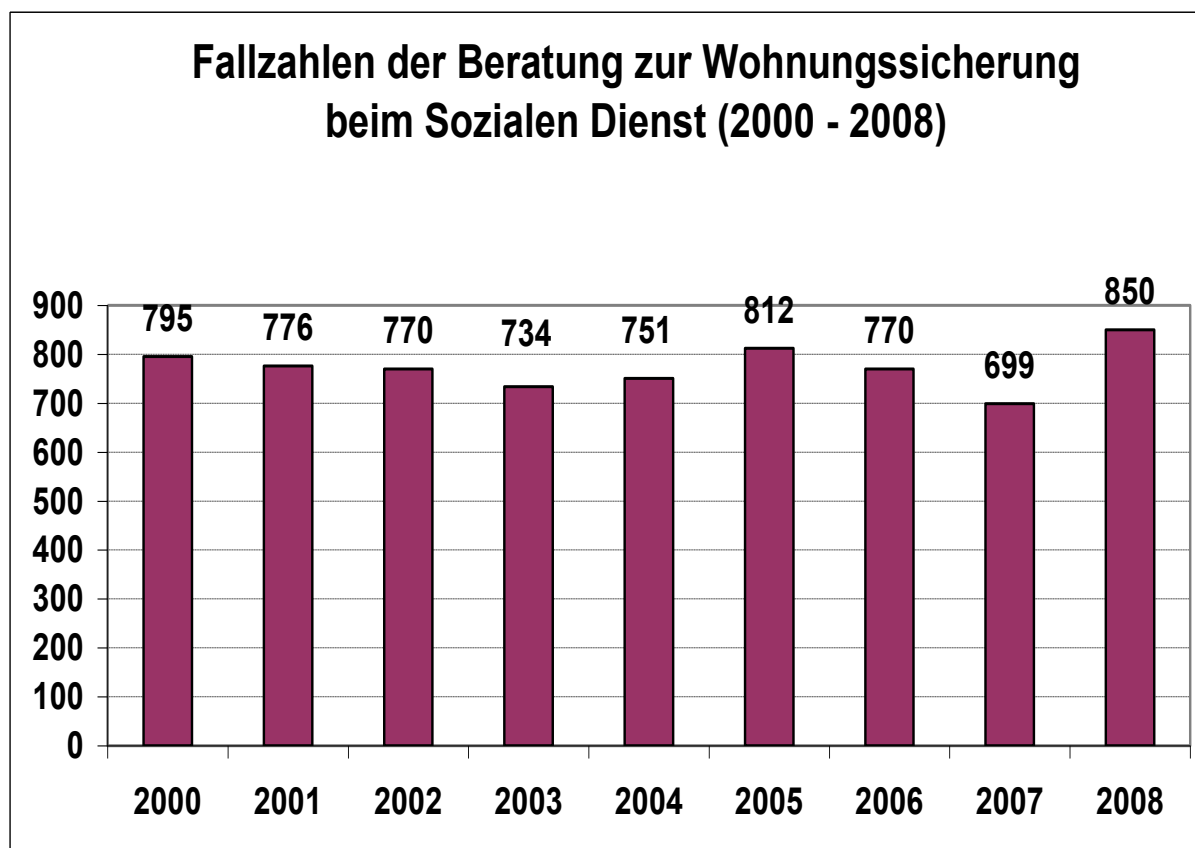
Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung
Aufsuchende Sozialarbeit in der präventiven Wohnungslosenhilfe
 Zeitraum: 01.01. - 31.12.2008



Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

2.1.1.3 Der Soziale Dienst der Stadt Karlsruhe im Kontext der Wohnungssicherung

Die Tätigkeit des Sozialen Dienstes im Aufgabenfeld Wohnungssicherung wurde im 5. Sachstandsbericht ausführlich beschrieben. Im Jahr 2008 war der Soziale Dienst in 850 Fällen der Beratung zur Wohnungssicherung befasst.



Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Sozialer Dienst 2008

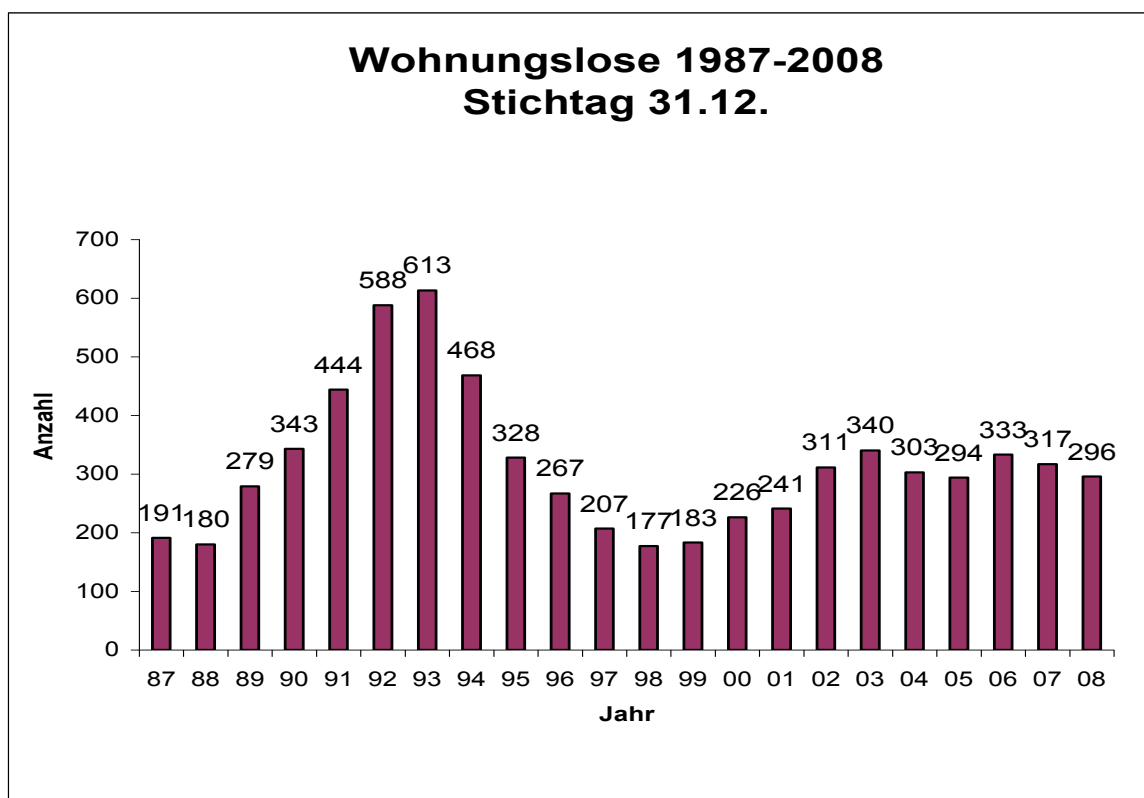
2.2 Beseitigung von Obdachlosigkeit

Nach dem baden-württembergischen Polizeigesetz (wie auch im Ordnungsrecht aller Bundesländer) ist die Kommune verpflichtet, auftretende Obdachlosigkeit als Störung der Öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu beseitigen, sofern den Betroffenen nicht zumutbare Selbsthilfe möglich ist. Dabei spielen die jeweiligen Ursachen der Obdachlosigkeit keine Rolle. In Karlsruhe ist schon seit Jahrzehnten diese eigentlich ordnungsrechtliche Funktion an die SJB delegiert. Außerhalb der regulären Sprechzeiten der Fachstelle für Wohnungssicherung werden notwendige Sofortmaßnahmen über das Wohnheim Ruppurrer Str. 23 veranlasst. Soweit nicht unmittelbar

Wohnungen zur Verfügung stehen, werden obdachlose Haushalte und Einzelpersonen in den städt. Unterkünften und den angemieteten Hotels eingewiesen. Am 31.12.08 befanden sich in diesen Einrichtungen 296 Personen, darunter 20 Kinder.

2.2.1 Zahlen, Strukturen, Ergebnisse...

Über die am Jahresende untergebrachten Personen gibt die folgende Grafik Auskunft:

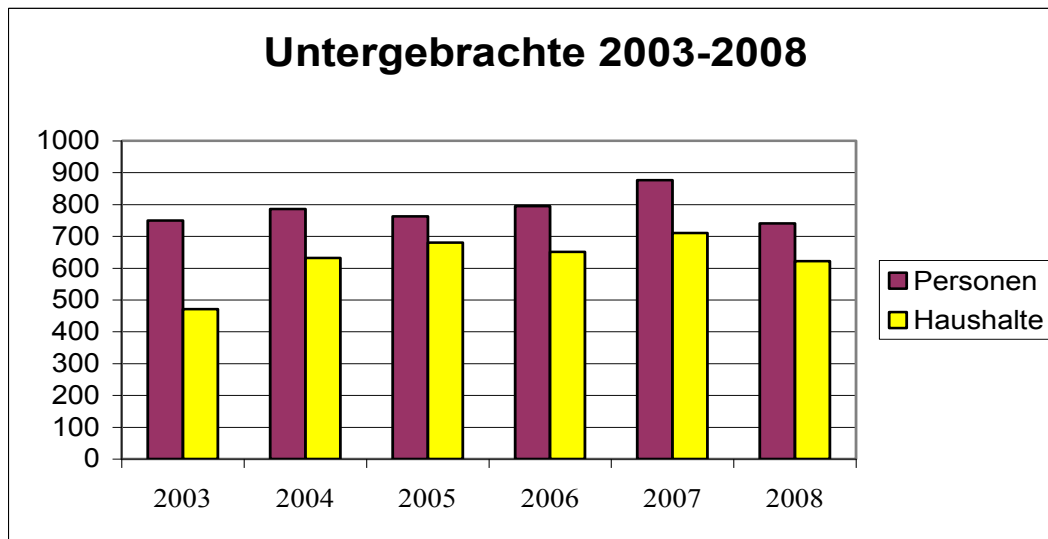


Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

Durch die verschiedenen von der Fachstelle Wohnungssicherung der SJB in den letzten Jahren eingeleiteten Maßnahmen zur Wohnraumversorgung und die damit einher gehende Differenzierung des Karlsruher Wohnungslosenhilfe-Systems konnte ein ebenso drastischer Anstieg der Obdachlosenzahlen wie in den Jahren 1988 bis 1993 verhindert werden. Während die Zahl der Räumungsklagen und vorgerichtlichen Verfahren vom Jahr 1987 bis 2008 um ca. 220 % stieg, ergibt der Vergleich der Unterbringungszahlen lediglich einen Anstieg um ca. 55 %.

2007 stieg die Gesamtzahl der im Laufe des Jahres untergebrachten Personen auf 876 (höchste Zahl in den letzten 5 Jahren); für 2008 war jedoch wieder ein deutlicher Rückgang auf 740 Personen zu verzeichnen. Die Jah-

reszahlen der untergebrachten Haushalte betragen für 2007: 710 und für 2008: 622. Das folgende Schaubild zeigt die Entwicklung seit 2003.



Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

Bei einer Auswertung der Gründe für die Notwendigkeit der obdachlosen-rechtlichen Unterbringung ergeben sich die folgenden Sachverhalte. (Es handelt sich nicht um die möglicherweise langfristig entstandenen Ursachen der Entwicklung zur Wohnungslosigkeit – wie z. B. Arbeitslosigkeit, Armut, Suchterkrankung etc.. Diese können bei der Fachstelle nicht für alle Betroffenen verlässlich erhoben werden.):

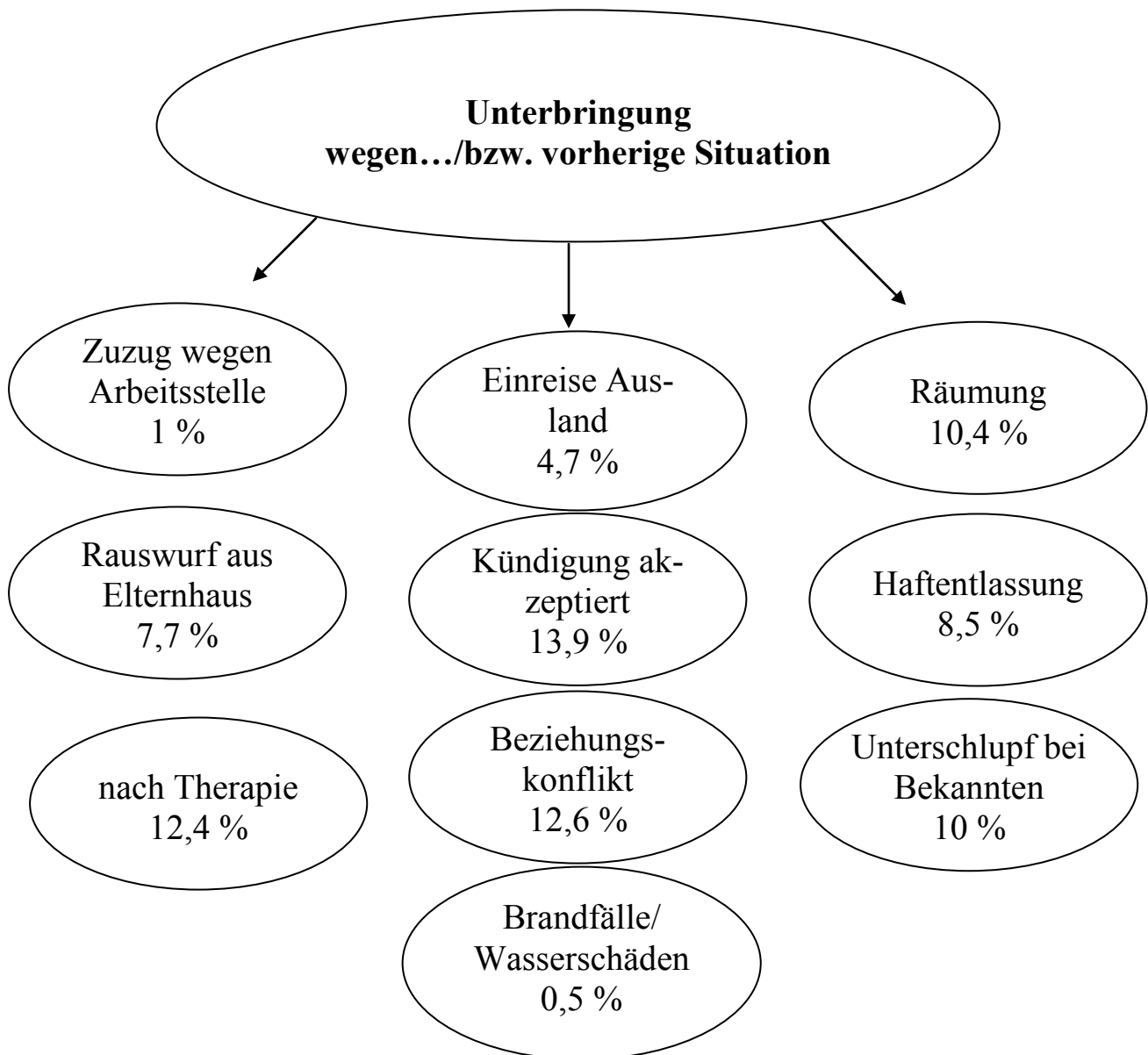
Nur 10,4 % der Untergebrachten kommen aus einer Zwangsräumung, die mit den Mitteln der Fachstelle nicht verhindert werden konnte. Diese niedrige Zahl zeigt deutlich, dass die Prävention zur Verhinderung von Wohnungsverlust vor allem bei Mietschulden sehr gut funktioniert. Letztlich ist dieser Bereich auch der einzige, dessen Entwicklung durch Konzept und Organisation der Fachstelle beeinflussbar ist. Alle anderen Gründe, die eine Unterbringung erforderlich machen, sind nicht steuerbar. Die Fachstelle kann nur auf sie reagieren.

Die zweitgrößte Gruppe mit 13,9 % stellen die Personen dar, die eine Kündigung ohne Widerspruch akzeptieren und die Wohnung verlassen. Hier dürfte das fehlende Wissen über die rechtlichen Möglichkeiten des Mieterschutzes, Ohnmachtsgefühle u. ä. eine große Rolle spielen. Es scheint auch, als wären unter dieser Gruppe die jungen Erwachsenen besonders stark vertreten. Dies trifft in gleicher Weise für die Personen zu, die vor ihrer Meldung bei der Fachstelle bei Bekannten Unterschlupf gefunden haben: 10 %. Meist haben diese Personen zuvor auch die Kündigung ihres

letzten Mietverhältnisses widerspruchslos akzeptiert. Vielleicht könnte diese Zahl durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit über Mieterschutz und Möglichkeiten der Verhinderung von Wohnungsverlust vermindert werden.

Die größte Gruppe mit 18,4 % stellen alleinstehende Wohnungslose dar, die schon längere Zeit wohnungslos leben und bisher aus den unterschiedlichsten Gründen keinen Weg aus der Wohnungslosigkeit herausfanden. Erschreckend hoch ist auch die Zahl der jungen Erwachsenen, die obdachlos wurden, weil sie das Elternhaus verlassen mussten (7,7 %). Das auf der nächsten Seite dargestellte Schaubild veranschaulicht die Gründe für die Unterbringung. Es beruht auf der Auswertung von 613 Personen im Jahr 2008.

Gründe der Unterbringung in 2008



Quelle:

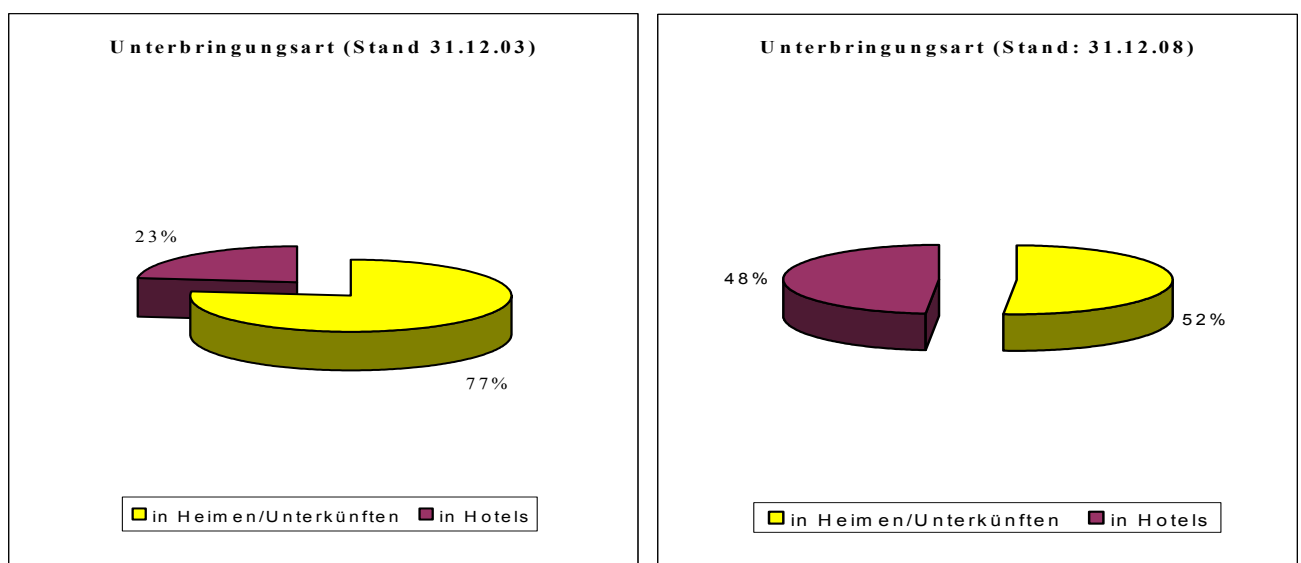
Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

Unterbringungsstruktur

Bei einem Vergleich mit der Unterbringungssituation am 31.12.2003 sind folgende Veränderungen augenfällig:

Unterbringungsart

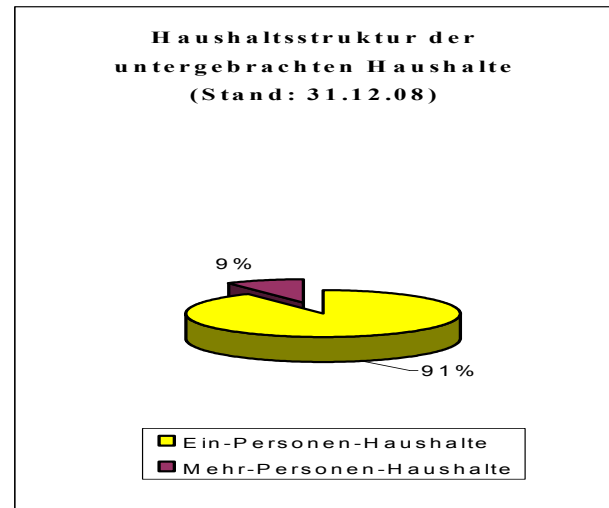
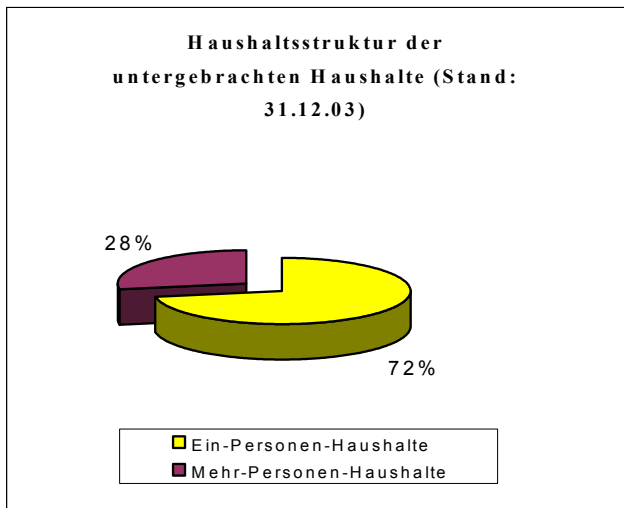
Während 2003 die Unterbringung in städtischen Unterkünften mit 77 % noch die Regel war und eine Hotelunterbringung nur für „Überkapazitäten“ diente, wurden diese Verhältnisse inzwischen umgekehrt. Durch Belegungsvereinbarungen mit Hotels konnten die Unterbringungskosten erheblich reduziert werden. Die teure Unterhaltung eigener Gebäude als Obdachlosenunterkunft konnte tendenziell aufgegeben werden. Auch wurde durch die Aufgabe von in ihrer Wirkung auf die Bewohner kontraproduktiven Großunterkünften zugunsten kleinerer dezentraler Einheiten die Qualität der Unterbringung verbessert und für Beruhigung in Nachbarschaften gesorgt.



Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

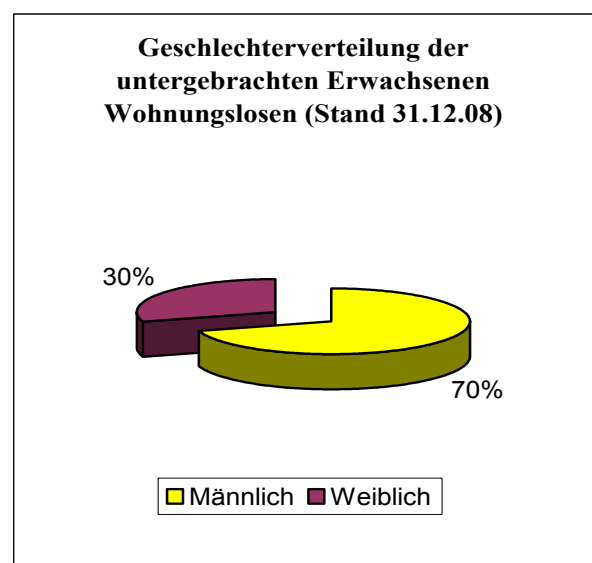
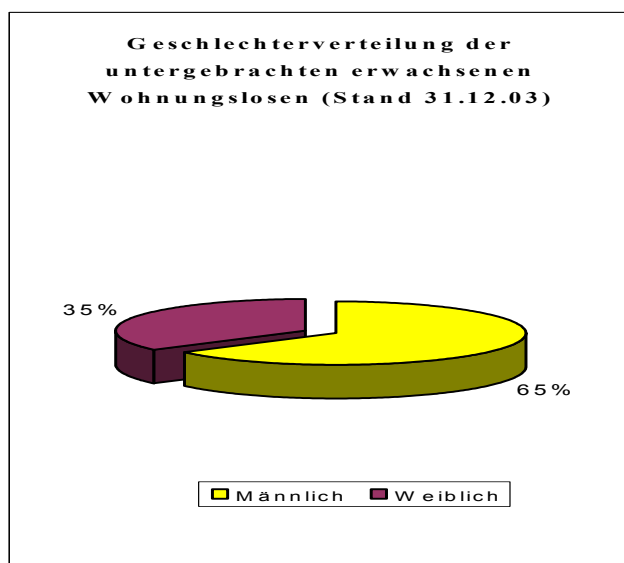
Haushaltsstruktur

Der Anteil der Mehrpersonen-Haushalte – und damit der Familien – ging von 28 % auf 9 % zurück. In den letzten Jahren wurden einige familien-spezifische Angebote erfolgreich durchgeführt. Erfreulicher Weise ging damit auch der Anteil an Kindern in den Unterkünften von 16 % auf 6,8 % zurück.



Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

Frauenanteil

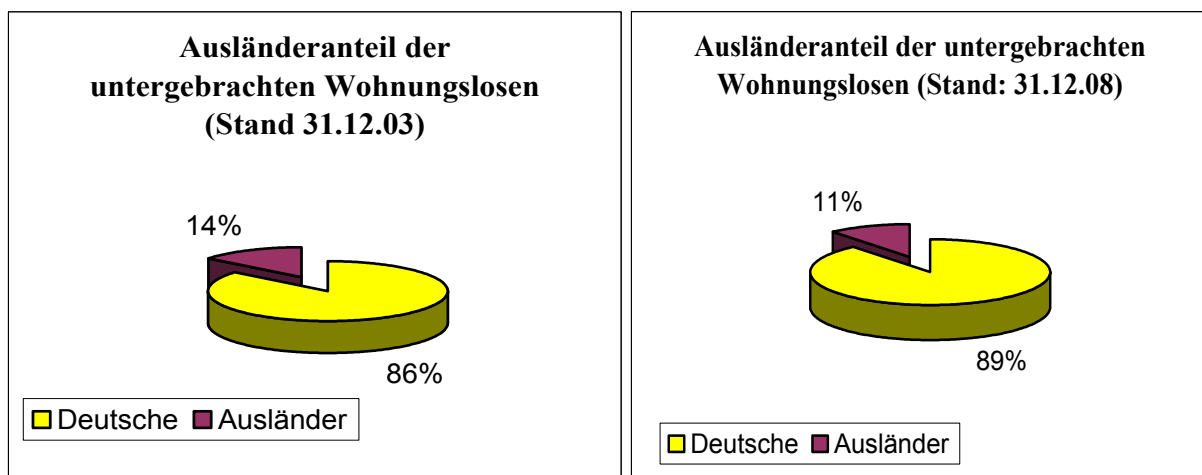


Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

Der Anteil der Frauen an den untergebrachten erwachsenen Personen ist von 35 % auf 30 % zurückgegangen. Der Ausbau frauenspezifischer Angebote dürfte hierzu beigetragen haben.

Ausländeranteil

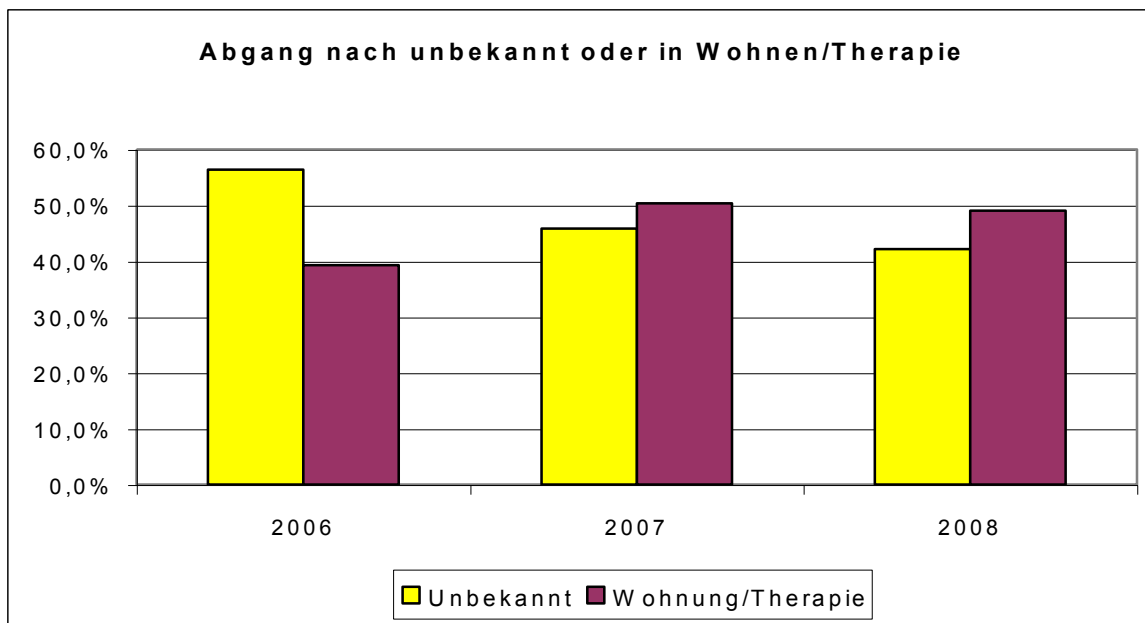
Der Ausländeranteil ist von 14 % auf 11 % gesunken. Allerdings dürfte die Zahl der Betroffenen mit Migrationshintergrund erheblich größer sein. Dieses Merkmal konnte bisher nicht erfasst werden.



Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

Abgangsart nach Unterbringung

Wie das folgende Schaubild deutlich macht, haben der Ausbau und die Differenzierung des Hilfesystems zu einer Verbesserung der Ergebnisse der Wohnungslosenhilfe geführt. Während 2006 noch die Mehrheit der Abgänge aus den Unterkünften und Hotels (56,6 %) nach unbekannt verzeichnet werden mussten, – also ohne dass die aufgewandten Bemühungen an der grundsätzlichen Lebenssituation etwas verändert hätten – waren dies 2008 nur noch 43,6 %. Die Zahl der Menschen, die in gesicherte Wohnverhältnisse oder in notwendige Therapien gingen, stieg im gleichen Zeitraum von 39,1 % auf 48,1 %!



Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

2.2.2 Unterkünfte und Unterbringung in Hotels

Unterkünfte

Als unbetreute Unterkünfte werden derzeit nur noch Gartenstr. 9 (ca. 30 Plätze) und Scheffelstr. 37 (ca. 20 Plätze) betrieben. In beiden Häusern werden aber einige Betroffene im Rahmen des Programms „Lotsen aus der Wohnungslosigkeit“ betreut.

Unterbringung in Hotels

Gegenwärtig bestehen mit 7 Hotels Belegungsvereinbarungen. Dadurch stehen ca. 160 Plätze zur Verfügung. Der Unterbringungsstandard in den einzelnen Hotels ist sehr unterschiedlich. Durch weitere Verhandlungen und durch den Ersatz von teuren durch preiswertere Hotels konnten in der Zwischenzeit die Kosten der Hotelunterbringung deutlich reduziert werden. Lagen diese 2006 noch bei über 500,00 €/Person/Monat so betragen Sie Ende 2008 nur noch 312,00 €.

2.2.3 Unterbringungen mit Betreuungsangebot vor Ort

2.2.3.1 Wohnheim Rüppurrer Str. 23

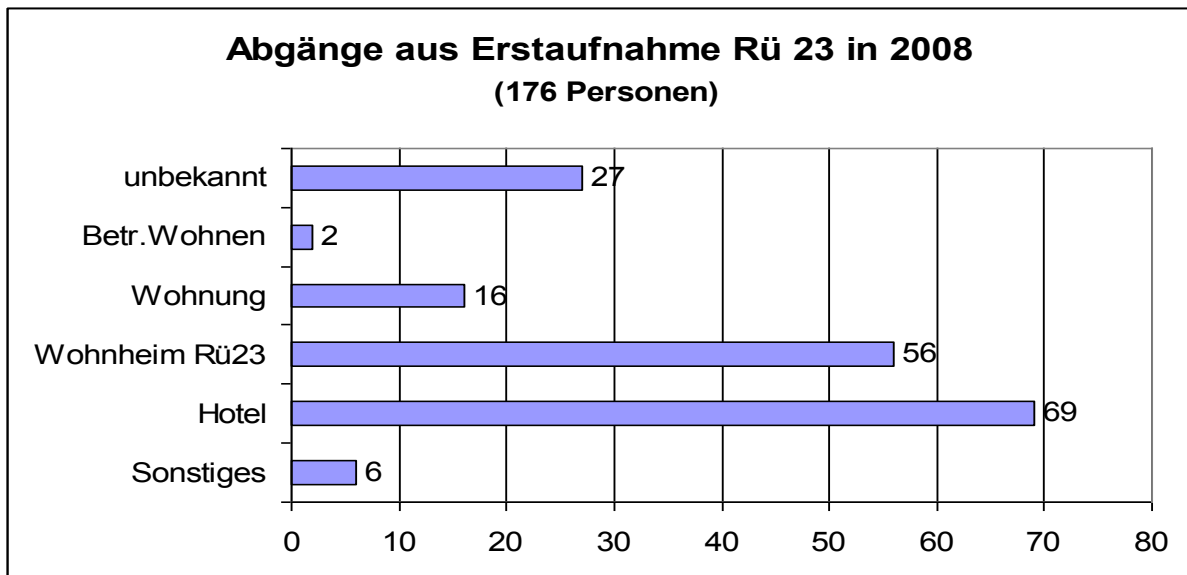
2008 war das Jahr der Veränderungen im Wohnheim für alleinstehende wohnungslose Männer. Bis Ende 2007 wurden die zur Verfügung stehenden 50 Einzelzimmer, ohne dass ein besonderes Belegungskonzept zu Grunde gelegt wurde, vergeben. Ein alleinstehender Mann, der gerade seine Wohnung verloren hatte oder schon länger wohnungslos war, wurde in der Regel durch den Unterbringungsbereich je nach Kapazität entweder im Wohnheim oder in einem der Vertragshotels obdachlosenrechtlich untergebracht. Wer einen Platz im Wohnheim bekam, konnte auch sozialarbeiterische Unterstützung bekommen. Wenn er im Hotel untergebracht wurde, wurde er – bei freier Kapazität – von einem Lotsen betreut.

Aber gerade in der Anfangsphase der Wohnungslosigkeit besteht ein erhöhter Bedarf an Beratung und sozialarbeiterischer Begleitung. Bei genauerer Betrachtung der Situation, in der sich ein wohnungsloser Mann befindet, stellt man schnell fest, dass die Wohnungslosigkeit in der Regel nicht das einzige Problem ist. Hinzu kommen Armut, Arbeitslosigkeit, hohe Verschuldung, Suchterkrankungen, psychische und gesundheitliche Probleme. In diesem Fall spricht man von einer Kumulierung der Problemlagen. Bei einigen Männern kommt erschwerend noch ein Migrationshintergrund, evtl. verbunden mit einem nicht geklärten Aufenthaltsstatus und schlechten Sprachkenntnissen, hinzu.

Erstberatung

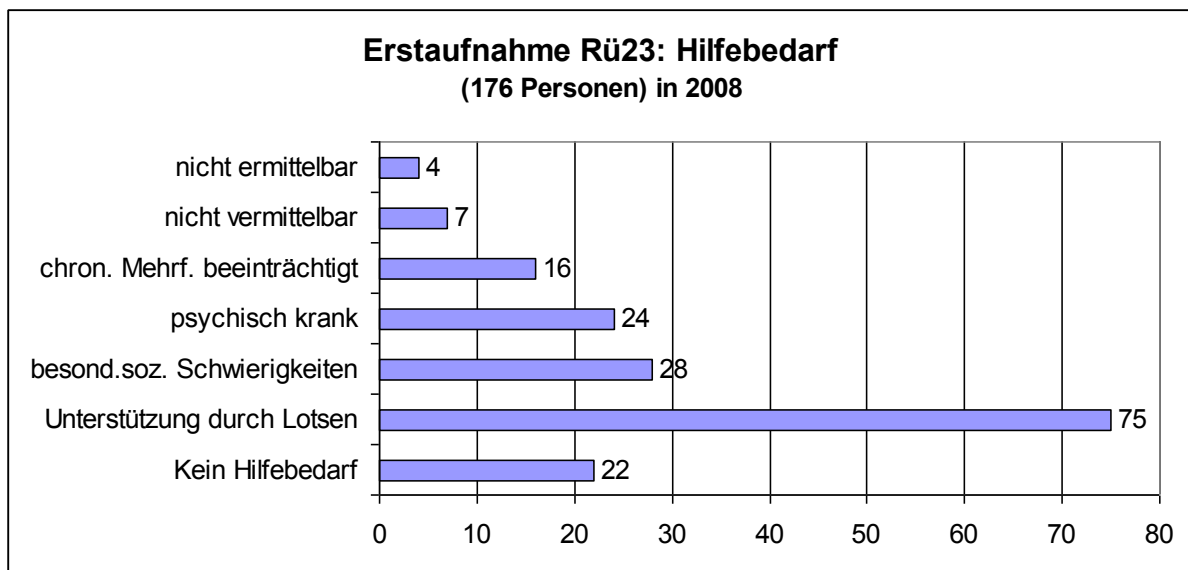
Aber selbst Männern, die offensichtlich keine besonderen sozialen Schwierigkeiten haben, fällt es schwer, sich in dieser neuen, verwirrenden Situation, geprägt von unklaren Zuständigkeiten, zurecht zu finden. Eine ausführliche Erstberatung ist dringend angezeigt, nur so kann die möglichst schnelle Vermittlung in Wohnraum gewährleistet und die Resignation seitens des Klienten verhindert werden. Aus diesem Grund wurde im Wohnheim im Januar 2008 eine so genannte Erstaufnahme (17 Plätze) installiert. Fragt ein wohnungsloser Mann im Rathaus West wegen Unterbringung nach, so wird er nun in die Erstaufnahme des Wohnheimes für längstens drei Wochen eingewiesen. Hier erfährt er durch die Sozialarbeiter eine intensive Erstberatung in mehreren Gesprächsterminen. So konnten im letzten Jahr von den 176 Abgängen aus der Erstaufnahme bereits 17 innerhalb von drei Wochen in privaten Wohnraum vermittelt werden. Je nach ermitteltem

Hilfebedarf des Einzelnen wird der Klient entweder im Hotel oder im Wohnheim untergebracht. Bei Unterbringung im Hotel findet eine Vernetzung mit dem zuständigen Lotsen statt. Die Erstaufnahme stellt sicher, dass jeder obdachlos-rechtlich untergebrachte Mann zu Beginn eine ausführliche Beratung erhält und eine möglichst frühe Vernetzung mit dem Hilfesystem der freien Träger statt findet. Männer, die aufgrund ihres komplexen Hilfebedarfs schwer zu vermitteln sind, erhalten einen der noch vorhandenen 32 Plätze im Wohnheim. Von hier wird dann eine möglichst baldige Vermittlung ins betreute Wohnen der AWO, des Diakonischen Werks, der Heimstiftung oder bei SOZPÄDAL angestrebt. Leider reichen dort die Kapazitäten nicht aus, was zur Folge hat, dass für die einzelnen Einrichtungen lange Wartelisten entstehen.



Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

Besonders der Bedarf an Plätzen für psychisch Kranke und chronisch mehrfach Beeinträchtigte ist groß. So waren von 176 Abgängen (Stand 31.12.08) in der Erstaufnahme allein 13,7 % psychisch krank und 9,1 % chronisch mehrfach beeinträchtigt.



Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

Der Anteil an Männern mit psychischem Krankheitsbild sowohl mit als auch ohne Krankheitseinsicht im übrigen Wohnheim betrug im November 2008 43,7 %. Insgesamt sind 71,8 % der übrigen Heimbewohner nur in so genannte niedrigschwellige Einrichtungen von Diakonischem Werk, AWO und Heimstiftung vermittelbar; davon zählen 9,38 % zu den chronisch mehrfach beeinträchtigten Personen. Umso erfreulicher ist es, das im Jahr 2008 14,3% der Abgänge in privaten Wohnraum vermittelt werden konnten.

Das Wohnheim betreut auch 5 Wohngemeinschaften mit insgesamt 16 Personen. In diese konnten 7,8% der Abgänge vermittelt werden und ein Nutzungsverhältnis eingehen. Weitere 10,4 % gingen ins Betreute Wohnen der einzelnen Träger, und bei 10,4 % der Abgänge handelte es sich um chronisch mehrfach Beeinträchtigte, die in das Hotel Anker verlegt wurden. Erstaunlich hoch ist mit 14,3 % der Anteil derer, die inhaftiert wurden. Dafür ist die Zahl der Abgänge nach unbekannt weiter von 26,7 % im Jahre 2005 auf 19,5 % im Jahr 2008 zurückgegangen.

2.2.3.2 Frauenpension (SOZPÄDAL)

Die Frauenpension „Unter den Linden“ war auch im Jahr 2007 durchgehend voll belegt. Im Laufe des Jahres sind 17 Frauen mit 7 Kindern neu aufgenommen worden, 2 der Frauen waren schwanger.

17 Frauen mit 8 Kindern konnten aus der Frauenpension ausziehen. Mit 14 Frauen (82,4 %) wurden die im Hilfeplan formulierten Ziele/Perspektiven erreicht. Um die Nachhaltigkeit des in der Frauenpension begonnenen Hilfeprozesses sicher zu stellen, war es für 12 Frauen notwendig, Anschlusshilfen bei Bezug einer Wohnung zu installieren.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in der Frauenpension ist aufgrund zunehmend komplexerer Problemlagen der Bewohnerinnen gestiegen und liegt 2007 bei 8,8 Monaten. Der Anteil von Frauen mit psychischen Erkrankungen, der Anteil sehr junger Frauen und von Frauen mit massiver Suchtproblematik ist gestiegen. Die begrenzte Verfügbarkeit von preiswertem und adäquatem Wohnraum durch private Anbieter machte sich auch hier bemerkbar.

Das Konzept Frauenpension ist eine äußerst erfolgreiche Form der Betreuung während der Zeit der obdachlosenrechtlichen Unterbringung. Trotz vieler Verstöße gegen die Hausordnung, Konflikten mit Freunden und Besuchern, gelingt es, den Kontakt mit den Frauen so zu gestalten, dass eine nachhaltige Perspektive aufgebaut werden kann. Die Unterbringung in Einzelzimmern und die gute Instandhaltung des Hauses durch den Eigentümer schaffen hierfür eine positive Grundlage.

2.2.3.3 Übergangswohngruppe Kriegsstraße 88

Die Übergangswohngruppe im Dachgeschoss der Kriegsstraße 88 wird organisatorisch und inhaltlich von der Beratungsstelle für wohnungslose Männer der Stadt Karlsruhe betreut. Seit April 08 steht ein Bewohner für hausmeisterliche Aufgaben und als unmittelbarer Ansprechpartner in der Wohngruppe zur Verfügung. Dieser Nutzen für die Betreuung der Wohngruppe rechtfertigt die dadurch erfolgte Verringerung der Platzzahl von 8 auf 7 Wohnplätze. Für die anderen Nutzer blieb die Aufenthaltsdauer von längstens 6 Monaten bestehen. Die durchschnittliche Verweildauer ist aber im Gegensatz zum letzten Sachstandsbericht von 6 Monaten auf 3,6 Monate gesunken, dies ist das Ergebnis intensivierter Sozialarbeit.

Insgesamt wurden im Jahr 2008 27 Männer betreut. Von den 22 Ausgezogenen fanden 12 Bewohner (55 %) eine eigene Wohnung oder konnten in eine adäquate Einrichtung vermittelt werden; 2 mussten anderweitig obdachlos rechtlich untergebracht werden; 3 mussten in eine JVA und 5 Bewohner haben Karlsruhe nach unbekannt verlassen.

2.3 Wohnraumbeschaffung

2.3.1 Wohnraumakquise durch Kooperation

In den Jahren 2007 und 2008 hat der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe wieder jeweils 307.500,00 Euro für die Wohnraumakquise zur Verfügung gestellt. Somit konnte das ursprüngliche Pilotprojekt Wohnraumakquise durch Kooperation fortgesetzt und intensiviert werden.

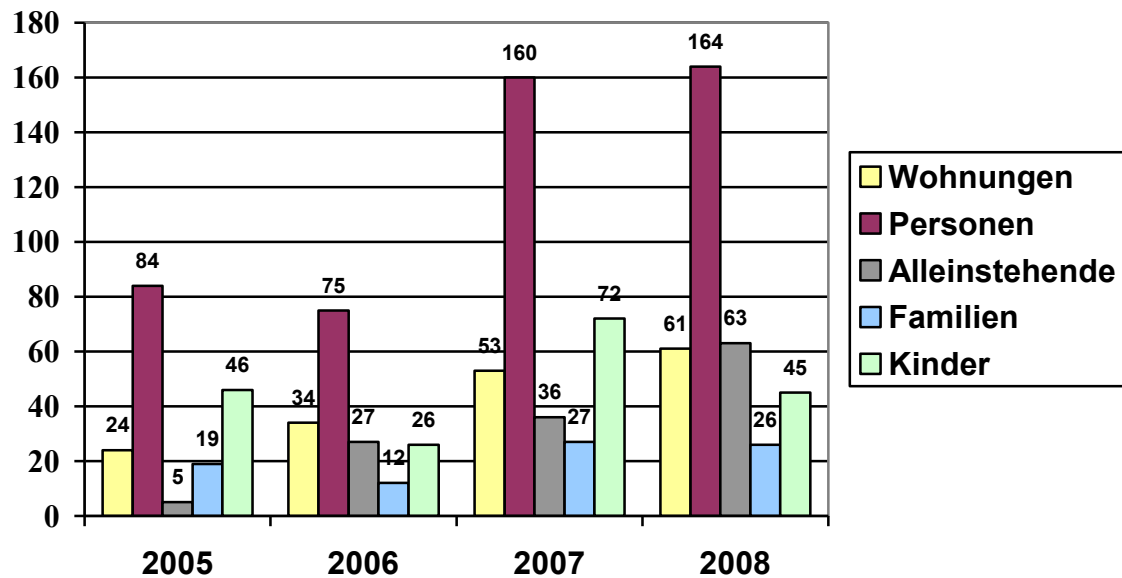
Im Zeitraum 2007 und 2008 konnten 114 Wohnungen akquiriert werden. In diesen Wohnungen leben insgesamt 324 Personen, davon 117 Kinder. 55 Familien konnten so mit Wohnraum versorgt werden.

Die Wohnungen sind zwischenzeitlich über das ganze Stadtgebiet verteilt, so dass eine dezentrale Versorgung der Betroffenen möglich ist. Die Bandbreite der Wohnungen geht vom Einzimmerappartement bis zur Fünf-Zimmer-Wohnung für eine Großfamilie.

Für die Vermieter erweisen sich die Instrumente Mietausfallgarantie, Belegungsvereinbarung und Nutzungsvertrag als sehr wichtige Komponenten bei der Wohnungsvergabe. Durch diese Komponenten und die gewährleistete sozialpädagogische Betreuung bei Problemen im Mietverhältnis, sowie direkten, verlässlichen Ansprechpartnern bei der Fachstelle, erhalten die Vermieter Sicherheiten, die eventuelle finanzielle Nachteile durch das Vermieten auf Hartz IV-Niveau aufwiegen.

Da es zwischenzeitlich, wie zu erwarten war, auch im Programm Wohnraumakquise zu Mieterwechseln kommt und für die Wohnungen, die über das Programm akquiriert wurden, zehnjährige Belegungsrechte bestehen, hat sich hier ein wachsender Wohnungspool in der Verfügung der Fachstelle Wohnungssicherung etabliert. Dieser trägt mit dazu bei, trotz einer angespannten Wohnungsmarktsituation auch für sozial benachteiligte Menschen angemessenen und bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen. Der für die Wohnraumakquise 2007 und 2008 bereitgestellte Etat wurde

für beide Jahre jeweils komplett ausgeschöpft. Das folgende Schaubild zeigt, wie sich die Wohnraumakquise in den letzten Jahren entwickelt hat, und wie viele Personen durch dieses Programm versorgt werden konnten.



Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

2.3.2 Nutzungsverhältnisse

Eine wichtige Aufgabe ist auch die Auswahl der Menschen für unsere Wohnungen mit Nutzungsverhältnissen und deren Begleitung. Die Fachstelle bietet Ansprechpartner/-innen für die Bewohner/-innen sowie für die Vermieter/-innen. Diese Hilfe ist oft sehr zeitintensiv, ermöglicht aber den langfristigen Verbleib in der Wohnung und gibt den Vermietern/-innen die Sicherheit der Unterstützung bei Schwierigkeiten.

(Mit) Stand 31.12.2008 leben in 75 Nutzungsverhältnissen 192 Menschen. Sie alle haben, vorausgesetzt es gibt keine gravierenden Probleme, nach einem Jahr die Möglichkeit, einen eigenen Mietvertrag zu erhalten. Mit diesem Konstrukt, welches vor allem den Vermietern eine zusätzliche Sicherheit bietet, haben wir in den letzten Jahren gute Erfahrungen gemacht.

Seit 2006 haben 184 Menschen in 63 Nutzungsverhältnissen einen eigenen Mietvertrag erhalten. In nur 7 Haushalten, davon 6 Alleinstehende, mussten wir das Nutzungsverhältnis beenden, und es kam kein Mietvertrag zu Stande.

2.3.3 Scharnierstelle zur Volkswohnung GmbH

Die Scharnierstelle mit der Volkswohnung GmbH wurde ausgeweitet und intensiviert. In monatlichen Gesprächen werden die Wohnungsnotfälle besprochen und Lösungen erarbeitet. Eine große Zahl unserer obdachlos-rechtlich untergebrachten Menschen erhält hierdurch die Chance, wieder eine Wohnung zu erhalten. Zudem stellt die Volkswohnung GmbH für ein Pilotprojekt Wohnungen zur Verfügung. Sie ist nach wie vor der wichtigste Partner für die Wohnraumversorgung in Karlsruhe für die SJB. Erste Gespräche fanden auch schon mit dem Dezernat 6, in dessen Zuständigkeitsbereich die Volkswohnung nun ist, statt. Über regelmäßige Routinegespräche soll eine weiterhin gute Zusammenarbeit gewährleistet werden.

2.4 Sozialleistungen

2.4.1 Wohnungslosenhilfe in Zeiten von „Hartz IV“

Zwischenzeitlich erhalten ca. 80-90% der Leistungsbezieher/-innen bei der Fachstelle Wohnungssicherung Leistungen nach dem SGB II. Zum 31.12.2008 wurden 522 Bedarfsgemeinschaften mit 599 Personen von der Fachstelle betreut.

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ist zwischenzeitlich gestiegen, da durch das Programm „Wohnraumakquise in Kooperation“ auch die Betreuung- und Wohnmöglichkeiten für Wohnungslose verbessert und vergrößert werden.

Allgemeine Auswirkungen

Im 5. Sachstandsbericht wurde bereits von den verschärften Sanktionsmöglichkeiten und deren möglichen Folgen berichtet. Die Auswirkungen der verschärften Regelungen, die 2006 in Kraft getreten sind, sind zunehmend zu spüren. Die strikten Sanktionsbestimmungen des SGB II haben auch die Reduzierungen der Unterkunftskosten bis hin zur vollständigen Einstellung der Leistungen zur Folge. Im Jahr 2008 ist die Umsetzung der strikten Sanktionsbestimmungen des SGB II auch in der Wohnungslosenhilfe zu spüren. Zum Zeitpunkt der Berichterstattung lagen allerdings noch keine genauen Zahlen vor.

Miethöhe

Bei der Festlegung der angemessenen Unterkunftskosten wurden die örtlichen Gegebenheiten in Karlsruhe berücksichtigt, so dass seit Juli 07 in Karlsruhe für Sozialleistungsbezieher/-innen folgende Mietobergrenzen gelten:

Tab. 1: Miethöhe

Personen	Grundmiete	Nebenkosten	Heizung	Gesamtmiete
1 Pers. 45 qm	294,00	54,00	45,00	393,00 €
2 Pers. 60 qm	354,00	72,00	60,00	486,00 €
3 Pers. 75 qm	442,50	90,00	75,00	607,50 €
4 Pers. 90 qm	531,00	108,00	90,00	729,00 €
5 Pers. 105 qm	619,50	126,00	105,00	850,50 €

Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

Die Kosten für die Heizung erhöhen sich ggf. um den Grundpreis für Gas oder Fernwärme bei den Stadtwerken.

In Karlsruhe erhielten zum 31.12.2008 insgesamt 10.538 Bedarfsgemeinschaften - mit insgesamt 18.781 Personen - Arbeitslosengeld 2.

2.4.2 Arbeitsvermittlung

Die Fachstelle Wohnungssicherung kann nunmehr auf drei Jahre Arbeitsvermittlung zurückblicken, in denen sich der Bereich personell und inhaltlich weiterentwickelte. So werden mittlerweile drei Arbeitsvermittler/-innen (2,0 Stellen) beschäftigt, um wohnungslosen Menschen die Teilhabe am Arbeitsleben bzw. eine Annäherung zu ermöglichen. Durch eine Arbeitsaufnahme, auch im geringfügigen Bereich oder in Arbeitsgelegenheiten, werden die Kompetenzen und Ressourcen der Betroffenen gefördert und ihr Selbstwertgefühl gestärkt. Eine Beschäftigung verbessert darüber hinaus die Chancen auf dem Wohnungsmarkt, was sich wiederum positiv auf die Arbeitssuche auswirkt. Dementsprechend groß war auch im Jahr 2008 die Nachfrage der Betroffenen nach Maßnahmen, insbesondere nach Arbeitsgelegenheiten. Erwähnt werden muss dabei, dass nicht wenige Personen um die Zuteilung von Arbeitsgelegenheiten gebeten haben, obwohl sie ohne jegliche gesicherte Unterkunft waren.

Sehr deutlich ist jedoch der große und intensive Betreuungsbedarf der Betroffenen, sowohl durch die Arbeitsvermittler als auch durch die Maßnahmenträger. Häufig werden erst während der Teilnahme an einer Maßnahme die vielfältigen Probleme sichtbar, die eine reguläre Arbeitsaufnahme verhindern und oftmals auch zum Ausschluss aus der Maßnahme führen. Deshalb erarbeitet die Fachstelle Wohnungssicherung zielgerichtete Konzepte für spezielle Maßnahmen, die den Bedarfslagen der Betroffenen entsprechen.

Der Arbeitsvermittlung wohnungsloser Menschen geht zunächst die Aufdeckung, Bearbeitung und Beseitigung diverser Problemlagen unter Einbezug des Karlsruher Hilfesystems voraus. Besonders Jugendliche (unter 25 Jahren) müssen intensiv gefördert werden, um ihre Zukunftschancen z.B. durch eine Ausbildung nachhaltig zu verbessern. Zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Hilfesystem organisierte die Fachstelle im Jahr 2008 zwei Mal einen "Runden Tisch wohnungslose Jugendliche", an dem ein konstruktiver Austausch mit ca. 40 Teilnehmern statt fand und der auch im Jahr 2009 fortgesetzt werden soll.

2.4.3 Leistungsbereich SGB XII

Seit der Gründung der Fachstelle Wohnungssicherung am 01.01.2007 wurden die Hilfen nach § 67 ff SGB XII weiter ausgebaut und vervollständigt.

Mit verschiedenen Trägern wurden Vereinbarungen geschlossen, sodass jetzt die nachfolgenden Hilfen angeboten werden können:

- Betreutes Wohnen,
- Betreutes Wohnen für psychisch kranke Personen,
- Aufsuchende sozialpädagogische Hilfen für psychisch kranke Personen,
- Betreutes Wohnen für junge Erwachsene,
- Lotsen aus der Wohnungslosigkeit,
- Hilfen in der Frauenpension,
- Hilfen im „Anker“.

Die Sachbearbeitung erstreckt sich auf die Bewilligung der jeweiligen Hilfen und die Abrechnung der Betreuungspauschalen mit den Trägern. Darüber hinaus erfolgt die Teilnahme an Hilfeplangesprächen mit Trägern und Betreuten, sowie der Abgleich der Leistungen mit den vertraglichen Vereinbarungen. Hierfür steht im Stellenplan eine Stelle zur Verfügung, die mit zwei Halbtagskräften besetzt ist. Außer den Hilfen nach § 67 ff

SGB XII werden hier noch Ansprüche auf Grundsicherung nach §§ 41 ff SGB XII bearbeitet (Sozialhilfe im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit).

2.5 Persönliche Hilfen in Wohnraum

2.5.1 SOZPÄDAL: Betreute Wohnformen

Da der Begriff des Betreuten Wohnens häufig Assoziationen wie „Betreutes Wohnen im Alter“ oder „gesetzliche Betreuung“ bei den Betroffenen weckt, hat SOZPÄDAL die Angebote im Jahr 2008 teilweise umbenannt:

Tab. 2: Betreute Wohnformen

Wohnen intensiv	Betreutes Wohnen nach den Richtlinien der §§ 67/68 SGB XII (47 Plätze)
Wohnen nachhaltig	Wohnen mit dem Fokus auf den Wohnungserhalt, in der Regel für Wohnungslose, die intensivere Formen des Betreuten Wohnens bereits durchlaufen haben und weiterer Begleitung bedürfen (130 Plätze)
Betreutes Wohnen für psychisch Kranke	Nach § 53 SGB XII BWB/E und nach §§ 67/68 BWB/S (20 Plätze)
Wohnen 18+	Pilotprojekt für wohnungslose junge Erwachsene (4 Plätze)

Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

SOZPÄDAL verfügte Ende 2007 für den Bereich der Wohnungslosenhilfe über 199 Wohneinheiten (Anmietung auf dem freien Markt und bei der Volkswohnung sowie vereinseigener Wohnraum). Der Bestand an 1-2 Zimmerwohnungen für eine Person konnte um 12 % erhöht werden.

In 2007 konnten 33 erwachsene Personen und 3 Kinder neu mit Wohnraum und dem entsprechenden Betreuungsangebot versorgt werden (17 Männer, 16 Frauen). 24 Personen und 4 Kinder konnten aus Projektwohnraum ausziehen (14 Männer, 10 Frauen). 13 Personen haben Anschlusswohnraum gefunden und konnten sich somit verselbständigen, 6 Personen wurden an geeignete Einrichtungen vermittelt, 2 sind verstorben. Nur 3 Personen haben das Projekt ohne Perspektive verlassen.

SOZPÄDAL dokumentiert seine Arbeit seit Beginn (1984) fortlaufend und kann eine kontinuierliche Erfolgsquote von über 70 % nachweisen (2007 74,2 %). SOZPÄDAL stellt die Sachberichte auf Anfrage gern zur Verfügung.

2.5.2 Heimstiftung: Wohngruppe Adlerstraße und Außenstellen

Die Wohngruppe Adlerstraße bietet weiterhin Hilfe gem. § 67 ff SGB XII an. Hinsichtlich der Inhalte und Ziele dieser Hilfe sowie dem Personenkreis (volljährige Frauen, Männer, Paare) sind keine Änderungen erfolgt. Dagegen wurde der rechtliche Status grundlegend dahingehend verändert, als die stationären Plätze von ehemals 19 auf 3 gekürzt und durch ein ambulantes Stufenmodell ersetzt wurden.

Die Hilfe nach § 67 ff SGB XII wird seit März 2007 im Rahmen ambulanter Betreuungsstufen je nach individuellem Bedarf geleistet und ebenso stufenweise vergütet (Fallpauschalen). Es wurden je 10 Plätze für Personen mit intensivem, allgemeinem und geringem Betreuungsbedarf vereinbart. Die Stufen sind in jede Richtung durchlässig, wenn ein entsprechender Bedarf dies begründet. Die Betreuung erfolgt in selbständig bewohntem, vollständig eingerichteten Wohnraum, welcher seitens der Heimstiftung zur Verfügung gestellt wird und sich im Stadtgebiet (Innenstadt, Durlach, Adlerstraße) verteilt.

Die Aufnahme in das Betreute Wohnen erfolgt durch die oder im Einvernehmen mit der Fachstelle Wohnungssicherung der SJB und durch Abschluss eines Nutzungsvertrages. Voraussetzung ist ein Bedarf i.S. des § 67 ff SGB XII, die Bereitschaft zur Zusammenarbeit, die Mitwirkung bei der Veränderung der Lebensverhältnisse, das Einhalten der Hausordnung, insbes. der Verzicht auf die Anwendung von Gewalt oder deren Androhung.

Grundlage des Betreuungsprozesses ist ein Hilfeplan, welcher im Einvernehmen und ggfs. unter Mitwirkung der Fachstelle erstellt und i. d. R. nach längstens 6 Monaten fortgeschrieben wird. Erstmals ist er 3 Monate nach Aufnahme zu erarbeiten, und er dient als Grundlage für die Entscheidung über die weitere Betreuungsform d.h. notwendige Intensität.

Die Qualität der Arbeit wird durch 3 sozialpädagogische Fachkräfte und eine Bereichsleitung (Dipl.-Päd.) sichergestellt. Darüber hinaus stehen ein Hausmeister, der mobile Nachtdienst sowie verschiedene Helferinnen zur Verfügung.

Die Altersstruktur ist aktuell sehr interessant:

1/3 der Bewohner/- innen (10) sind unter 25 Jahre alt (kontinuierlicher Anstieg), ebenfalls 1/3 (11) sind zwischen 41 und 50 Jahre. Zwischen 26 und 30 sind 5 Personen, zwischen 31 und 40 Jahre 4 und 51 Jahre oder älter sind 3 Personen. 1/5 der Bewohner/- innen sind weiblich. Die Einrichtung ist ausgelastet, und es gibt eine Warteliste.

Die Konzeption wird unter Berücksichtigung der besonderen Bedarfe der veränderten Bewohnerstruktur (U25/Frauen/psychische Erkrankungen) kontinuierlich weiterentwickelt und angepasst.

2.5.3 AWO: Betreutes Wohnen

Über das Betreute Wohnen für wohnungslose Menschen hat die AWO mit der Fachstelle Wohnungssicherung eine Leistungsvereinbarung über 30 Plätze abgeschlossen. Zielgruppe sind wohnungslose Personen, darunter auch Personen, die psychisch krank sind aber aus formalen Gründen keine Eingliederungshilfe nach § 53 ff SGB XII erhalten können. Vorrangiges Ziel ist die Vermittlung und vor allem das Halten von geeignetem Wohnraum für psychisch kranke bzw. wohnungslose Menschen. Die Hilfen orientieren sich dabei am individuellen Bedarf, sowie am Prinzip der Schadensminimierung. Mit einem Minimum an Regeln sowie mit Toleranz gegenüber krankheitsbedingtem Verhalten können damit auch die Personen erreicht werden, die sonst keinen Zugang zum Hilfesystem finden, bzw. diesen ablehnen.

Mit den Nutzern des Betreuten Wohnens für wohnungslose Menschen wird deshalb lediglich ein Untermietvertrag abgeschlossen und bewusst auf den Abschluss einer getrennten Betreuungsvereinbarung und ein fachärztliches Gutachten verzichtet. Das Angebot der Betreuung und Begleitung im Alltag richtet sich gleichermaßen an beide Personengruppen. Die Bewohner können hier größtmögliche Eigenständigkeit wahren, bei Bedarf Unterstützung im Alltag erhalten und sich auf ein Sicherheitsnetz für Krisensituationen verlassen.

Ziel des Angebotes ist die Sicherung des Wohnraums für die Bewohner, die Förderung ihrer Selbstständigkeit im Alltag sowie die Erhöhung der Lebensqualität dieses Personenkreises.

2.5.4 Verein für Jugendhilfe: Betreutes Wohnen für haftentlassene wohnungslose Männer

In enger Kooperation mit der Fachstelle Wohnungssicherung der Stadt Karlsruhe und einem privatem Investor wurden im vorderen Teil des Hotelkomplexes Neue Messe (ehemalige Gaststätte) in den ersten Monaten des Jahres 2008 6 Appartements für haftentlassene wohnungslose Männer errichtet. Der Umbau erfolgte im Auftrag des Investors, die Konzeption wurde gemeinsam von der Fachstelle und dem Verein für Jugendhilfe Karlsruhe e. V. erarbeitet, die Einrichtung organisierte der Verein. Zum 1. Mai 2008 waren die Appartements bezugsfertig, und in den ersten Maiwochen zogen die Bewohner ein. Ein Appartement wird von einem Betreuer bewohnt, der die Aufsicht vor Ort führt und Auffälligkeiten bzw. Störungen an die Mitarbeiter der Anlaufstelle für Straffällige beim Verein für Jugendhilfe meldet. Zielgruppe sind haftentlassene oder straffällige Männer, vorrangig aus Karlsruhe, die wohnungslos sind und einen Hilfebedarf nach § 67 ff SGB XII haben. Ziel ist die Überwindung der besonderen sozialen Schwierigkeiten oder im Einzelfall die Verhinderung der Verschlimmerung. Im Aufnahmeverfahren prüfen wir die Motivation des Klienten und seine Bereitschaft zur Mitarbeit. Das Angebot der Betreuungsmaßnahme ist als Hilfe zur Selbsthilfe konzipiert und umfasst folgende Bereiche:

- Soziale Probleme/ Beziehungsfähigkeit
- Arbeit/ Qualifizierung
- Einkommen/ Finanzen/ Schulden
- Gesetzeskonformes Verhalten
- Gesundheit/ Abhängigkeit
- Hauswirtschaft
- Alltagsstruktur

Der Klient hat mindestens zwei Kontakttermine in der Woche -

1 Einzelgespräch mit dem zuständigen Mitarbeiter

1 Gespräch vor Ort mit dem Mitarbeiter und dem ehrenamtlichen Betreuer

Seit Mai 2008 haben insgesamt 9 Bewohner in der Hardeckstrasse Übergangswohnplätze beziehen können. 4 Bewohner sind bereits wieder ausgezogen, davon 2 in eigene Wohnungen, 1 kam wieder in Haft, 1 musste aus disziplinarischen Gründen gekündigt werden, 5 Bewohner wohnen derzeit in den Appartements.

Die Einzelunterbringung in abgeschlossenen Appartements hat sich sehr bewährt und begünstigt die individuell ausgerichtete Betreuungstätigkeit.

2.5.5 Ohlebusch GmbH: Mehrfamilietherapie

Um die Zahl der obdachlosen Familien zu reduzieren, wurde 2005 ein Pilotprojekt gestartet, das - einmalig in der BRD - wohnungslosen Familien in einer Mehrfamilietherapie Hilfen und Begleitung anbietet, mit der Zielsetzung „Dauerhaftes Wohnen sichern“. Seit Beginn des Projektes konnten bis Ende 2008 insgesamt 27 Familien mit 43 Kindern mit Wohnraum versorgt und für neun Monate therapeutisch begleitet werden. Von diesen 27 Familien ist nur eine Familie wieder wohnungslos geworden. Alle anderen leben zwischenzeitlich mit eigenem Mietvertrag in ihren Wohnungen. Bei Anschlussbefragungen haben 85 % der Familien die Unterstützung und Begleitung durch das Mehrfamilienprojekt als sehr hilfreich und lohnend eingeschätzt. Die aufsuchenden, therapeutischen Hilfen werden über einen privaten Träger (Firma Ohlebusch) angeboten. Die Zuweisung der wohnungslosen Familien erfolgt über die Fachstelle. Für diese Angebote werden zeitlich begrenzte Leistungsvereinbarungen getroffen. In das Hilfeplanverfahren und die Koordination der Hilfen ist außer der Fachstelle auch der Soziale Dienst mit eingebunden.

Die notwendigen Wohnungen werden über das Programm der Wohnraumakquise von einem privaten Vermieter oder von der Volkswohnung zur Verfügung gestellt. Im Dezember 2008 ist das fünfte Projekt mit sechs Familien angelaufen. Stark verändert hat sich im Laufe der Jahre die Familienkonstellation. Bei den ersten Projekten wurden nur Familien mit vier und mehr Kindern betreut. In den Folgejahren bedurften mehr Alleinerziehende und Menschen mit Migrationshintergrund der Unterstützung.

Erfreulich ist, dass wir es geschafft haben, von der Rekordzahl 2004 mit 30 untergebrachten Familien herunterzukommen. Durchschnittlich sind seit 2005 zehn bis zwölf Familien obdachlosenrechtlich eingewiesen. Über die Projekte und die Wohnraumakquise gelingt es, die Familien zeitnah mit Wohnungen zu versorgen. Unser Ziel, keine wohnungslosen Familien mehr unterbringen zu müssen, werden wir bei zunehmender Armut, Überschuldung und engem Wohnungsmarkt wohl nicht in nächster Zukunft erreichen.

2.5.6 bwlv: Betreutes Wohnen WG Lessingstr.

Der Baden-Württembergische Landesverband für Prävention und Rehabilitation gGmbH (bwlv) ist der größte Träger der Suchtkrankenhilfe in Baden-Württemberg und beschäftigt derzeit rund 700 Mitarbeiter/innen in 54 Einrichtungen.

Der bwlv hat sich zum Ziel gesetzt, Abhängigkeitserkrankungen präventiv vorzubeugen, Suchtkranke oder deren Angehörige zu beraten und zu behandeln und schwerbehinderte Menschen zu betreuen.

Das Betreute Wohnen in der Lessingstraße richtet sich an chronisch-mehrfach beeinträchtigte alkohol- und/oder medikamentenabhängige Männer, die obdachlos-rechtlich untergebracht oder von der Wohnungslosigkeit bedroht sind. Somit deckt dieses Angebot seit Frühjahr 2008 die Schnittstelle zwischen der Wohnungslosenhilfe und der Suchthilfe.

Das Haus Lessingstraße 21 befindet sich in zentraler Lage innerhalb der Innenstadt von Karlsruhe. Die Wohngemeinschaft befindet sich in einem vierstöckigen Wohnhaus zur alleinigen Nutzung für die Bewohner der WG. Das Haus ist aufgeteilt in vier Wohnungen, die jeweils aus 3 Bewohner-Zimmern, Küche und Bad sowie einem Aufenthaltsraum bestehen. Küche und Bad stehen in jeder Wohnung zur gemeinschaftlichen Nutzung für die Bewohner zur Verfügung.

Im Mittelpunkt der pädagogischen Ziele steht die Anleitung der Hilfe zur Selbsthilfe. Dies erfolgt u. a. in Form von Einzelgesprächen, Gruppenaktivitäten, Lernen am Modell unter Anwendung verhaltenstherapeutischer, systemischer und arbeitstherapeutischer Ansätze. Zu den Zielen gehören u. a. die Anleitung und Unterstützung zur selbständigen Lebensführung, die persönliche und räumliche Hygiene, sowie die gesunde und regelmäßige Ernährung. Ziel ist es, die gesamtgesundheitliche Situation der Bewohner sowohl psychisch wie auch physisch zu stabilisieren bzw. zu verbessern, da sie sich bei Aufnahme oft in einem desolaten gesundheitlichen Zustand befinden. Trainiert wird die Verbesserung der Ausdauer, Belastbarkeit und Konzentrationsfähigkeit. In Arbeitsprojekten wird die Heranführung an den zweiten Arbeitsmarkt geübt.

Die vorstehenden Ziele beinhalten auch suchttherapeutische Interventionen wie Anhalten zum kontrollierten bzw. reduzierten Umgang mit Alkohol (kein Kontrollverlust), Vermeidung von Trinkexzessen und Konsum harter

Alkoholika, Motivierung zu sinnvollen Freizeitaktivitäten auch im Sinne eines Kompensationsversuchs sowie die Motivierung und Unterstützung zum regelmäßigen Besuch einer Selbsthilfegruppe.

In Absprache mit den Betreuern bzw. unter Berücksichtigung der jeweiligen finanziellen Situation des Bewohners übernehmen die Mitarbeiter des bwlV die Verwaltung der Finanzen, d. h. die Zuteilung und Auszahlung von Geldbeträgen. Ziel ist es, die suchtkranken Bewohner durch die Bereitstellung eines überschaubaren Geldbetrages, der zur Deckung des täglichen Bedarfs dient, von einem insgesamt gesundheitsschädigenden Verhalten abzuhalten und damit Trinkexzesse zu vermeiden.

2.6 Beratung

2.6.1 Beratungsstelle für wohnungslose Männer

Die Beratungsstelle für wohnungslose Männer ist neben ihren primären Aufgaben der Beratung und der Bereitstellung einer Postadresse organisatorisch und inhaltlich auch für den städtischen Erfrierungsschutz mit 57 Plätzen, sowie die Übergangswohngruppe im Dachgeschoss mit 7 Plätzen in der Kriegsstraße 88 verantwortlich. Die Personalsituation hat sich verbessert. Seit Oktober 2008 unterstützt ein neuer Mitarbeiter im Rahmen einer Fördermaßnahme für Langzeitarbeitslose die Fachkräfte im Postbereich. Trotz dieser Verbesserung ist die Beratungsstelle an drei Wochentagen nur mit einer Fachkraft besetzt, was vor allem in den Wintermonaten nur durch die enge Kooperation mit den Kollegen der „Tür“ (Diakonisches Werk) im Hause abgedeckt werden konnte. Beratungen finden, den Bedürfnissen des Klientels folgend, an allen Wochentagen statt.

Aufgrund der weiterentwickelten Statistik ergaben sich für die Beratungsstelle im Jahr 2008 folgende Kontakte mit Klienten: Über die Poststelle alleine 5071 Kontakte. Vom Fachpersonal wurden 1599 Beratungsgespräche durchgeführt, so dass sich eine Anzahl von 6670 Kontakten mit Klienten ergab. D. h. monatlich gab es im Durchschnitt 556 Klientenkontakte in der Beratungsstelle.

In diesem Zeitraum wurden insgesamt 488 Personen betreut. Dies entspricht einem Anstieg um 40 % zum Vorjahr 2007 mit 347 Betreuten. Von 358 abgängigen Personen im Jahr 2008 sind 75,8 % nach unbekannt abgemeldet worden; 3,1 % konnten einen Platz in einer Einrichtung in

Karlsruhe finden; ca. 1 % mussten in eine JVA; 5,6 % wurden obdachlos-rechtlich untergebracht und 14,5 % fanden eigenen Wohnraum.

Im Hinblick auf das Soziale Dienstzentrum für Wohnungslose in der Kriegsstraße 88 mit dem Diakonischen Werk Karlsruhe, die im gleichen Gebäude u. a. den Tagestreff „Tür“ betreibt, wurde von der Fachstelle für Wohnungssicherung ein Entwurf für einen Kooperationsvertrag zwischen beiden Trägern erarbeitet.

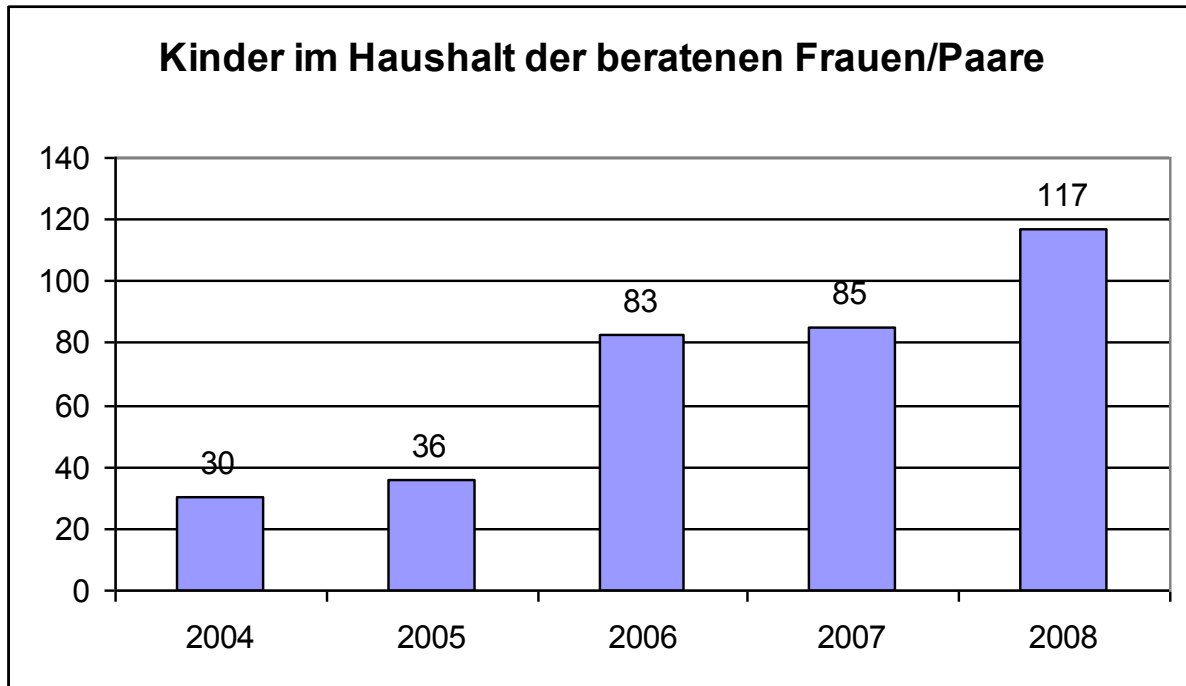
2.6.2 Beratungsstelle für Frauen und Paare in Wohnungsnot (SOZPÄDAL)

Die Beratungsstelle bietet dreimal wöchentlich offene Sprechstunden an; daneben werden die Frauen und Paare in den Obdachlosenunterkünften aufgesucht und bei Bedarf zu Behörden, Ärzten, Wohnungsanbietern etc. begleitet. Pro Sprechtag haben 2008 im Durchschnitt 8,2 Frauen/Paare die Beratungsstelle besucht.

Im Jahr 2008 haben insgesamt 335 Personen (296 Frauen und 39 Männer) das Beratungsangebot genutzt. 84 Frauen konnten in Wohnraum bzw. notwendige Einrichtungen vermittelt werden.

Die Beratungsstelle wurde 2007/2008 wieder, wie auch bereits 2006 von einem großen Anteil von unter 25-jährigen Personen aufgesucht (95 Personen in 2008). Typisch jugendspezifische Verhaltensweisen und die gesetzlichen Bestimmungen im Rahmen von Arbeitslosengeld-II-Leistungen erfordern für diesen Personenkreis einen erhöhten Unterstützungsbedarf. Ebenfalls auffällig war die hohe Zahl von Klientinnen mit Migrationshintergrund (116 Personen in 2008). Die Mehrzahl sind Migrantinnen der ersten Generation aus nicht EU-Ländern. Besonders schwierig stellte sich die Unterstützung von Migrantinnen aus den neuen EU-Ländern dar, da z. B. Sozialleistungen nur unter ganz bestimmten Umständen erfolgreich beantragt werden können.

In den letzten Jahren ist ein Anstieg wohnungsloser Frauen mit Kindern festzustellen, welche die Dienste der Beratungsstelle in Anspruch nehmen. Im Vergleich zu den Vorjahren ergibt die Statistik der Beratungsstelle, dass sich die Zahl der im Haushalt lebenden Kinder vervielfacht hat (2004: 30, 2005: 36, 2006: 83, 2007: 85, 2008: 117).



Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

Entwicklungsbedarf ist in folgenden Bereichen gegeben:

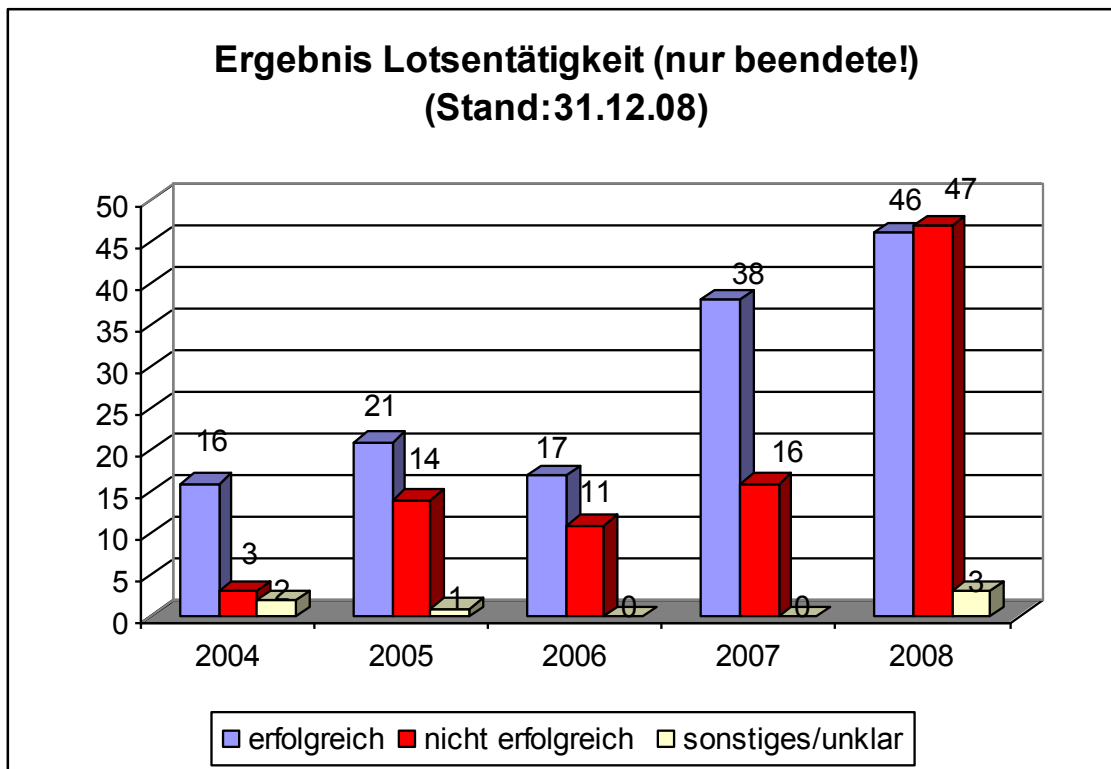
- Junge erwachsene Wohnungslose,
- chronisch mehrfach beeinträchtigte Frauen,
- medizinische Versorgung,
- Vernetzung der Akteure.

2.6.3 Programm „Lotsen aus der Wohnungslosigkeit“

Aufgrund des 2004 bis 2006 mit großem Erfolg durchgeführten Pilotprojektes stimmte der Sozialausschuss 2006 der festen Implementierung dieses Programms im Umfang von zunächst 42 Plätzen zu. Es wurden folgende Träger mit der Durchführung beauftragt: AWO, Caritas, Diakonisches Werk, Ohlebusch GmbH (je 7 Plätze = 0,5 Sozialarbeiterstellen), SOZPÄDAL (14 Plätze = 1 Stelle). Am 23.7.08 beschloss der Sozialausschuss eine Ausweitung um 7 Plätze.

In den Jahren 2007 und 2008 nahmen insgesamt 150 Personen am Lotsenprogramm teil. Die erreichte Erfolgsquote d.h. der Anteil der Personen, die in eigene Mietverhältnisse, in betreute Wohnformen oder notwendige Einrichtungen vermittelt wurden – betrug 58,3 %. Das Ziel der Verkürzung

der Aufenthaltsdauer in den Obdachlosenunterkünften und den dazu angemieteten Hotels wurde erreicht. Bei konzeptionell vorgegebener Dauer der Lotsentätigkeit von max. 26 Wochen je Fall betrug die tatsächliche durchschnittliche Dauer nur 18,8 Wochen. Aus der Verkürzung der Aufenthaltsdauer folgt nicht nur für die Stadt eine Verminderung der Unterbringungskosten, sondern für die Betroffenen eine Verhinderung der Chronifizierung ihrer Wohnungslosigkeit.



Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

Dieses Programm wird von der Fachstelle Wohnungssicherung permanent begleitend evaluiert um die Qualität zu sichern. Dabei wurde in den letzten Monaten deutlich, dass die Arbeitsergebnisse zwischen den einzelnen Trägern extrem divergieren.

Mit dem Lotsenprogramm wurden am 31.12.08 ca. 35 % der in unbetreuten Unterkünften untergebrachten Alleinstehenden betreut. Damit ist das Lotsenprogramm ein wesentlicher Beitrag zur Erreichung des Ziels 2010: Abschaffung der unbetreuten Unterbringungen.

2.6.4 Straßensozialarbeit (Diakonisches Werk)

Streetwork ist ein niedrigschwelliges Kontakt- und Unterstützungsangebot für einzelne Menschen und Gruppen, deren überwiegender Lebensort die Straßen und Plätze der Karlsruher Innenstadt sind. Und zwar insbesondere für jene, die von anderen sozialen Einrichtungen und Angeboten nicht oder nur unzureichend erreicht werden. Die Streetworker machen ein individuelles Hilfeangebot zur Überwindung akuter Notlagen sowie zur Entwicklung von Lebensperspektiven. Ziel ist es, den Prozess der sozialen, psychischen und physischen Verelendung zu unterbrechen. Es muss dafür gesorgt werden, die vitalen Grundbedürfnisse zu befriedigen und die Menschen ins bestehende Hilfesystem zu integrieren.

Straßensozialarbeit leistet wichtige Beiträge zur Entspannung und Befriedung im Gemeinwesen. Erfolgsfaktoren sind v. a. die starke Sozialraumorientierung sowie die direkten aktivierenden Angebote im Stadtteil. Straßensozialarbeit hat Zugang zu Wohnungslosen, die sonst nicht erreicht würden, begegnet Verelendungs-Tendenzen und motiviert zur Inanspruchnahme von Hilfen. Sie fungiert außerdem als Frühwarnsystem bei Menschen in prekären Wohnsituationen und wirkt präventiv. Da die Streetworker nach erfolgreicher Vermittlung in Wohnraum nachgehende Betreuung sicherstellen, leisten sie auch einen Beitrag zur Nachhaltigkeit im Hilfesystem.

Der Karlsruher Gemeinderat hatte 2008 erstmals anteilige Mittel für die Straßensozialarbeit bereitgestellt. Da in 2009 keine ESF-Mittel mehr zur Verfügung stehen, baut die Stadt Karlsruhe das finanzielle Engagement aus. Ziel ist die dauerhafte Etablierung von Streetwork als Regelangebot im Hilfeverbund für wohnungslose Menschen in Karlsruhe sowie die Einbindung in ein fachübergreifendes Plätzekonzept der Stadt Karlsruhe im Rahmen der Sozialen Stadt.

2.7 Langzeithilfen

2.7.1 Langzeitwohngruppe Thomas-Mann-Str. (Heimstiftung)

Der Langzeitwohnbereich bietet weiterhin vollstationäre Hilfe zur Pflege mit einem Pflegebedarf unterhalb der Pflegestufen (Pflegestufe 0 G) nach § 15 SGB XI.

Die 30 Plätze sind durchgehend belegt, und es gibt eine Warteliste. Daher kann oft der Nachfrage, die vermehrt auch direkt von Krankenhäusern kommt, leider nicht (im erforderlichen Zeitrahmen) nachgekommen werden. Hier wären weitere Plätze, auch solche, die flexibel belegt werden können, notwendig/wünschenswert.

Die Qualität der Arbeit wird durch 2 Altenpflegerinnen, einen Sozialarbeiter, 2 Nachtdienste, 2 Hauswirtschaftskräfte, einen ZDL, verschiedene Helfer und die Bereichsleitung sichergestellt, fortlaufend verfeinert und den Bedarfen angepasst. Die Dokumentation ist mittlerweile sehr differenziert, das Angebot der tagesstrukturierenden Maßnahmen wird kontinuierlich ausgeweitet. Die Dienstzeiten sind - aufgrund des Bedarfes – auch auf das Wochenende ausgeweitet, so dass eine „Rund-um-die-Uhr-Betreuung“ stattfindet.

Hinsichtlich der Belegung fällt auf, dass zunehmend (schwer) psychisch kranke Menschen (7) (teilweise mit Doppeldiagnose Alkoholismus) in der Einrichtung leben, deren spezieller Problematik durch entsprechende Weiterbildungen der Mitarbeiter und eine sehr enge Zusammenarbeit mit den Ärzten/Fachärzten/Kliniken und Betreuern Rechnung getragen wird.

Eine weitere Bewohnergruppe erhält Unterstützung beim Einteilen der täglichen Alkoholmenge (6), was sich als sehr erfolgreich erweist, ein anderer Teil lebt abstinent (5), während die restlichen Bewohner hinsichtlich des Trinkens eigenverantwortlich sind. 3 Bewohner konnten, nachdem sie abstinent lebten, motiviert wurden und entsprechende Unterstützung erhielten, in eigenen Wohnraum ziehen und – über den 2. Arbeitsmarkt – sogar wieder stundenweise arbeiten.

Mit fortschreitendem Alter der Bewohner ist aktuell die Tendenz der zunehmenden Pflegebedürftigkeit i.S.v. versorgt werden müssen, sowohl hinsichtlich der Verpflegung als auch des Bereiches Hygiene/Sauberkeit, deutlich.

Das Durchschnittsalter liegt bei 60,8 Jahren, wobei der jüngste Bewohner 40 Jahre alt ist und der älteste 73 Jahre.

2.7.2 Hotel Anker (AWO)

Im Dezember 2008 waren im Hotel Anker 28 wohnungslose Menschen untergebracht: 5 Frauen und 23 Männer. Das Hotel ist seit der Wiedereröffnung im September 2005 durchgängig voll belegt. Es handelt sich bei den Bewohnern und Bewohnerinnen in der überwiegenden Mehrzahl um so genannte chronisch mehrfachgeschädigte Abhängigkeitskranke, bei denen alle Therapieversuche bisher fehlschlagen. Dieser Personenkreis erhält durch das multidisziplinär zusammengesetzte Team eine Grundversorgung und vielfältige lebenspraktische und pädagogische Hilfen über den gesamten Tag.

Die medizinische Versorgung wird durch einen Allgemeinmediziner, der Sprechstunden im Hause abhält, sichergestellt. Perspektiven zur Entgiftung werden dabei aufgezeigt. Außerdem übernehmen Pflegedienste die notwendige Grund- und Behandlungspflege bei verschiedenen Bewohner/-innen. Tagesstrukturierende Angebote wie Nachmittagstreff, Gartenpflege im AWO-Garten in Hagsfeld, Ausflüge, Mitarbeit im Hause gegen Entgelt und sonstige Gemeinschaftsveranstaltungen in der hoteleigenen Gaststätte helfen, dass die Bewohner und Bewohnerinnen wieder Interesse am sinnvollen und gemeinsamen Tun und Vertrauen in die eigene Person entwickeln.

Aus den Erfahrungen, die die AWO Karlsruhe mit den Bewohner/-innen des Hotel Ankers gewonnen hat, leitete sich die Notwendigkeit nach einer Weiterentwicklung ab: da der körperliche Zustand vieler Bewohnerinnen als ausgesprochen schlecht zu bezeichnen ist und der Bedarf an pflegerischen Leistungen immer höher wird, hat die AWO Karlsruhe gemeinsam mit der Fachstelle Wohnungssicherung eine Konzeption für eine WG für wohnungslose Menschen mit erhöhtem Unterstützungsbedarf entwickelt. Das Konzept wird in 2009 umgesetzt werden.

2.8 Versorgung

2.8.1 Erfrierungsschutz Kriegsstraße 88

Der Erfrierungsschutz der Stadt Karlsruhe im 2. und 3. OG der Kriegsstraße 88 mit 2 hauptamtlichen Mitarbeitern und 2 Assistenten, die jeweils im Wochenwechsel die schwierige Klientel betreuen, ist fachlich an die Beratungsstelle für wohnungslose Männer angegliedert. In der Saison 2007/2008 war der Erfrierungsschutz vom 24. Oktober bis 26. April geöffnet und stellte 52 Übernachtungsplätze für Männer zur Verfügung.

Insgesamt wurden 5.769 Übernachtungen von 252 Personen verzeichnet. Der höchste Stand der Belegung war am 6.3.08 mit 50 Personen. Durchschnittlich wurde der Erfrierungsschutz von 32 Männern genutzt. Die Aufenthaltsdauer betrug im Durchschnitt 23 Nächte. Der Erfrierungsschutz wird sowohl kurzfristig, als auch langfristig genutzt. 40 % der übernachtenden Männer blieben nur 3 Nächte und 24 % blieben 3 Monate und länger. Was die Altersstruktur betrifft, so sind 49 % der Benutzer zwischen 30 und 50 Jahren.

Durch eine Fortbildung konnte die Fachlichkeit der Mitarbeiter/-innen verbessert werden. Angesichts des zum Teil sehr problematischen Klientels ist eine ständige Reflexion des bestehenden Konzeptes und die damit verbundene Umsetzung in praxisrelevantes Handeln zwingend notwendig. Weitere Fortbildungen für die Mitarbeiter sollten daher angestrebt werden.

2.8.2 Tagestreff „Tür“ (Diakonisches Werk)

Funktion und Arbeitsweise der „Tür“ wurden im 5. Sachstandsbericht des Gesamtkonzepts Wohnungslosenhilfe 1997 ausführlich beschrieben.

Im Jahr 2008 gab es mit 241 Besucher/-innen (rund 91 % Männer) insgesamt 713 intensive Einzelkontakte, nicht eingerechnet die eher unverbindlichen Gespräche im offenen Bereich. Hochgerechnet haben deutlich über 400 Einzelpersonen die Einrichtung aufgesucht, hiervon rund 70 % Wohnungslose. Pro geöffnetem Tag fanden sich durchschnittlich 59 Besucher/-innen ein, wobei insbesondere in den Wintermonaten deren Anzahl und Verweildauer höher ist. Auffällig ist vor allem winters der hohe Anteil wohnungsloser Migranten (überwiegend im Erfrierungsschutz übernachtend) aus den neuen EU-Beitrittsländern (mindestens 10 %), ohne

Krankenversicherungsschutz und vom Sozialleistungsbezug ausgeschlossen. Die kostenlose ärztliche Sprechstunde konnte 2008 an 23 Mittwochnachmittagen realisiert werden; das dem Tagestreff angegliederte Krankenzimmer war 2008 mit 5 Personen über insgesamt 256 Tage belegt.

Die Integration der vielfältigen niederschweligen, miteinander kooperierenden Dienste im Anwesen Kriegsstr. 88 in Trägerschaft der Stadt (Beratungsstelle für wohnungslose Männer mit Erfrierungsschutz und Übergangsbereich) und des Diakonischen Werks (Tagesstätte mit Krankenzimmer und Streetwork mit Arbeitsprojekt) hat sich in der Praxis bewährt.

2.8.3 Taff – kombiniertes Angebot: „Tagesaufenthalt“ und „Arbeiten und Qualifizieren“ für Frauen in Wohnungsnot (SOZPÄDAL)

Mit Ablauf des Jahres 2007 war die ESF-Förderperiode beendet. Wir danken nochmals dem Karlsruher Gemeinderat, dass er im Rahmen der freiwilligen Leistungen ab 2008 die Weiterfinanzierung dieser wichtigen Einrichtung für wohnungslose Frauen ermöglicht hat.

Langfristig sollte dieses Projekt sowohl im Bereich Tagesaufenthalt, wie auch Beschäftigung im Rahmen der §§ 67/68 SGB XII (Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten) regelfinanziert werden. Ergänzend oder auch alternativ ist die Öffnung für niedrigschwellige Maßnahmen im SGB II anzustreben. In dem kommunal finanzierten Programm „Proaktive Arbeitsplatzsuche – Psychosoziale Betreuung zur Tagesstrukturierung nach § 16 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 SGB II“ (psychosoziale Betreuung als Leistung zur Eingliederung) sehen wir einen positiven Ansatz dazu. 9 zusätzliche Plätze aus diesem Programm werden im Taff angeboten.

2007 haben 178 Frauen wiederholt, viele regelmäßig, den Tagesaufenthalt genutzt. Hinzu kommt eine nicht zu erfassende Anzahl von Frauen, die mal vorbeischaun, sich mit Kleidung oder Nahrung versorgen. Der Taff wird regelmäßig von der Karlsruher Tafel beliefert, so dass sich wohnungslose Frauen mit zusätzlichen Nahrungsmitteln versorgen können. Die größte Besucherinnengruppe sind Frauen aus den Obdachlosenunterkünften und Frauen, die verdeckt wohnungslos sind.

Zahlenmäßig wenige Frauen leben „auf der Straße“, es sind Frauen, die für weitergehende Hilfen nicht zugänglich sind, die aber im Taff zumindest eine Basisversorgung finden.

2.8.4 Anlaufstelle „IGLU“ (Heimstiftung)

Die Anlaufstelle „IGLU“ wendet sich als niedrigschwelliges Kontakt- und Hilfeangebot an Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 14 und 27 Jahren, die ihren Lebensmittelpunkt auf der Straße haben, von Obdachlosigkeit bedroht oder betroffen sind. Durchschnittlich wird das „IGLU“ täglich von ca. 20 Jugendlichen und jungen Erwachsenen aufgesucht.

Neben dem vorhandenen offenen Freizeit- und Versorgungsangebot, welches die Möglichkeit zum Wäsche Waschen, Duschen, Frühstück, Kochen oder zur alternativen Freizeitgestaltung etc. beinhaltet, haben die Besucher der Anlaufstelle die Möglichkeit, die Beratung und Hilfe, bei Bedarf auch anonym, bei den dort tätigen Sozialarbeitern in Anspruch zu nehmen. Dies geschieht unter den Prinzipien der Parteilichkeit, Freiwilligkeit und Akzeptanz. Das Beratungsangebot soll zur Klärung der gegenwärtigen Situation, zur Entwicklung einer persönlichen Perspektive und zur sozialen Integration bzw. Reintegration beitragen. Hierbei wird in allen relevanten Problembereichen (Grundsicherung, Wohnsituation, Schule/Ausbildung/Beruf, Schulden, Sucht, Delinquenz etc.) beraten, begleitet und bei Bedarf an die entsprechenden Fachberatungsstellen vermittelt.

Das „IGLU“ stellt für zahlreiche junge Menschen in besonderen sozialen Problemlagen einen Knotenpunkt dar, welcher bei eintretenden Krisen aufgesucht wird und zwischen den Hilfesuchenden und den verschiedenen weiterführenden Angeboten der Jugend- oder Wohnungslosenhilfe vermittelt. Die jungen Menschen werden bei der Kontaktaufnahme mit Behörden und dem Verfassen von Schriftstücken oder Bewerbungen unterstützt und beraten. Neben diesen Angeboten besteht für die jungen Menschen die Möglichkeit, in der Anlaufstelle ein Postfach einzurichten.

Im Jahr 2008 wurde das „IGLU“ von ca. 260 Jugendlichen und jungen Erwachsenen aufgesucht (vgl. 193 Personen in 2007). Hiervon waren 2/3 männlich und 1/3 weiblich. Die meisten Besucher sind im Alter zwischen 18 und 25 Jahren.

Im Berichtszeitraum wurde die Anlaufstelle verstärkt als Postmeldeadresse genutzt. Die Zahl der „Postmelder“ ist von durchschnittlich 17 Personen im Jahre 2005 auf 70 Personen im Jahre 2008 angewachsen. Insgesamt wurden im Laufe des Jahres 99 Postfächer eingerichtet. Bis auf wenige Ausnahmen handelte es sich dabei um junge Menschen, die vor Eintritt

ihrer Wohnungslosigkeit ihren Wohnsitz in der Stadt Karlsruhe hatten und zur Wahrnehmung ihrer Rechtsansprüche eine Postanschrift benötigten.

In Zusammenhang mit der Einführung des § 22 Abs. 2a SGB II, dem oft als Auszugsverbot bezeichneten Paragraphen, verfassten wir im Jahr 2008 insgesamt 19 Stellungnahmen bezüglich der Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung für unter 25-Jährige.

Die Besucherstruktur in der Anlaufstelle „IGLU“ hat sich in den letzten Jahren gravierend verändert. Die Anzahl der jungen Menschen, die sich in der Straßenszene verortet oder beheimatet haben, stagniert seit einigen Jahren. Großen Zulauf können wir hingegen bei der Personengruppe attestieren, die die Anlaufstelle ausschließlich als Beratungs- und Hilfsangebot nutzen. Die meisten jungen Menschen dieser Gruppe sind im öffentlichen Raum nicht besonders auffällig. Sie wenden sich mit ihren vielfältigen Problemen, allen voran der drohenden oder bestehenden Wohnungslosigkeit an die Sozialarbeiter der Anlaufstelle. Das offene Versorgungsangebot wird von dieser Personengruppe nur selten oder gar nicht in Anspruch genommen.

In Karlsruhe gibt es ca. 80 junge Menschen, die Leistungen nach dem SGB II von der Fachstelle Wohnungssicherung erhalten, jedoch nicht von der Fachstelle untergebracht sind. Die meisten von ihnen stehen vor dem Problem, mit der Anmietung und Finanzierung einer eigenen Wohnung überfordert zu sein. Ein Großteil dieser Personen sucht in regelmäßigen Abständen die Anlaufstelle „IGLU“ auf, um das Beratungsangebot wahrzunehmen. Die jungen Menschen, die das „IGLU“ anlaufen, zeichnen sich insbesondere dadurch aus, dass sie mit den üblichen Formen der Erziehungshilfe und auch den vorhandenen Obdachlosenhilfen nicht erreicht werden. Deshalb sind sie in besonderer Weise in ihrer seelischen und physischen Gesundheit gefährdet.

Für die von Obdachlosigkeit bedrohten jungen Menschen müssen weitergehende Hilfsangebote entwickelt werden, die sich an ihrer Lebenswelt orientieren, d. h. dergestalt sind, dass sie sie erreichen und von ihnen angenommen werden.

Eine niedrigschwellige kurzfristige Übernachtungsmöglichkeit würde das Abgleiten der jungen Menschen in die Obdachlosigkeit verhindern. In der „Notunterkunft“ könnten die jungen Menschen in einem geschützten Rahmen, gemeinsam mit einer Fachkraft, den bestehenden Hilfebedarf und das

weitere Vorgehen klären. An dieser Stelle besteht unseres Erachtens eine Versorgungslücke, die es zu schließen gilt. Ein entsprechendes Projekt ist bereits in Planung.

2.9 Junge erwachsene Wohnungslose

2.9.1 Pilotprojekt Betreutes Wohnen (SOZPÄDAL)

Ausgangspunkt für das am 1.3.2007 neu begonnene Pilotprojekt Wohnen 18+ war und ist die hohe Zahl junger wohnungsloser Menschen, die bei SOZPÄDAL und in den städtischen Beratungsstellen und Einrichtungen in Erscheinung treten. In diesem Lebensabschnitt werden entscheidende Weichenstellungen vorgenommen. Das Konzept wurde im letzten Bericht bereits beschrieben.

Die jungen Menschen sind mit der Situation der Wohnungslosigkeit überfordert und kommen nicht ohne Unterstützung aus dieser schwierigen Not- und Lebenslage heraus. Obgleich ein hoher pädagogischer Entwicklungsbedarf besteht, werden Jugendhilfemaßnahmen nicht mehr angenommen, entweder, weil Maßnahmen bereits abgebrochen wurden, die Anforderungen und Ziele der Jugendhilfe zu hoch gesteckt sind oder mangelnde Kenntnisse oder Vorurteile auf Seiten der Jugendlichen bestehen. Wenn Jugendhilfe doch noch in Frage kommt, wird dies vorrangig in Rücksprache mit dem Sozialen Dienst geklärt. Im Pilotprojekt werden 4 junge Erwachsene im Alter zwischen 18 - und 25 Jahren intensiv, für die Dauer von 9 bis max. 12 Monaten betreut. Inzwischen (bis zum 30.06.2008) haben 8 junge Erwachsene das Betreuungsangebot angenommen. Auffallend ist das große Interesse an der eigenen Wohnung, die hohe Motivation, selbständig zu leben. Durchgängig kommen die jungen Erwachsenen aus äußerst schwierigen familiären Verhältnissen, die unter anderem von körperlicher Gewalt und Alkohol- und Drogenmissbrauch geprägt sind. Im Unterschied zu den vor Jahren aufgetretenen subkulturellen Gruppen (Punks), die auch häufig von Wohnungslosigkeit bedroht waren, bilden die heute auftretenden jungen erwachsenen Wohnungslosen eine sehr heterogene Gruppe. Die Gestaltung und Perspektivfindung in den entscheidenden Lebensbereichen Wohnen, Arbeit und Beziehungen gelingt nicht. Der Versuch, selbständig Lösungen zu finden, ist auf Grund mangelnder finanzieller Mittel und fehlender familiärer Unterstützung immer wieder gescheitert.

Ein Wohnungsangebot, die Klärung von Leistungsansprüchen und die Unterstützung bei der Suche nach Beschäftigung oder Arbeit/Ausbildung werden als Hilfe angesehen und angenommen.

Alles muss erlernt und in der Betreuung geregelt werden, es treten die typisch jugendspezifischen Probleme auf: zu laute Musik, zu viele Besucher, Ignorierung der Hausordnung, etc. In einem „normalen“ Mietverhältnis wären dies Gründe für die Beendigung des Mietverhältnisses.

Alle jungen Erwachsenen waren von öffentlichen Hilfen abhängig. Abzuklären sind die Ausbildungsmöglichkeiten oder Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt.

Um jungen Menschen in Wohnungsnot den Zugang zu Wohnen und unterstützender Hilfe und damit eine Perspektive zu eröffnen, müsste das Angebot bedarfsgerecht ausgebaut werden. Aus unserer Bewerberzahl gehen wir von einem Bedarf von 20 Plätzen aus mit einer flexiblen Öffnung, falls die Platzzahl nicht reichen würde. Der Vorrang der Jugendhilfe darf nicht in Frage gestellt werden, es sollte weiterhin darüber nachgedacht werden, Jugendhilfemaßnahmen besser sich ändernden Situationen junger Menschen anzupassen. Wichtiger Konzeptbestandteil ist die enge Zusammenarbeit mit dem Jobcenter, vor allem mit den für U25 zuständigen Sachbearbeiter/-innen. Verbindliche Vereinbarungen zwischen dem Träger und dem Jobcenter bezüglich Hilfeplan und Eingliederungsvereinbarung sind erforderlich. Um den Zugang zu den Hilfen für die jungen wohnungslosen Erwachsenen zu erleichtern und damit auch den Beginn von „Karrieren“ zu verhindern, sollten Lotsen eingesetzt werden. Niedrigschwellige Angebote benötigen entsprechenden Nischenwohnraum.

2.10 Psychisch kranke Wohnungslose

2.10.1 Betreutes Wohnen für psychisch kranke Wohnungslose (AWO)

(siehe Beitrag 2.5.3 „AWO: Betreutes Wohnen“ in Kapitel „Persönliche Hilfen in Wohnraum“)

2.10.2 Betreutes Wohnen für psychisch kranke Wohnungslose (SOZPÄDAL)

2007 wurden im Sonderprogramm für psychisch kranke Wohnungslose (§ 67 ff SGB XII) 8 Männer und 7 Frauen betreut. Ab 2009 können insgesamt 20 Plätze belegt werden. Diese Betreuungsform erfolgt bei denjenigen Betroffenen, die keine Krankheitseinsicht haben oder nicht bereit sind, sich behandeln zu lassen. Ziel dieser Maßnahme ist neben der Sicherung der Wohnung und Gewährleistung würdiger Lebensumstände die Motivation zur Annahme entsprechender fachlicher Hilfen. Wo dies gelingt, wird das Betreute Wohnen im Rahmen der Eingliederungshilfe nach § 53 SGB XII fortgesetzt. (2007 wurden 9 Männer und 7 Frauen betreut).

2.10.3 Pilotprojekt „Aufsuchende Sozialpädagogische Hilfen“ im Rahmen des Betreuten Wohnens für psychisch kranke Menschen (Diakonisches Werk)

Das Diakonische Werk Karlsruhe ist der größte Anbieter vielfältiger ambulanter Wohnangebote für psychisch kranke Menschen. In unserem Appartementhaus, welches wir seit Februar 2005 betreiben, betreuen wir 16 ehemals wohnungslose psychisch kranke Menschen, die oftmals in keiner anderen Einrichtung oder Unterkunft innerhalb von Karlsruhe integriert werden konnten.

Die Erfahrungen aus dem Appartementhaus haben gezeigt, dass bei einigen wohnungslosen psychisch kranken Menschen eine sehr frühe Kontaktaufnahme notwendig ist, um mittel- bis langfristig einen Übergang aus der Wohnungslosigkeit bzw. aus Unterkünften und Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe nach § 67 ff SGB XII zu schaffen.

Seit 01.08.2007 können in dem Pilotprojekt „Aufsuchende sozialpädagogische Hilfen“ regelmäßig vier alleinstehende psychisch kranke Menschen, die in solch benachteiligenden Unterkünften untergebracht sind, mit den entsprechenden Unterstützungs- und Betreuungsleistungen versorgt

werden. Im Rahmen des Projektes wurden insgesamt bisher 13 dieser sehr schwer zugänglichen Menschen betreut. Bei drei von ihnen blieb es bei einem Erst- bzw. Zweitkontakt, zehn Personen haben sich jedoch länger auf das Betreuungsangebot eingelassen. Nachdem hier ein dauerhafter Kontakt und eine Vertrauensbasis geschaffen war, konnten wir inzwischen sieben von ihnen aus der Wohnungslosigkeit in Mietverhältnisse und ärztliche Versorgung vermitteln. Eine Person gilt ebenfalls als versorgt und wartet im Wohnheim „Rüppurrer Straße 23“ auf einen demnächst freiwerdenden Platz in unserem Appartementhaus. Eine weitere Person wurde erst im Dezember 2008 aufgenommen, eine Vermittlung in Wohnraum war aufgrund der Kürze der Zeit noch nicht möglich. Eine andere im November 2008 aufgenommene Person ist im Januar 2009 in den Landkreis abgewandert. Die aktuelle Erfolgsquote liegt für die regelmäßigen Betreuungen damit bei 70 bzw. 80 Prozent, für alle kontaktierten Personen bei 54 Prozent.

Das erfolgreiche Pilotprojekt hat gezeigt, dass einer Beheimatung in Wohnungslosenunterkünften entgegen gewirkt werden kann, wenn frühzeitig Betreuungsangebote gemacht werden. Dies gilt insbesondere bei sehr jungen psychisch kranken Menschen. Sechs der aus der Wohnungslosigkeit ins ambulant betreute Wohnen begleiteten Personen waren junge Erwachsene bis 25 Jahre. Für diese Gruppe reichen die zurzeit zur Verfügung stehenden Hilfeangebote nicht aus, und es werden noch differenziertere Hilfeangebote benötigt, um diese Personengruppe bedarfsorientiert zu versorgen. Junge Erwachsene wünschen sich eine auf sie zugeschnittene Hilfe, in die möglichst wenig Personen mit einbezogen sind, obwohl vielfältige Hilfeangebote notwendig sind, z. B. Unterstützung im hauswirtschaftlichen Bereich/bei der schulischen Förderung/bei der medizinischen Versorgung/bei behördlichen Angelegenheiten/bei finanziellen Angelegenheiten. Die Hilfe für diese nur sehr schwer erreichbaren jungen Menschen muss daher auf freiwilliger Basis aufsuchend, niederschwellig, bedarfsorientiert und flexibel erfolgen. Sie wird längerfristig nur erfolgreich sein, wenn es gelingt, tragfähige, kontinuierliche Beziehungen aufzubauen. Ausreichende zeitliche Ressourcen müssen zur Verfügung stehen, um notwendige Unterstützungsangebote anzubieten. Dafür ist ein erhöhter Betreuungsaufwand notwendig. Wir planen daher ein Projekt für junge wohnungslose Menschen, in dem uns 5-8 Stunden pro Woche/Person zur Verfügung stehen.

2.10.4 Sozialpsychiatrischer Dienst

Auch in den Jahren 2007 und 2008 unterstützte der SPD i die Mitarbeiter/innen und Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe durch regelmäßige Fallbesprechungen, kollegiale Beratung und Informationsveranstaltungen.

2.11 Arbeit, Beschäftigung, Aktivierung

2.11.1 Arbeits- und Beschäftigungsprojekt (AWO)

Das Arbeits- und Beschäftigungsprojekt „erfindet“ fachlich und sozial qualifizierte Beschäftigungsangebote für Personen mit Handicaps.

Das Projekt verfolgt vier Ziele:

1. Festigung der Allgemein- und Persönlichkeitsausbildung
2. Sicherung bzw. (Wieder-)Herstellung der Beschäftigungsfähigkeit
3. Verbesserung der Berufsorientierung und Berufsfindung
4. Vermittlung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

Dabei werden Arbeitsbedingungen geschaffen, die das Handicap der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berücksichtigen und gleichzeitig deren Fähigkeiten und Ressourcen beanspruchen.

Mit der Schaffung verschiedener Einsatzbereiche auf unterschiedlichem Leistungsniveau wird der großen Nachfrage nach Beschäftigung von Menschen mit unterschiedlichsten Handicaps in Karlsruhe Rechnung getragen. So verfügt das Arbeitsprojekt neben Einsatzfeldern im gastronomischen Bereich (Leos Café, Catering u. a.) auch über folgende Beschäftigungsangebote: Wäscherei, niederschwellige Werkstatt mit einem Platzkontingent für tagesstrukturierende Maßnahmen für SGB XII-Leistungsbezieher, Bau- und Sanierungstrupp. Darüber hinaus kann auf eine Vielzahl unterschiedlicher Einsatzstellen innerhalb der AWO Karlsruhe und bei kooperierenden Vereinen und Institutionen zurückgegriffen werden.

2.11.2 Taff - Arbeiten und Qualifizieren (SOZPÄDAL)

An „Arbeiten und Qualifizieren“ nahmen 2007 48 Frauen teil, 18 Frauen kamen neu in das Projekt. 7 Frauen haben Arbeit auf dem ersten und zweiten Arbeitsmarkt gefunden, 3 Frauen haben eine Suchttherapie angetreten und damit wesentliche Schritte zur Verminderung ihrer Vermittlungshemmnisse gemacht. Um Frauen in Praktika nach außen vermitteln zu können, sind wir immer auf der Suche nach neuen Möglichkeiten und konnten die Angebotspalette erweitern.

2.11.3 Wohnungsakquise und Sanierung (SOZPÄDAL)

2007 konnten 12 Wohnungen für 24 Personen von SOZPÄDAL mit Hilfe städtischer Mittel saniert werden, 2008 waren es 11 Wohnungen für

25 Personen, ein nach unserer Auffassung sehr erfolgreiches Programm. Ab dem 15.12.2008 wurden 2 Arbeitsplätze im Rahmen von „Jobperspektiv“, in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit und der Fachstelle Wohnungssicherung für Langzeitarbeitslose mit Wohnungslosenhintergrund im Sanierungsprojekt geschaffen. Seit längerer Zeit ist es uns ein Anliegen, neben dem neu akquirierten Wohnraum auch bereits länger angemietete Wohnungen in einen besseren Zustand zu versetzen. Insbesondere in Mehrzimmerwohnungen sind die gemeinschaftlich genutzten Räume in einem stark renovierungsbedürftigen Zustand.

2.11.4 Streetwork (Diakonisches Werk) (siehe auch 2.6.4)

Auch die durch Streetwork betreuten Menschen verfügen über Ressourcen, die sie zu einer aktiven Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft befähigen. Über die Stabilisierung und Verbesserung der Lebenssituation sollen verloren geglaubte Fähigkeiten und Fertigkeiten wieder entdeckt, erhalten und gefördert werden. Die Straßensozialarbeit macht deshalb Basisaktivierungsangebote für diese besonders benachteiligte Zielgruppe. Zusammen mit diversen Kooperationspartnern werden temporäre Einzelprojekte/Maßnahmen z.B. „Perspektive Straßenleben“: Wohnungslose fotografieren ihre eigene Perspektive vom Leben auf der Straße; „Tor der Begegnung“ u. a. durchgeführt. Außerdem werden ein Sportangebot (Straßenfußball) sowie dauerhafte, zusätzliche und im öffentlichen Interesse liegende Service-Dienste im Gemeinwesen organisiert. Die Teilnehmer erfahren bei diesen Aktivitäten nach langer Arbeitslosigkeit wieder eine flexible und behutsame Heranführung an tagesstrukturierende, sinnvolle Tätigkeiten. Der Zugang zu diesen Angeboten ist niedrighschwellig. Je nach Leistungsfähigkeit und den sozialen Kompetenzen steht entweder der Beschäftigungsaspekt oder die psychosoziale Betreuung im Vordergrund. Die Teilnehmer erfahren eine Stärkung des Selbstwertgefühls, weil sie Lob, Anerkennung und öffentliche Aufmerksamkeit in ihrem Lebensumfeld bekommen und entdecken verloren geglaubte Stärken. Sie gehen damit wieder erste Schritte hin zu einer umfassenden sozialen und beruflichen Integration.

2.12 Medizinische Versorgung

Zahlreiche nationale und internationale Untersuchungen der letzten Jahre zeigten, dass die gesundheitliche Situation wohnungsloser Menschen zum Teil besorgniserregend schlecht ist. (Fichter u. a.: „Facetten der Gesundheit

Wohnungsloser“ in: Materialien der Wohnungslosenhilfe Nr. 43, 2000) Allerdings gibt es eine Diskrepanz zwischen subjektiv empfundenem und objektivem Gesundheitsstatus. Diese Lücke wird mit zunehmender Dauer der Wohnungslosigkeit größer: „je schwieriger es ist, die Grundbedürfnisse wie Schlafen, Nahrung, Kleidung oder persönliche Hygiene zu befriedigen, desto unwichtiger wird Gesundheit“. (Haje/Ishorst-Witt: „Stationäre Versorgung Wohnungsloser in einem System der Fallpauschalenfinanzierung“ in: Materialien der Wohnungslosenhilfe Nr. 59, 2008). Es gibt eine Häufung verschiedener Erkrankungen, die meist mit den schwierigen Lebensbedingungen (auf der Straße) zu tun haben. (Atemwege, Verdauung, Herz-Kreislauf, Skelett, Zähne, Haut, Infektionen, Verletzungen als Gewaltfolgen).

Aus den Erfahrungen und Beobachtungen der Mitarbeiter/innen der Karlsruher Wohnungslosenhilfe sowie den Ergebnissen einer Befragung unter den Mitgliedern des Arbeitskreises Wohnungslosenhilfe ergibt sich für Karlsruhe folgendes Bild:

2.12.1 Die Situation

Viele Wohnungslose scheuen den Weg zum Arzt, obwohl sie objektiv krank sind. Einerseits gibt es finanzielle Hürden (Praxisgebühr und Zuzahlungsregelungen) zum medizinischen Regelversorgungssystem, die dazu führen, dass objektiv notwendige Arztbesuche aus finanziellen Gründen unterbleiben. Darüber hinaus gibt es auch nicht-finanzielle Zugangsbarrieren, die aus der besonderen Lebenssituation wohnungsloser Menschen resultieren. Negative Erfahrungen, Abweisung, Hemmungen, fehlende Krankheitseinsicht sind einige der Ursachen. Wohnungslose sind im Wartezimmer von Arztpraxen vielfach keine leichte Klientel und dort meist nicht gern gesehen. Wenn sie nicht offen abgewiesen werden, so spüren sie trotzdem diese Ablehnung und gehen nicht zum Arzt, weil sie sich stigmatisiert fühlen. Mitarbeiter/innen der Wohnungslosenhilfe suchen oft fieberhaft nach Arztpraxen, wo Wohnungslose vorurteilsfrei und vorbehaltlos aufgenommen und behandelt werden. Diese unterlassenen bzw. verschobenen Arztbesuche können Krankheiten verschlimmern und dadurch größere Leiden, aber auch später umso höhere Behandlungskosten verursachen. Hinzu kommt eine Verschärfung der Situation aufgrund der Einführung der diagnose-orientierten Fallpauschalen (DRG) in den Krankenhäusern (Stichwort: „blutige Entlassungen“): Wohnungslose haben kein zu Hause, wo sie gesund gepflegt werden könnten und selten Angehörige, die dies tun könnten.

Die Einrichtungen der Karlsruher Wohnungslosenhilfe reagieren in der praktischen Arbeit auf diese Problematik mit diversen Maßnahmen: Einige wenige Träger verfügen über Spendenmittel, um die Praxisgebühr bzw. Zuzahlungen für Medikamente oder Hilfsmittel zu finanzieren, damit eine notwendige medizinische Leistung nicht schon an den finanziellen Hürden scheitert. Fast alle Mitarbeiter/innen versuchen, als Vermittler zur medizinischen Regelversorgung zu fungieren. Zahlreiche Einrichtungen begleiten die Betroffenen auch dorthin und kooperieren mit Ärzten und/oder Pflegediensten usw. um die notwendigen Maßnahmen/Leistungen zu koordinieren. Trotzdem gelingt dieser „Lotsendienst“ nicht immer. Einige Träger machen deshalb auch (niedrigschwellige) medizinische Angebote (z.B. ärztliche Sprechstunde in der Einrichtung selbst, Krankenzimmer). Besonderer Bedarf wird auch hinsichtlich der psychiatrischen Versorgung gesehen. Wohnungslose Menschen leiden sehr viel häufiger unter psychischen Krankheiten als die Allgemeinbevölkerung. Und auch hier ist die Inanspruchnahme v. a. ambulanter psychiatrischer Einrichtungen (nach einem stationären Aufenthalt) erschreckend gering.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass es den etablierten Gesundheitsversorgungseinrichtungen nicht gelingt, diese besonders benachteiligte Personengruppe adäquat zu versorgen. Und auch die bisherigen Maßnahmen der Wohnungslosenhilfe reichen bei weitem nicht aus, um diesen Menschen eine bedarfsgerechte medizinische Versorgung zu gewährleisten. Zudem basieren die Angebote meist auf zusätzlichem und/oder ehrenamtlichem bzw. freiwilligem Engagement der Beteiligten, und die Finanzierung steht auf sehr unsicheren Füßen.

2.12.2 Bedarf in Karlsruhe

Da Wohnungslose aufgrund ihrer besonderen Lebenssituation häufig nicht in der Lage sind, den Verwaltungsaufwand für eine Zuzahlungsbefreiung zu erledigen, besteht ein großer Bedarf an kostenlosen Behandlungsmöglichkeiten. Zunächst bräuchte es allerdings eine ausreichende Bereitschaft der medizinischen Regelversorgung, diese Menschen überhaupt vorbehaltlos und vorurteilsfrei aufzunehmen und zu behandeln. Wenn dies aber nicht uneingeschränkt gewährleistet ist und die erwähnten Barrieren dazu führen, dass notwendige Leistungen im Regelsystem aus den genannten Gründen nicht in Anspruch genommen werden, dann muss die „Komm-Struktur“ durch eine „Geh-Struktur“ ergänzt werden. D. h. Ärzte und/oder ausgebildete Pflegepersonen müssen die Wohnungslosen entweder an ihren Aufenthaltsorten aufsuchen (d. h. auf der Straße bzw. in den Einrich-

tungen der Wohnungslosenhilfe) oder ergänzend niedrigschwellige Behandlungs- und Pflegeangebote außerhalb des Regelsystems bereithalten. In ein solches System müsste auch die Versorgung mit psychiatrischen Diensten einbezogen werden. Eine Lösung des Problems ist auch und vor allem wegen der unsicheren Finanzierung der bisherigen Ansätze auf der Basis von Freiwilligkeit und Barmherzigkeit nötig.

Beispielhaft kann ein Versorgungsmodell in Nordrhein-Westfalen genannt werden: Hier wurde eine bedarfsorientierte niedrigschwellige und aufsuchende Versorgung („medical streetwork“, Ambulanzfahrzeuge, Krankentuben) installiert, die den spezifischen Gesundheitsproblemen dieser Gruppe gerecht wird und von Krankenkassen, Kassenärztlichen Vereinigungen sowie Kommunen gemeinsam finanziert wird.

Aus Sicht des Arbeitskreises Wohnungslosenhilfe Karlsruhe sollte dringend untersucht werden, ob und in welcher Form ein solches Beispiel guter Praxis auch in Karlsruhe (bzw. Nordbaden) realisierbar ist.

2.13 Befragung Wohnungsloser

In den vergangenen Jahren wurden im Zwei-Jahresabstand drei Befragungen wohnungsloser Menschen in Karlsruhe durchgeführt, im Folgenden wird ein Ergebnisüberblick der im August 2007 durchgeführten dritten Befragung dokumentiert. Die darin angegebenen Zahlen und Prozentanteile beziehen sich auf die Teilnehmer der Befragung, nicht auf alle Karlsruher Wohnungslosen.

Ergebnisüberblick der 3. Befragung von Wohnungslosen 2007:

In den vergangenen Jahren wurde das Hilfesystem der Wohnungslosenhilfe kontinuierlich weiterentwickelt und den Bedarfslagen angepasst. Als ein Höhepunkt kann neben den zielgruppenspezifischen Angeboten wie Eröffnung der Frauenpension, Einrichtung des Appartementwohnens für Wohnungslose mit psychischer Erkrankung, Familien-Wohnprojekte und Inbetriebnahme des neuen Ankers die Umorganisation der Abteilung Wohnungssicherung zur Fachstelle zum 01.01.2007 genannt werden. Darüber hinaus wurde ein Programm zur Wohnraumakquise initiiert, das erfolgreich mit privaten Vermietern Wohnraum für diesen Personenkreis bereitstellt.

Zur Evaluation der bisherigen Umstrukturierung und zum Vergleich der bisher durchgeführten Befragungen in den Jahren 2003 und 2005 wurden im August 2007 erneut Wohnungslose in ihren Unterkünften aufgesucht und mittels des gleichen Fragebogens wie in den Vorjahren befragt. Herausragend ist bei dieser Befragung, dass die gesamte Fachstelle Wohnungssicherung in die Befragung involviert war und persönlich die Durchführung der Interviews in den Unterkünften vorgenommen hat. Dadurch konnten 169 Personen, die in 140 Haushalten leben, befragt werden (darunter 13 Kinder). Unter den Befragten waren 11 Familien mit 16 Kindern, davon sechs Alleinerziehende.

Orte der Befragung

Um eine Vergleichbarkeit mit der Befragung der Jahre 2003 und 2005 zu erhalten, wurden dieselben Unterkünfte bzw. Einrichtungen für die Befragung aufgesucht. Dennoch gibt es Unterschiede, da die Unterkunft in der Kriegsstraße 124 im Jahr 2004 und die in der Schlachthausstraße im Jahr 2005 aufgelöst wurden. Als neue Einrichtung konnte im Frühjahr 2004 die Frauenpension eröffnet werden, die in die Befragung mit aufgenommen wurde. Ebenso wurde der „Anker“, der im Spätsommer 2005 wieder in Betrieb genommen wurde, in die Befragung 2007 miteinbezogen. Neu hinzu kamen außerdem das Appartementwohnen für psychisch kranke Wohnungslose sowie die Unterkunft in der Taubenstr. 2. Die nachfolgende Tabelle zeigt, wie viele Personen in den einzelnen Einrichtungen befragt wurden:

Tab. 3: Orte der Befragung

Orte der Befragung	Anzahl			Prozent		
	2003	2005	2007	2003	2005	2007
Schlachthausstraße	53	10	--	25,7	6,7	--
Rüppurrer Straße	35	24	25	18,3	16,0	14,8
Scheffelstraße	27	24	12	12,9	16,0	7,1
Adlerstraße 33	20	10	7	9,9	6,7	4,1
Gartenstraße	17	26	19	8,4	17,3	11,2
Kriegsstraße	12	--	--	5,9	--	--
Kriegsstraße DG	--	--	4	--	--	2,4
Frauenpension	--	10	11	--	6,7	6,5
Rüppurrer Straße 56	--	--	3	--	--	1,8
Taubenstraße 2	--	--	5	--	--	3,0
Anker	--	--	19	--	--	11,2
Pensionen	38	46	64	18,9	30,6	37,9
Gesamt	202	150	169	100,0	100,0	100,0

Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

Geschlechterdifferenziert stellt sich das folgendermaßen dar:

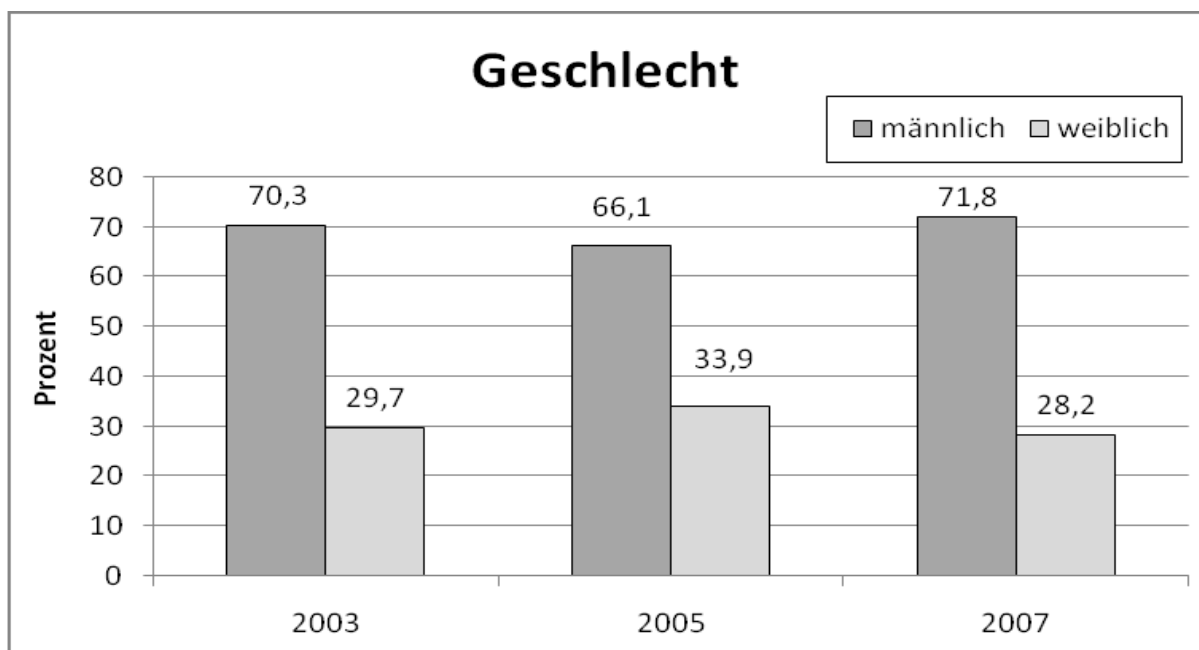
Tab. 4: Geschlechterdifferenzierung

Orte der Befragung	Anteil Männer in %			Anteil Frauen in %			Anteil Kinder in %		
	2003	2005	2007	2003	2005	2007	2003	2005	2007
Schlachthausstraße	58,5	3,7	--	34,0	6,8	--	13,4	14,3	--
Rüppurrer Straße	100,0	28,4	100,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Scheffelstraße	18,5	2,5	0,0	48,2	34,1	75,0	30,0	28,6	25,0
Adlerstraße 33	95,0	12,3	100,0	0,0	0,0	0,0	3,3	0,0	0,0
Gartenstraße	11,8	3,7	15,8	35,3	29,5	68,4	30,3	47,6	15,8
Kriegsstraße	75,0	--	--	25	--	--	0	--	--
Kriegsstraße DG	--	--	100,0	--	--	0,0	--	--	0,0
Frauenpension	--	0,0	0,0	--	18,2	72,7	--	9,5	27,3
Rüppurrer Straße 56	--	--	100,0	--	--	0,0	--	--	0,0
Taubenstraße 2	--	--	60,0	--	--	20,0	--	--	20,0
Anker	--	--	63,2	--	--	36,8	--	--	0,0
Pensionen	55,3	49,4	84,4	26,3	11,4	10,9	18,4	0	4,7

Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

Geschlecht

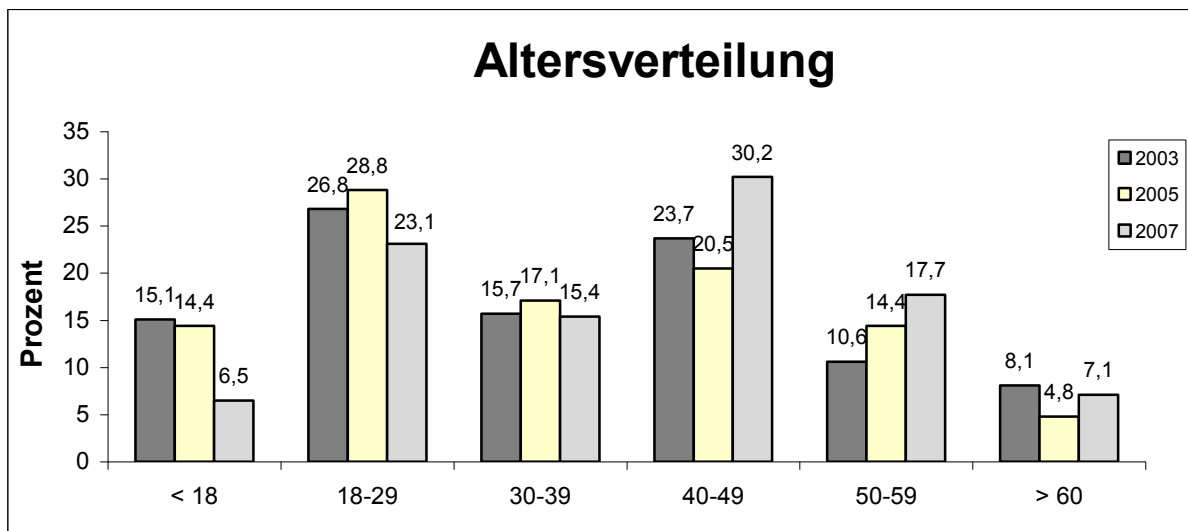
Wie das folgende Schaubild zeigt, ist der Anteil der befragten weiblichen Wohnungslosen mit 28,2 % im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gesunken (2005: 33,9 %), übersteigt aber noch immer den bundesweiten Durchschnitt von 25 % (Stand: 2006; Bundesdurchschnitt Jahr 2005: 23 %). Mit Berücksichtigung der Kinder beträgt der Mädchen- und Frauenanteil 28,4 % (2005: 34,7 %). Von einem Rückgang der weiblichen Wohnungslosen zu sprechen wäre jedoch nicht korrekt, da sich die Zahlen nur auf die befragten, in den Unterkünften angetroffenen Personen beziehen.



Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

Altersverteilung

Das Durchschnittsalter der befragten Personen beträgt 39,31 Jahre (2005: 33,9 Jahre; 2003: 34,1 Jahre). Darin enthalten sind 6,5 % (2005: 14,4 %; 2003: 15,1 %) Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Das Durchschnittsalter der Erwachsenen über 18 Jahre beträgt 41,6 Jahre. 2005 und 2003 lag das Durchschnittsalter der Erwachsenen bei 38,1 Jahren. Das der erwachsenen Frauen beträgt 40,3 Jahre (2005: 34,6; 2003: 33,8 Jahre), während die Männer im Durchschnitt 42,6 Jahre (2005: 40 Jahre; 2003: 39,9 Jahre) alt sind. Es ist also insgesamt eine Erhöhung des Durchschnittsalters der Befragten festzustellen. Die Verteilung zeigt sich wie folgt:



Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

Staatsangehörigkeit

Die überwiegende Anzahl der Wohnungslosen hat die deutsche Staatsbürgerschaft (84,5 %), wie die nachfolgende Tabelle zeigt:

Tab. 5: Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit	Anzahl			Prozent		
	2003	2005	2007	2003	2005	2007
Deutsch	152	112	131	78,4	75,7	84,5
Italienisch	13	10	4	6,7	6,8	2,6
Türkisch	8	12	5	4,1	8,1	3,2
Polnisch	5	0	1	2,6	0,0	0,7
Sonstige	16	14	14	8,2	9,4	9,0
Gesamt	194	148	155	100,0	100,0	100,0

Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

Migrationshintergrund

Bei 18 Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft konnte ein Migrationshintergrund festgestellt werden. Diese 18 Personen kommen unter anderem aus der Türkei (2), Polen (2), Kroatien (3) und Kenia (2).

Herkunft/Ort des Wohnungsverlustes

Die Untersuchung zeigt, dass 31,6 % (2003: 35,3 %; 2005: 27,4 %) der wohnungslosen Personen in Karlsruhe geboren sind. 80,3 % (2003: 71,6 %; 2005: 74,8 %) der befragten Personen haben ihre letzte Wohnung im Stadtkreis verloren. Im Landkreis ihre Wohnung verloren haben 6,3 % (2003: 5,9 %; 2005: 0,9 %).

Familienstand

Bei der geschlechtsdifferenzierten Betrachtung des Familienstandes gibt es zu 2003 und 2005 geringe Abweichungen. So ist der Anteil der geschiedenen Frauen mit 31,8 % deutlich höher als die Jahre zuvor, während die Gruppe der ledigen Frauen kleiner geworden ist.

Tab. 6: Familienstand

Familienstand (> 18 Jahre)	Weiblich			Männlich		
	2003	2005	2007	2003	2005	2007
Ledig	54,0	52,4	36,4	65,0	58,0	59,6
Verheiratet	14,0	11,9	6,8	2,5	6,2	4,6
Verwitwet	8,0	0,0	9,1	1,7	0,0	3,7
Geschieden	10,0	19,0	31,8	21,7	28,4	22,9
Getrennt lebend	14,0	16,7	11,4	9,1	7,4	5,5
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

(Angaben in Prozent)

Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

Kinder

93 von 155 Personen beantworteten die Frage, ob sie Kinder haben, mit „ja“. Von diesen 93 Personen leben 13 Personen (8,3 %) mit ihren Kindern zusammen (2005: 20 %; 2003: 24,7 %).

Tab. 7: Kinder

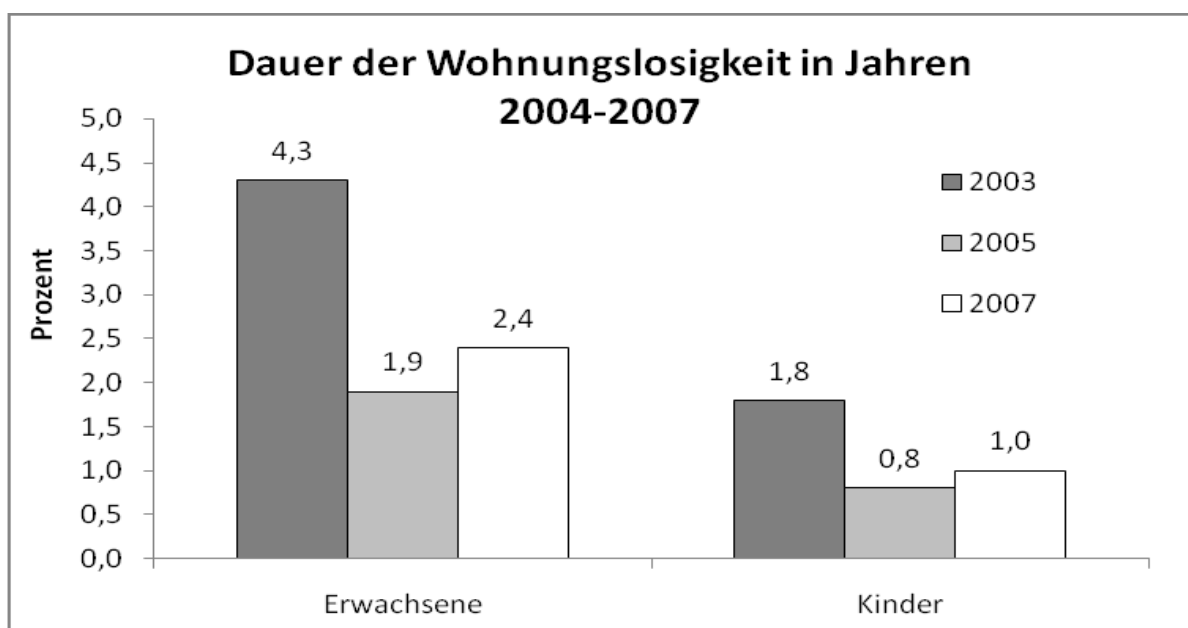
Kinder	2003	2005	2007
Ja	50,6	50,8	60,0
Nein	49,4	49,2	40,0
Gesamt	100,0	100,0	100,0

(Angaben in Prozent)

Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

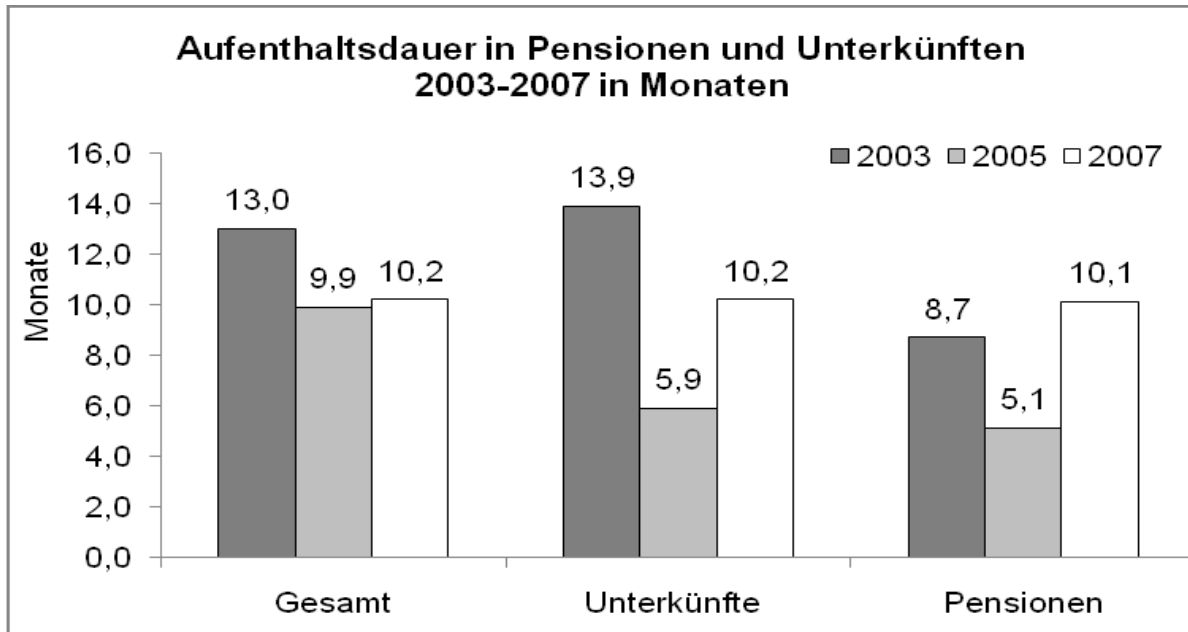
Dauer der Wohnungslosigkeit/Aufenthalt in Einrichtungen oder Pensionen

Nachdem sich die Dauer der Wohnungslosigkeit der Erwachsenen von 2003 (über 4 Jahre) bis 2005 (unter 2 Jahren) um mehr als die Hälfte verringert hat, stieg sie 2007 wieder leicht an und beträgt 2,4 Jahre. Auch bei den Kindern setzt sich dieser Trend fort und beträgt im Jahr 2007 im Durchschnitt 1 Jahr.



Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

Die Aufenthaltsdauer in Einrichtungen, Unterküften oder Pensionen beträgt im Durchschnitt 10,2 Monate; im Vergleich dazu betrug diese im Jahr 2003 ein Jahr und einen Monat, im Jahr 2005 9,9 Monate. Bei einer differenzierten Betrachtung der Obdachlosenunterkünfte und der Pensionen zeigt sich, dass die Aufenthaltsdauer in Unterküften (10,2 Monate) und Pensionen (10,1 Monate) nahezu gleich ist.



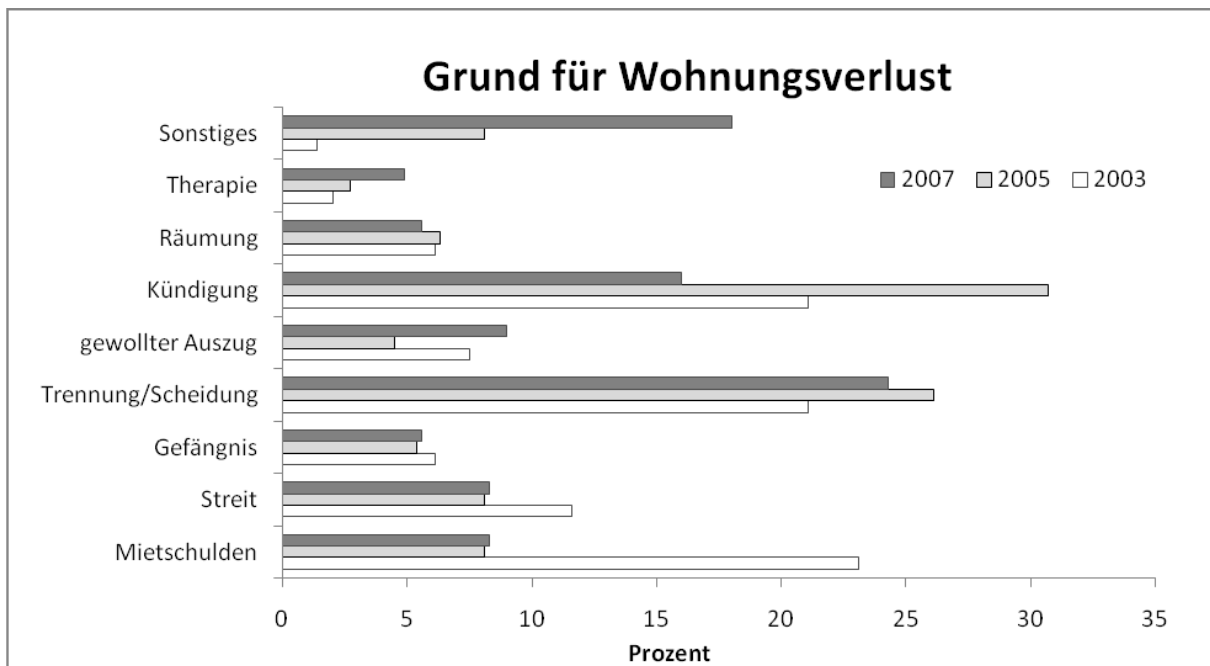
Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

Aufenthalt vor Wohnungslosigkeit

Die Mehrzahl der Befragten, nämlich 82,9 % (2005: 88,6 %; 2003: 82,3 %), die eine Antwort gaben, lebten vor dem Wohnungsverlust in einer eigenen Mietwohnung bzw. in einem möblierten Zimmer. Bei den Eltern lebten bis zum Zeitpunkt der Wohnungslosigkeit 12 der befragten Personen (2005: 9 Personen; 2003: 13 Personen).

Grund für Wohnungsverlust

144 Personen gaben Auskunft darüber, weshalb sie ihre Wohnung verloren haben. 6,9% wurden aufgrund von Mietschulden gekündigt. Im Vergleich zu 2005 konnte diese Zahl halbiert werden, was auf verstärkte präventive Maßnahmen wie zum Beispiel Übernahme von Mietrückständen zurückzuführen ist. Nach dem starken Anstieg der Kündigungen 2005 ist die Zahl wieder deutlich gesunken, jedoch sind die Zahlen der gewollten Auszüge wieder sehr stark angestiegen.



Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

Ursache für Wohnungsverlust

Die Frage nach der Ursache des Wohnungsverlustes sollte hinterfragen, weshalb es zum Beispiel zu einer Kündigung kam. 87 Personen gaben hierzu Antworten:

Tab. 8: Ursache für Wohnungsverlust

Prozent	2003	2005	2007
Alkohol	13,0	10,0	6,9
Mietrückstand	2,9	20,0	6,9
arbeitslos	33,3	10,0	21,8
Trennung	2,9	0	17,3
Streit mit Eltern/Mitbewohner	2,9	6,7	8,0
Ärger mit Vermieter	17,4	16,7	6,9
Eigenbedarf Vermieter	4,4	16,7	8,0
Gesundheitliche Probleme	4,4	3,3	2,4
Sonstiges	18,8	16,6	21,8
Gesamt	100,0	100,0	100,0

(Angaben in Prozent)

Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

Kontakt mit Sozial- und Jugendbehörde (SJB) vor Wohnungsverlust

34 Personen beantworteten die Frage, ob Kontakt zur SJB vor Wohnungsverlust bestand, mit „ja“ (2005: 35 Personen; 2003: 65 Personen). 99 Personen verneinten die Frage (2005: 42 Personen; 2003: 67 Personen). Sofern Kontakt aufgenommen wurde, bestand dieser bei 51,4 % der Befragten zur Fachstelle Wohnungssicherung. 25,7 % suchten Hilfe beim Sozialen Dienst.

Kontakt mit Beratungsstellen

Die folgende Tabelle zeigt, zu wem die befragten Personen Kontakte haben bzw. wie viele Personen die einzelnen Beratungsstellen aufsuchen.

Tab. 9: Kontakt mit Beratungsstellen

Kontakt	2003	2005	2007
Anlaufstelle Frauen	18	10	12
Anlaufstelle Männer	2	1	7
Die Tür/Diakonie	3	3	3
TAFF/Sozpädal	2	1	5
Sozialer Dienst/Stadt Karlsruhe	4	1	6
Sozialpsychiatrischer Dienst	3	2	0
Sozpädal	2	5	9
„IGLU“/Heimstiftung	2	1	1
Straßensozialarbeit	6	1	4
Sozialarbeit im Haus	11	20	46
Drogenberatungsstelle	5	6	1
Betreuer	1	2	3 ¹⁾
GESAMT	59	53	90

¹⁾ Lotsen

Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

Bewertung der Gesundheit

Die Befragten wurden aufgefordert, ihre Gesundheit mit einer „Schulnote“ von 1 (= sehr gut) bis 6 (= sehr schlecht) zu bewerten. Die Verteilung der Noten ist untenstehend abgebildet. Im Durchschnitt bewerteten die befragten Personen, wie im Jahr 2005, ihre Gesundheit mit der Note 2,9 (2003: 3,2).

Eine geschlechtsspezifische Betrachtung zeigt, dass sich Männer und Frauen bei der Bewertung ihrer Gesundheit kaum unterscheiden (Männer: 2,9; Frauen: 3,1)

Tab. 10: Bewertung der Gesundheit

Gesundheit	2003	2005	2007
sehr gut	16,4	14,3	17,5
gut	22,6	30,5	25,5
befriedigend	23,3	31,4	24,8
ausreichend	13,0	9,5	18,1
mangelhaft	11,0	7,6	10,1
sehr schlecht	13,7	6,7	4,0
Gesamt	100,0	100,0	100,0

(Angaben in Prozent)

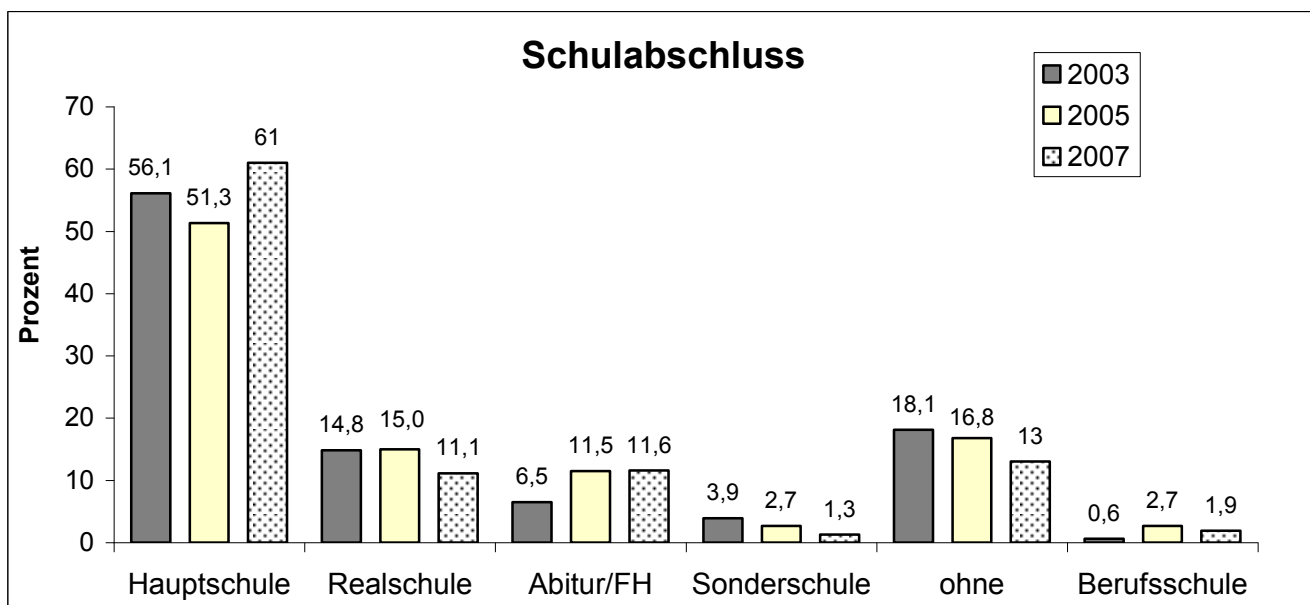
Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

Ärztliche Behandlung

Nachdem sich im Jahr 2005 die Zahl der sich in ärztlicher Behandlung befindenden Wohnungslosen im Vergleich zu 2003 von 42,4 % auf 27,6 % verringert hat, stieg diese Zahl 2007 wieder auf 35,9 %. Die Zahl der Erwachsenen, die im vergangenen Jahr mindestens einen Klinikaufenthalt hatten, stieg 2007 auf 35% (2005: 23,7 %; 2003: 29,1 %).

Schulabschluss

85,1 % der befragten Personen haben eine abgeschlossene Schulausbildung (2003: 78 %; 2005: 80,5 %), der Großteil von ihnen einen Hauptschulabschluss.



Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

Eine geschlechtsdifferenzierte Betrachtung zeigt, dass auch im Jahr 2007 mehr männliche Wohnungslose über einen Schulabschluss verfügen als wohnungslose Frauen.

Tab. 11: Schulabschluss

Abschluss	Männlich in %			Weiblich in %		
	2003	2005	2007	2003	2005	2007
Hauptschule	53,5	52,1	61,8	62,8	50,0	58,1
Realschule	18,8	16,4	11,8	4,7	12,5	9,3
Abitur/FH	7,1	12,3	12,7	4,7	10,0	9,3
Sonderschule	2,7	4,1	0,9	7,0	0,0	2,3
Ohne	17,9	15,1	10,9	18,6	20,0	18,6
Berufsschule	0,0	0,0	1,8	2,3	7,5	2,3
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

Berufsausbildung

Bei der geschlechterdifferenzierten Betrachtung der Berufsausbildung ist festzustellen, dass auch hier kleine Unterschiede bestehen. Während 58,3 % der Männer einen Beruf erlernt haben, liegt der Anteil bei wohnungslosen Frauen immerhin bei 44,1 %. Dennoch verfügen knapp die Hälfte (46,1 %) der wohnungslosen Personen in Karlsruhe über keine Berufsausbildung (inklusive abgebrochene Ausbildung).

Tab. 12: Berufsausbildung

Berufsbildung	Gesamt in %			Männlich in %			Weiblich in %		
	2003	2005	2007	2003	2005	2007	2003	2005	2007
Abgeschlossene Ausbildung	47,8	53,1	53,9	56,0	56,8	58,3	26,7	46,2	44,1
Abgebrochene Ausbildung	17,4	19,5	19,8	18,1	17,6	21,3	15,5	23,1	14,0
Keine Ausbildung	34,8	27,4	26,3	25,9	25,7	20,4	57,8	30,7	41,9
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

Status vor Wohnungslosigkeit – Erwerbstätigkeit heute

Während in den ersten beiden Befragungen noch knapp die Hälfte der befragten Erwachsenen zum Zeitpunkt des Wohnungsverlustes berufstätig war, so beantworteten 2007 nur noch 30,9 % diese Frage positiv. Ein Unterschied zeigt sich jedoch bei den Frauen, deren Erwerbsquote niedriger liegt als bei den Männern, wie folgende Tabelle veranschaulicht:

Tab. 13: Status vor Wohnungslosigkeit

Status vor Wohnungslosigkeit	Gesamt in %			Männlich in %			Weiblich in %		
	2003	2005	2007	2003	2005	2007	2003	2005	2007
Schüler/-in	9,7	4,7	2,2	5,4	5,9	2,0	20,5	2,6	2,5
Arbeitslos	34,2	37,7	54,5	37,8	35,3	57,8	25,0	42,1	45,0
Azubi	0,6	1,0	2,1	0,0	0,0	1,0	2,3	2,6	5,0
Hausfrau/-mann	9,7	4,7	7,7	0,9	0,0	1,0	31,7	13,2	25,0
Erwerbstätig	45,8	50,9	30,9	55,9	57,3	37,2	20,5	39,5	15,0
Rentner/-in	0,0	1,0	2,6	0,0	1,5	1,0	0,0	0,0	7,5
GESAMT	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

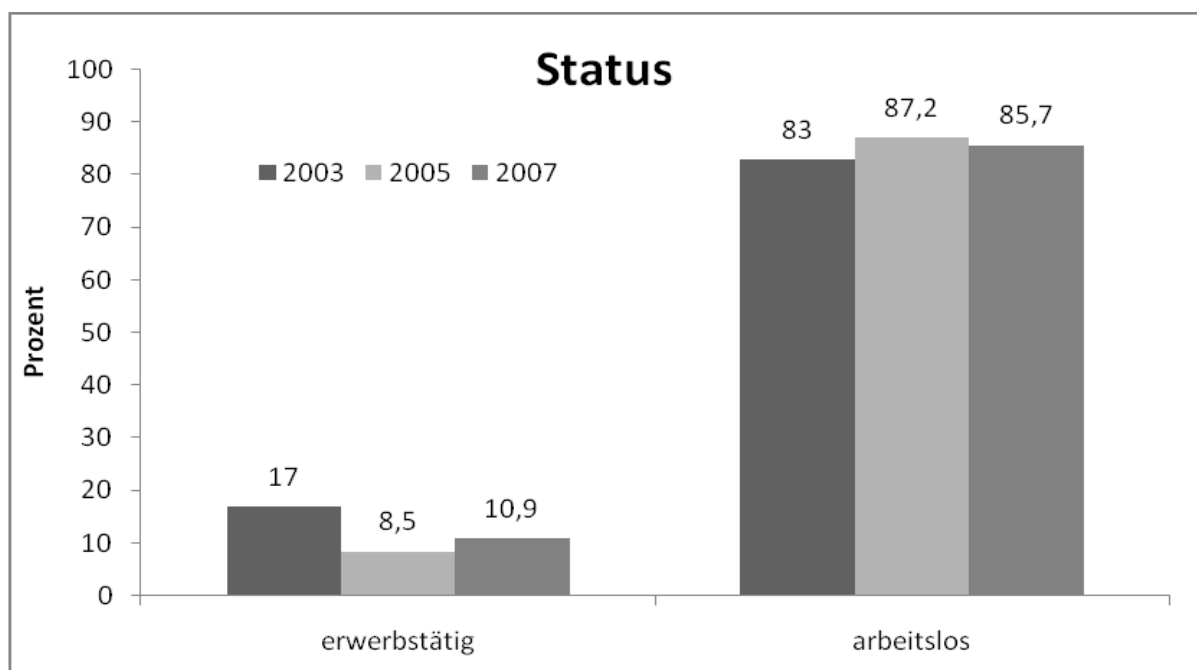
Bis zum Dezember 2007 ist die Erwerbsquote der befragten Personen auf 10,9 % gesunken.

Tab. 14: Status Erwerbstätigkeit

Erwerbstätig	Gesamt in %		
	2003	2005	2007
Ja	17,0	8,5	10,9
Nein	83,0	87,2	85,7
1- bzw. 2-Euro-Jobs	0,0	4,3	3,4
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

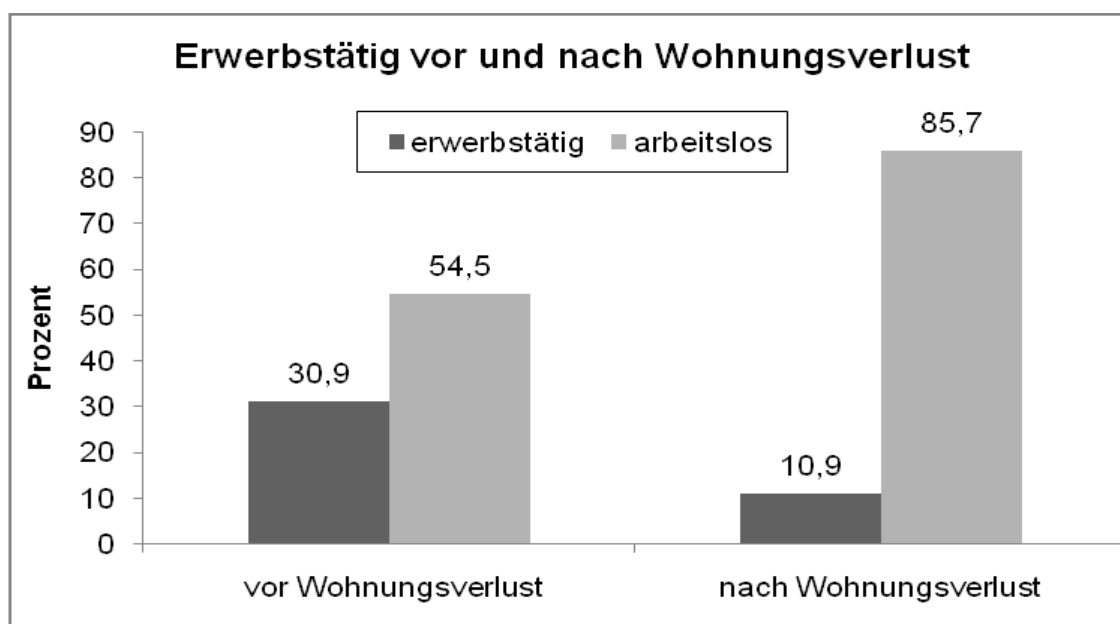
Grafisch stellt sich die Tabelle wie folgt dar:



Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

Nicht im Schaubild dargestellt sind die Eingliederungsmaßnahmen (1- bzw. 2-Euro Jobs), die zum Zeitpunkt der Befragung (2005) 4,3 % ausmachten, (2007) 3,4 %.

Grafisch stellt sich der Unterschied in Bezug auf die Erwerbstätigkeit vor und nach dem Wohnungsverlust wie folgt dar:



Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

Lebensunterhalt

Durch die Umsetzung von Hartz IV und die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe hat sich der Lebensunterhalt der Wohnungslosen dementsprechend verschoben. Lebten 67,5 % der Wohnungslosen im Jahr 2003 von Sozialhilfe, so beziehen heute 74,5 % Arbeitslosengeld II, wie folgende Tabelle veranschaulicht (Mehrfachnennungen mit eingerechnet).

Tab. 15: Lebensunterhalt

Lebensunterhalt	2003		2005		2007	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Berufsverdienst	12	7,4	6	4,8	10	6,2
Sozialhilfe/Grundsicherung	110	67,5	26	21,0	13	8,1
Rente	2	1,2	2	1,6	8	5,0
Arbeitslosengeld II	0	0,0	78	63,0	120	74,5
Arbeitslosenhilfe	27	16,6	0	0,0	0	0,0
Arbeitslosengeld	4	2,5	5	4,0	2	1,3
Vermögen	0	0,0	1	0,8	0	0,0
Unterhalt	1	0,6	1	0,8	2	1,3
Geld von Lebenspartner	3	1,8	3	2,4	1	0,6
Tagessatz	0	0,0	1	0,8	0	0,0
1- bzw. 2-Euro-Jobs	0	0,0	1	0,8	3	1,8
Mutterschutz	1	0,6	0	0,0	0	0,0
Krankengeld	1	0,6	0	0,0	1	0,6
Eltern	1	0,6	0	0,0	0	0,0
Asylleistungen	0	0	0	0	1	0,6
Freiwilliges soziales Jahr	1	0,6	0	0,0	0	0,0
Gesamt	163	100,0	124	100,0	161	100,0

Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

Aus folgender Tabelle ist ersichtlich, dass der Wunsch nach Arbeit am stärksten bei den Frauen zugenommen hat:

Tab. 16: Arbeitswunsch

Arbeits- wunsch	Gesamt			Frauen			Männer		
	2003	2005	2007	2003	2005	2007	2003	2005	2007
Ja	71,7	78,7	81,6	57,5	75,0	81,25	77,5	80,7	81,5
Nein	28,3	21,3	18,4	42,5	25,0	18,75	22,5	19,3	18,4
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

(Angaben in Prozent)

Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

Wohnwunsch

153 Personen gaben über ihren Wohnwunsch Auskunft. 92,2 % wünschen sich eine eigene (Miet-) Wohnung (2005: 87,3 %; 2003: 84,6 %). Die Zahl der Befragten, die sich mit einem möblierten Zimmer oder einem Zimmer in einer Wohngemeinschaft begnügten, ist im Vergleich zu 2005 um fast die Hälfte von 6,8 % auf 3,9 % gesunken (2003: 4 %). Nicht auf der Suche nach einer Wohnung sind nach eigenen Angaben 3,8 % der Befragten.

Die Personen mit dem Wunsch nach einer eigenen Wohnung wurden befragt, ob sie eine Betreuung wünschen. 21,7 % der 141 Personen, die diese Frage beantworteten würden ein Betreuungsangebot annehmen (2005: 22,2 %).

Ziele

Auf die Frage, was die Betroffenen in Zukunft gerne erreichen wollen, antworteten 153 Personen wie folgt:

Tab. 17: Ziele

Ziele	Anzahl der Nennungen
Eigene Wohnung	102
Arbeit	68
Gesundheit/gesund werden	11
Keine Ahnung	10
Keine Ziele	7
Raus aus jetziger Unterkunft	4
1- bzw. 2-Euro Jobs	4
Ausbildungsstelle	4
Eigenes, normales Leben	4
Sprache lernen	3
Literatur lesen	3
Kontakt zum Kind	3
Gute Frau finden	3
Drogentherapie/Alkoholentzug	2
auswandern	2
Kinder zurückbekommen	2
Familie	2
Sport treiben	2
mit Freundin zusammen leben	2
Studieren	2
Neuanfang	2
Schulabschluss machen	1
Kenntnisse in Musikproduktion erweitern	1
In die Politik gehen	1
Führerschein	1
Keine Schulden mehr	1
bei einer Band mitspielen	1
Selbständig machen	1
Drehbuch schreiben	1
Teppiche weben	1
Reisen	1
Einzelbetreutes Wohnen	1
Raus aus dem Milieu	1
Psychische Stabilität	1
Wohnungsverwahrlosung vermeiden	1
Im Lotto gewinnen	1
Kindergartenplatz	1
Ein Buch schreiben	1
Nie wieder wohnungslos werden	1
Rente	1
Abstinenz	1
3 Kinder bekommen	1
Frieden	1
Hund soll Test bestehen	1
Lernen mit Geld umzugehen	1
nach Hause nach Serbien reisen	1
N=153	267

Quelle: Sozial- und Jugendbehörde/Fachstelle Wohnungssicherung 2008

2.14 Kooperation mit der Stadt Stutensee

Im Jahr 2003 hat die Sozial- und Jugendbehörde begonnen, zur Senkung der Kosten für obdachlosenrechtliche Unterbringungen mit Karlsruher Hoteliers Rahmenverträge zu schließen. Auch im Jahr 2006 bestand weiterer Bedarf für 20 Hotelplätze, es konnte jedoch in Karlsruhe kein neuer Partner gefunden werden, der zu maximal 20,00 Euro die Nacht bis zu 20 Betten hätte anbieten können.

In Stutensee bot zeitgleich ein Hotelier diese Platzzahl zu 16,00 Euro die Nacht an. Aus diesem Grund wurde 2006 begonnen, Karlsruher Wohnungslose vorübergehend in einem Hotel in Stutensee unterzubringen. Da die Alternative in Karlsruhe 29,00 Euro pro Nacht gewesen wäre, beläuft sich die Ersparnis der letzten beiden Jahre auf 187.200,00 Euro (20 Betten x 24 Monate x 30 Tage x 13,00 Euro/Bett/Monat Differenz).

Der Oberbürgermeister der Stadt Stutensee, Herr Demal, wurde von der Belegung informiert. Trotz anfänglicher Bedenken verläuft die Unterbringung seit Beginn ohne größere Auswirkungen auf die Stadt Stutensee. Auch für die untergebrachten Menschen ist die Lage des Hotels nicht nachteilig, da der Hotelier einen Shuttleservice zur Stadt Karlsruhe zur Verfügung stellt.

Um der Zusammenarbeit zwischen den Städten Stutensee und Karlsruhe im Bereich der Wohnungslosenhilfe einen festen Rahmen zu geben, wurde Ende 2008 ein gemeinsam erarbeiteter Kooperationsvertrag abgeschlossen, der auch in einer gemeinsamen Sitzung von Mitgliedern der Sozialausschüsse der Stadt Karlsruhe und des Landkreises Karlsruhe diskutiert und befürwortet wurde.



Stadt Karlsruhe



Stadt Stutensee

***Kooperationsvereinbarung
Wohnungssicherung und Wohnungslosenhilfe
in Karlsruhe und Stutensee***

Präambel

Karlsruhe ist Großstadt in einem Landkreis mit 32 Städten und Gemeinden. Die politischen Grenzen der Kommunen – ähnlich den Ortsteilen und Stadtteilen in den Kommunen – entsprechen nicht zwingend den von den dort wohnenden Menschen subjektiv wahrgenommenen Sozialräumen.

Mit der Kooperation zwischen der Stadt Karlsruhe und der Stadt Stutensee soll eine Sozialregion definiert werden, in dieser die Grenzen zwischen den beiden Kommunen gedanklich aufgehoben sind. Der so definierte Sozialraum stellt die räumliche Kulisse der von der Stadt Stutensee und der Stadt Karlsruhe gemeinsam wahrgenommenen Versorgung wohnungsloser Menschen dar.

**§ 1
Ziel**

Ziel dieser Kooperationsvereinbarung aus Karlsruhe und Stutensee ist die bedarfsgerechte und angemessene Wohnraumversorgung von Menschen, bei denen die intensiven Bemühungen um Vermeidung des Wohnungsver-

lustes nicht gelingen konnten. Soweit für diese Menschen nicht unmittelbar Wohnraum zur Verfügung gestellt werden kann, bedarf es einer vorübergehenden obdachlosenrechtlichen Unterbringung. Diese soll so gestaltet werden, dass die Aufenthaltsdauer der untergebrachten Personen so kurz wie möglich gehalten wird. Dazu ist in der Regel die Leistung persönlicher Hilfe für die betroffenen Personen erforderlich.

§ 2 Aufgabenstellung

Die gemeinschaftliche Erfüllung der in § 1 skizzierten Aufgaben erfolgt nach Beschluss der jeweils zuständigen politischen Gremien der Städte Karlsruhe und Stutensee. Der gemeinsame – in der Regel jährlich tagende – Jugendhilfe- und Sozialausschuss des Stadt- und Landkreises Karlsruhe dient in diesem Kontext der kontinuierlichen Sachstandsberichtserstattung des Projekts.

§ 3 Jugendsporthotel

Die Stadt Karlsruhe schließt zum Zweck der obdachlosenrechtlichen Unterbringung von Menschen in Wohnungsnot mit dem Betreiber des Jugendsporthotels in der Helmholtzstr. 7 in 76297 Stutensee einen Kooperationsvertrag über fünf Jahre. Die Einweisung in das Hotel erfolgt über die Stadt Karlsruhe/Fachstelle Wohnungssicherung.

Sofern die Stadt Stutensee keine andere Unterkunft für wohnungslose Menschen findet, kann das Hotel ebenfalls von ihr, zu gleichen Konditionen, belegt werden. Sollte es sich um Menschen handeln, für die eine Unterbringung im Jugendsporthotel ungeeignet erscheint, erklärt sich die Stadt Karlsruhe bereit, diese innerhalb ihres Hilfesystems zu versorgen.

§ 4 Handlungskonzept

Grundlage für die Belegung und Betreuung des Jugendsporthotels ist ein gemeinsames Handlungskonzept, in welches weitere bei Hilfen für wohnungslose Menschen zu berücksichtigende Institutionen, insbesondere Sozialleistungsträger, einbezogen werden sollen.

§ 5 Kosten

Die Stadt Karlsruhe trägt als Obdachlosenpolizeibehörde die Kosten der Unterbringung der Karlsruher wohnungslosen Menschen im Jugendsport-hotel.

Die Stadt Stutensee trägt als Obdachlosenpolizeibehörde die Kosten der Unterbringung wohnungsloser Menschen aus Stutensee im Jugendsporthotel.

Die Kosten für die Versorgung wohnungsloser Menschen aus Stutensee, die aus besonderen Gründen im Karlsruher Hilfesystem versorgt werden müssen, werden von der Stadt Karlsruhe getragen.

§ 6 Inkrafttreten

Diese Vereinbarung tritt zum 01.01.2009 in Kraft. Eine Kündigung aus einem wichtigen Grund ist mit einer Kündigungsfrist von 12. Monaten jederzeit möglich.

10. September 2008

Stadt Karlsruhe

Stadt Stutensee

2.15 Ausblick

Der Wohnungsmarkt wird in Karlsruhe auch in den nächsten Jahren angespannt bleiben, so dass der Zufluss an Menschen mit Wohnungsproblemen anhalten wird.

Für 2009 und 2010 hat die Fachstelle Wohnungssicherung die Aufgabe, das Masterplanziel der Auflösung der unbetreuten Unterkünfte umzusetzen. Zunächst wird die Scheffelstr. 37 in eine betreute Unterkunft für mehrfach chronisch beeinträchtigte Frauen umgewandelt, danach ist die Gartenstr. 9 in Wohnungen umzuwandeln. Auch danach wird noch weiter ein Bedarf bestehen, Familien vorübergehend obdachlosenrechtlich unterzubringen. Ziel soll hierbei jedoch nicht die unbetreute Unterkunft sein, sondern ein Wohnen in einer einfachen Übergangswohnung.

Neben den Unterkünften ist auch ein Augenmerk auf die Entwicklung in den Hotels zu richten. Die Unterbringung im Hotel Fässle wird zum 31.12.09 beendet. Hierfür ist als Ersatz wiederum ein Hotel gedacht, das jedoch als betreute Unterkunft geführt werden soll. Ein besonderer Bedarf besteht hier bei dem Personenkreis, der im Anker versorgt wird, dessen Kapazität jedoch hierfür nicht mehr ausreicht.

Zentrale Themen der Fachstelle werden in den nächsten beiden Jahren die Schnittstellen mit anderen Fachbereichen sein:

Die zunehmende Zahl an jungen Erwachsenen erfordert ein spezielles Unterbringungsangebot für sie, das zwischen Jugendhilfe und Wohnungslosenhilfe angesiedelt ist. Es bleibt abzuwarten, ob die Anzahl an obdachlosen jungen alleinerziehenden Müttern konstant hoch bleibt und auch für diese Gruppe ein spezielles Angebot geschaffen werden muss.

Die zunehmend große Gruppe der psychisch kranken Menschen, die von uns versorgt werden müssen, stellt eine große Herausforderung dar. Hier werden gemeinsam mit dem Gemeindepsychiatrischen Verbund (GPV) bereits Lösungen gesucht, wie Menschen, die bereits im psychiatrischen System waren, von dort auch nach Verlassen einer Einrichtung weiter betreut werden können. Die derzeit vorhandenen Plätze im Bereich der Wohnungslosenhilfe für psychisch Kranke sind ständig belegt, da wenig Wechsel stattfinden. Gemeinsam mit den Kolleginnen der Eingliederungshilfe wird derzeit geprüft, wie man auch für Menschen mit geringerer Mitwirkungsbereitschaft einen Einstieg in die Eingliederungshilfe finden kann.

Weiter begleiten wird uns auch die Suche nach langfristigem Wohnraum hierfür.

Schnittstellen gibt es auch außerhalb der Stadt Karlsruhe: 2008 sind mit der Kooperation mit Stutensee die ersten Schritte zu einer verbesserten Zusammenarbeit in der Wohnungslosenhilfe mit dem Landkreis gemacht worden. Darauf aufbauend wird in 2009 begonnen, gemeinsam mit dem Sozialamt und dem Jobcenter des Landkreises zu erarbeiten, wie die Arbeit noch besser vernetzt werden kann.

3. Soziale Stadtteilentwicklung

Der Karlsruher Gemeinderat hatte in seiner Sitzung vom 18.12.2001 eine zeitliche Reihenfolge der Stadtteilentwicklungsprozesse in Karlsruhe festgelegt. Die Gemeinschaftsinitiative „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - Soziale Stadt“ gilt Stadt- und Ortsteilen, die ins soziale Abseits abzugleiten drohen. Es handelt sich dabei meist um hoch verdichtete einwohnerstarke Stadtteile in städtischen Räumen, die im Hinblick auf ihre Sozialstruktur, den baulichen Bestand, das Arbeitsplatzangebot, das Ausbildungsniveau, die Ausstattung mit sozialer und stadtteilkultureller Infrastruktur sowie die Qualität der Wohnungen, des Wohnumfeldes und der Umwelt erhebliche Defizite aufweisen.

Die Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ erhebt den Anspruch, Quartierentwicklungsprozesse in Gang zu setzen, welche die sozialen Problemgebiete zu selbständig lebensfähigen Stadtteilen mit positiver Zukunftsperspektive machen. In Karlsruhe werden derzeit drei Stadtteile gefördert. Die Oststadt, Innenstadt-West und Mühlburg werden mit einem eigenen Entwicklungs- und Handlungskonzept von einem ämterübergreifenden Sanierungsbeirat in den unterschiedlichen Bereichen unterstützt. Eine enge Kooperation ist hierfür Voraussetzung. Die Federführung im Bereich Soziales, Familie, Beruf, Schule, Bildung, Migrationsfragen, Kinder und Jugendliche sowie Gesundheit obliegt dem Dezernat 3. Die Unmittelbarkeit im Sinne einer kleinräumigen Sozial- und Jugendhilfeplanung genießt hierbei Priorität. Folgende Aufgabenbereiche sind für den Stadtteilentwicklungsprozess unabdingbar:

- Aktivierung der Bürgermitwirkung und -beteiligung,
- Stärkung der lokalen Wirtschaft/Stärkung von Arbeit und Beschäftigung,

- Einrichtung von Stadtteilzentren,
- Entwicklung einer sozialen, kulturellen, bildungs- und freizeitbezogenen Infrastruktur,
- Verbesserung der Wohnsituation in Form von baulichen und wohnwirtschaftlichen Maßnahmen und
- Verbesserung des Wohnwertes durch Aufwertung des Wohnumfeldes und Verbesserung der sozialen Infrastruktur.

Die Auswahl der Stadtteile wird auf kommunaler Ebene in einem transparenten Verfahren geregelt und durch den Gemeinderat beschlossen.

Der Stadtteilentwicklungsprozess im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ bewirkte in den vergangenen Jahren positive Entwicklungen für die Menschen in den Stadtteilen. Die Vielfalt, Kontinuität und Wachstumskraft hat sich in der Oststadt, der Innenstadt-West und Mühlburg zunehmend verbessert und zu einer guten sozialen Infrastruktur weiterentwickelt.

3.1 Soziale Stadt

In Karlsruhe werden drei Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - Soziale Stadt“ gefördert:

- Oststadt (November 2000),
- Innenstadt-West (Dezember 2002),
- Mühlburg (April 2007).

3.1.1 Oststadt

Die Karlsruher Oststadt steht am Ende der Stadtteilentwicklung im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“. Dieser Prozess wird Ende 2010 auslaufen, wengleich noch bei Bedarf eine Verlängerungsoption der Stadt Karlsruhe möglich ist.

Im Einzugsbereich der Schulen leben viele ausländische Familien zum Teil in sehr beengten und schlechten Wohnverhältnissen. Viele Teilfamilien und Alleinerziehende haben nach Trennungssituationen hohe soziale Belastungsfaktoren wie z. B. mangelnde Erziehungskompetenz. Drogen- und

Alkoholprobleme kennzeichnen die außerschulische Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler. Die Quote der Hauptschulabgänger ohne Abschlusszeugnis liegt an den drei Hauptschulen im Quartier mit 17,9 % weit über dem gesamtstädtischen Durchschnitt (8,3 %). Mit diesen negativen Erfahrungen in den Familien und der Schule ist ein Einstieg in die Ausbildung bzw. in den Arbeitsmarkt denkbar ungünstig. Aufgrund der benachteiligenden Voraussetzungen beim Übergang in die Ausbildung oder in den Beruf, insbesondere bei den Jugendlichen, sind die Chancen auf Vermittlung in Arbeit schlecht. Es ist festzustellen, dass die Karlsruher Oststadt als Programmgebiet der sozialen Stadt nach wie vor einen sehr hohen sozialräumlichen Handlungsbedarf aufweist. Aus den Stadtteilentwicklungsprozessen in der Karlsruher Oststadt ist das Oststadtforum hervorgegangen und hat sich mittlerweile als tragende Säule in der Oststadt etabliert. Nahezu alle Einrichtungen, Institutionen, Verbände, Initiativen, Bürgerinnen und Bürger, Schulen, Existenzgründer, Einzelhändler, Betriebe sind im Oststadtforum organisiert. Im Rahmen der Stadtteilentwicklung hat sich das soziale Klima verbessert und zu einer guten sozialen Infrastruktur geführt.

3.1.2 Innenstadt-West

Die Innenstadt-West ist seit 2003 Programmgebiet der Sozialen Stadt. Im Stadtteil gibt es einen deutlich überdurchschnittlichen Ausländeranteil Erwachsener und unter 18-Jähriger, sowie einen überdurchschnittlichen Arbeitslosenanteil. Die Leopoldschule hat einen sehr hohen Anteil an Migrantinnen und Migranten. Ein Einstieg in den Arbeitsmarkt bzw. in die Ausbildung ist daher denkbar ungünstig. Aus sozialer Sicht ist das Defizit im sozialen Zusammenhalt aufgrund unterentwickelter Schlüsselqualifikationen der Bewohnerinnen und Bewohner wie Bildung und Sprachkompetenz offensichtlich. Jugendlichen fehlt es an Bewegungsräumen, sozial benachteiligte Menschen finden oft keinen Anschluss und haben Bedarf im Gesundheitsbereich. Der Übergang von der Schule in die Ausbildung bzw. in den Beruf stellt für die Jugendlichen nach wie vor eine große Hürde dar. Die Integration von Migranten und Migrantinnen durch sprachliche Förderung ist von hoher Priorität. Das Netzwerk „lokal sozial“ in der Innenstadt-West hat sich zwischenzeitlich im Stadtteil etabliert.

3.1.3 Mühlburg

In allen drei Stadtvierteln Alt-Mühlburg, Rheinhafen und Mühlburger Feld liegt der Anteil der Arbeitslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 65 Jahren über dem städtischen Durchschnitt (7,5 %). Auch der Anteil der Personen mit SGB II-Bezug an der Wohnbevölkerung liegt deutlich über dem städtischen Durchschnitt. Besonders betroffen sind die Alleinerziehenden (ca. 36 %) sowie generell die Haushalte mit Kindern (29,1 %). Die überdurchschnittliche Anzahl von Fällen von Hilfe zur Erziehung und der Jugendgerichtshilfe verdeutlicht den Handlungsbedarf im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe. In vielen Familien, besonders auch bei Alleinerziehenden, sind Anzeichen von Überforderungen auszumachen. Die Hardtschule im Gebiet Rheinhafen ist die Grundschule in Karlsruhe mit der niedrigsten Übergangsquote von Klasse 4 in die weiterführenden Schulen (29,7 % gegenüber 51,3 % im städtischen Durchschnitt). Es ist festzustellen, dass in Mühlburg im Gegensatz zu früheren Jahren die Gewaltbereitschaft von Schülerinnen und Schülern deutlich zugenommen hat. Eine massive Zunahme an Schulschwänzern muss konstatiert werden. Die in Mühlburg liegende Hardtschule hat einen sehr hohen Anteil an Migranten. Damit zeigen sich in Mühlburg deutliche Benachteiligungen hinsichtlich der Bildungsprozesse. Die Kinder und Jugendlichen, die aufgrund des Aufwachsens in einem sozialen Brennpunkt als benachteiligt gelten müssen, sind spezielle Zielgruppen des Bundesländer-Programms „Soziale Stadt“. Mit den Schulen wurden gemeinsam Überlegungen angestellt, wie die Erziehungskraft der Familien gestärkt werden kann.

3.2 Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS)

Das Förderprogramm „Lokales Kapital für soziale Zwecke – LOS“ hat im Stadtteil-Entwicklungsprozess einen wesentlichen Teil zur Weiterentwicklung der Stadtteile beigetragen. LOS hat erfolgreich mitgeholfen, benachteiligte Menschen beruflich und sozial in ihrem Stadtteil zu integrieren. Mit den maßgeschneiderten Angeboten des Programms wurden Menschen erreicht, die nicht auf dem Arbeitsmarkt tritt fassen konnten. Die Zahlen beweisen das. In rund 300 Mikroprojekten wurden mehr als 3.500 Menschen, Kinder und Jugendliche gefördert, um ihre Chance im Hinblick auf Schulabschlüsse, Ausbildung, Qualifikationen und „lebenslanges Lernen“ zu verbessern. Der soziale Zusammenhalt, die Stärkung der sozialen und wirtschaftlichen Potenziale und die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit

in den Stadtteilen Karlsruhe Oststadt und Innenstadt-West haben hierbei eine große Bedeutung.

„Lokales Kapital für soziale Zwecke – LOS“ wird im Jahr 2009 fortgeführt um die sozialen und beschäftigungswirksamen Potenziale vor Ort zu aktivieren und denjenigen, die auf Unterstützung angewiesen sind, weiterhin helfen zu können. Die entsprechenden Anträge und lokalen Aktionspläne für die drei Programmgebiete der sozialen Stadt - Oststadt/Rintheim, Innenstadt-West und Mühlburg - für den Förderzeitraum 2009 bis 2013 wurden gestellt bzw. eingereicht.

3.3 Wohngebiete

Ein Hauptziel des Gesamtkonzepts Wohnungslosenhilfe `97 war, die Situation von Menschen in Wohngebieten mit einfachem Wohnungsbestand der Volkswohnung GmbH zu verbessern. Die Wohngebiete Nußbaumweg und Kleinseeäcker waren vor allem in baulicher Hinsicht im Vergleich zu den angrenzenden Wohngebieten der Stadt Karlsruhe nicht integriert. Man war sich darüber einig, dass bauliche Maßnahmen zur Anpassung an die heute üblichen Wohnstandards aus ökologischen und ökonomischen Gründen notwendig waren. Aus diesen Gründen hat die Volkswohnung GmbH entsprechende Maßnahmen, die im Gesamtkonzept Wohnungslosenhilfe `97 formuliert wurden, umgesetzt. Die Sanierungen der Wohngebiete Kleinseeäcker und Nußbaumweg sind abgeschlossen. Der Ansatz für eine Verbesserung der Situation wird in einem kleinräumigen maßgeschneiderten Vorgehen von bereits gut vernetzten Einrichtungen und Institutionen gesehen. Durch die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist es gelungen, eine hohe Identifikation mit ihrem Wohngebiet zu schaffen. Nachfolgend wird die Situation der ausgewählten Wohngebiete Nußbaumweg, Kleinseeäcker, Zeppelinstraße/Durmshheimer Straße, Karl-Flößer-Straße und Lachäcker dargelegt.

3.3.1 Nußbaumweg

Die Wohnsituation im Nußbaumweg wird von den Bewohnerinnen und Bewohnern grundsätzlich positiv beschrieben. Insbesondere die Sanierung der Treppenhäuser und der Lichthanlagen und die Nachbesserung der Eingangssituation in den Häusern wurden von den Bewohnerinnen und Bewohnern positiv erlebt. Die Kinder und Jugendlichen sind mit der Gestaltung der Außengelände nicht zufrieden. So wünschen sich die Jugendli-

chen nach wie vor einen Bolzplatz und entsprechende Freizeitanlagen. Das Gartenbauamt führt im regelmäßigen Turnus die Spielplatzsanierung durch. Alle Geräte werden in einen betriebssicheren Zustand versetzt. Nach wie vor sind die Themen wie die Förderung der Nachbarschaftsentwicklung, die Entwicklung von Hilfsangeboten für Haushalte, die auf Transfereinkommen angewiesen sind, die Weiterentwicklung der schulischen und außerschulischen Unterstützungsformen im Bildungsbereich für die Kinder und die Jugendlichen bedeutsam. Das Diakonische Werk mit seiner Spiel- und Lernstube und die Jugendsozialarbeit leisten hier einen wichtigen Beitrag. Im Nußbaumweg hat sich die Datenlage kaum verändert. Die Anzahl der Bewohnerinnen und Bewohnern ist konstant. Dabei ist der Anteil an Alleinerziehenden-Haushalte nach wie vor hoch. Nach Aussagen der Spiel- und Lernstube ist die Sonderschulquote bei den Kindern und Jugendlichen nach wie vor gering.

3.3.2 Kleinseeäcker

Neben den baulichen Erfordernissen gilt der Verbesserung der sozialen Lebenslage der Bewohnerinnen und Bewohner in Kleinseeäcker das Hauptaugenmerk. Basis hierfür ist ein kleinräumiges Vorgehen von bereits vernetzten sozialen Institutionen.

Die Ergebnisse der Befragung der Universität Karlsruhe am 12. und 13. Februar 2008 in Kleinseeäcker wurden zusammenfassend im Sozialausschuss des Gemeinderats der Stadt Karlsruhe am 02.04.2008 vorgestellt. Folgende sich verfestigende Tendenzen in den Zeitreihen ab 1996 sind 2008 besonders aufgefallen:

- Erfasst wurden bei der Befragung 2008 in Kleinseeäcker im Wohnblock 12 und Wohnblock 14 insgesamt 112 Personen in 47 Haushalten (62 Erwachsene und 50 Kinder),
- der Migrantenteil liegt unter 10 %. 90,2 % der Bewohner besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit,
- der hohe Anstieg von Kindern und Jugendlichen auf 44,7 % am Anteil der Bevölkerung (1996 = 18,1 %) gepaart mit dem Anstieg der Gruppe der Alleinerziehenden, besonders die große Gruppe der Kinder unter 6 Jahren,
- der stark gesunkene Anteil der berufstätigen Bewohner (19,1 %) im Vergleich zum gestiegenen Anteil der Bewohner mit staatlichen Transferleistungen (63 %); 59,6 % beziehen ALG II,

- Verfestigungstendenzen zum Stadtteil Oberreut: 50 % haben vor ihrem Umzug nach Kleinseeäcker in Oberreut gewohnt und 48,7 % wollen dort auch bei einem Umzug wohnen bleiben,
- Änderungswünsche betreffen in der Befragung 2008 eher die sozial-räumlichen Wohnbedingungen als die bauräumlichen; hinzu kommt eine gewisse Abneigung zwischen den Bewohnern von Wohnblock 12 und Wohnblock 14,
- die Langzeitbewohner (25), die Alleinstehenden (18) und ein Teil der Kinderreichen (12), besonders die Alleinerziehenden, sind am zufriedensten. Je länger die Wohndauer und je enger die familiären Bindungen sind, je zufriedener sind die Bewohner,
- die Unzufriedensten sind zu einem Drittel nicht aus Karlsruhe und wollen alle (14) ausziehen und
- der Auszugswunsch ist bei 41,9 % der Bewohner vorhanden, 58,1 % schließen dies aus.

Bei den Kindern und Jugendlichen zeigen sich bildungsmäßig negative Tendenzen:

- Von den 24 Schulpflichtigen besuchen 41,6 % eine Grund- und Hauptschule, 16,6 % eine Schule für Erziehungshilfe und 41,6 % eine Förderschule,
- von den 3- bis 6-Jährigen besuchen fast alle regelmäßig einen Kindergarten und
- nur 5,9 % besuchen eine Freizeiteinrichtung im Wohngebiet oder sind Mitglied in einem Verein.

Aufgrund dieser Ergebnisse hat der Sozialausschuss des Gemeinderats der Stadt Karlsruhe in seiner Sitzung vom 23.07.2008 der sozialen Begleitung und Unterstützung der Bewohnerinnen und Bewohner in Kleinseeäcker zugestimmt. Folgende Rahmenbedingungen, Ziele und Aufgaben zur Gestaltung eines Konzeptwettbewerbs wurden vorgegeben:

1. Dezentrale Versorgung mit Wohnraum und Nachbetreuung der auszugswilligen Familien in ihrem neuen Wohnumfeld,
2. Initiierung der kleinräumigen sozialen Quartiersentwicklung Kleinseeäcker unter Berücksichtigung der anvisierten baulichen und räumlichen Vorhaben in unmittelbarer Nachbarschaft,

3. Akquise von Wohnraum in Stadtteilen mit einem im gesamtstädtischen Vergleich unterdurchschnittlichen Anteil an Haushalten, die auf Grundsicherung für Arbeitssuchende angewiesen sind,
4. Unterstützung und Begleitung beim Umzug, persönliche und praktische Hilfen für den Wohnungsbezug und die Fragen des Einlebens in die neue Lebenssituation der betroffenen Familien,
5. Nachbetreuung der Familien nach Umzug im neuen Wohnumfeld,
6. Quartiersmanagement im Sinne des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“ für die in Kleinseeäcker verbleibenden Bewohner/innen und
7. aufsuchende Sozialarbeit (auszugswillige Familien)

Der Projektzeitraum ist vom 01.04.2009 bis zum 31.03.2011 vorgesehen. Auf die Ausschreibung haben sich drei Träger beworben. Im Rahmen des Auswahlverfahrens wurde die Arbeiterwohlfahrt mit der Trägerschaft für das Quartiersmanagement beauftragt, die Ohlebusch GmbH wird die Begleitung der auszugswilligen Familien übernehmen.

3.3.3 Zeppelinstraße/Durmshheimer Straße

Die Häuser Nr. 52, 54, 60 und 62 sind entmietet und abgerissen worden. Das Stadtplanungsamt und die Volkswohnung planen derzeit auf diesem Areal ein Mehrgenerationenhaus. Das Projekt wurde bereits im Planungsausschuss vorgestellt und geht jetzt in die intensivere Beplanung.

3.3.4 Karl-Flößer-Straße

Von Seiten der Volkswohnung GmbH besteht die Planung, die Karl-Flößer-Straße 8 und 10 zu entmieten, abzureißen und eine Neubebauung zu planen. Die beiden Blocks konnten noch nicht vollständig entmietet werden. Die bereits ausgezogenen Mieter wurden mit neuem Wohnraum in Karlsruhe versorgt. Über die zeitlichen Abläufe konnte bis zum heutigen Zeitpunkt noch keine genauere Planung von Seiten der Volkswohnung GmbH mitgeteilt werden.

3.3.5 Lachäcker

Im Frühjahr 2006 hatte die Universität Karlsruhe eine Befragung der Bewohner und Bewohnerinnen des Wohngebiets Lachäcker durchgeführt. Zum Befragungszeitraum lebten etwa 100 Personen in 21 Haushalten auf dem Wohnwagenabstellplatz, davon 43 Erwachsene und 47 Kinder und

Jugendliche unter 18 Jahren. 60,4 % sind davon Frauen, ein Drittel 27,9 % sind Männer. Über drei Viertel der Bewohner (75,8 %) sind Eltern und haben zwei bzw. drei Kinder. Knapp die Hälfte der Frauen gab an, zurzeit Hausfrau und Mutter zu sein (48,7 %), 23 % sind arbeitslos und 65,1 % der Haushalte beziehen Leistungen des ALG II. Über die Hälfte der Bewohner (51,1 %) will den Wohnwagenabstellplatz nicht verlassen. Ein Viertel möchte wegziehen (25,8 %). Die dringlichsten Probleme, die auf dem Platz verändert werden sollten, sind vor allem bauräumliche Probleme. Das Müllproblem mit 19,4 %, der Zustand des Spielplatzes mit 12,7 % und die Rattenplage mit 10,6 % waren die häufigsten Nennungen. Das Durchschnittsalter der Kinder beträgt zum Befragungszeitraum 11,5 Jahre. Dabei fällt die hohe Anzahl derjenigen auf, die die Förderschule besuchen bzw. besucht haben (53,8 %). Fazit:

- Der Wohnwagenabstellplatz muss als langfristiges Ziel als Wohnquartier besonderer Art entwickelt werden, da die Bewohner/-innen sehr zufrieden mit dieser Lebensform sind, nicht ausziehen wollen, aber berechnigte bauräumliche Umgestaltungswünsche haben,
- aus dem Quartier sollte ein Wohnumfeld geschaffen werden, das besonders den zahlreichen Kindern ein normales und perspektivenreiches Aufwachsen ermöglicht, um Armutskarrieren zu verhindern,
- die bauräumlichen Probleme müssen beseitigt werden und
- die Gründung eines Sanierungsbeirats, die Integration der Bewohner/-innen und die Koordinierung und Planung müssen gewährleistet sein.

Der Karlsruher Gemeinderat hat in den Beratungen über den Haushaltsplan 2007/2008 die Mitteleinstellung für die Sanierung des Landfahrerplatzes, insbesondere für die Schaffung von Kinderbetreuung und Bildungsmöglichkeiten in Höhe von jährlich 100.000,00 Euro, beschlossen. Ziel ist neben der Abschaffung der baulichen Probleme insbesondere, den Bewohnerinnen und Bewohnern Kinderbetreuungs- und Bildungsmöglichkeiten zu bieten. Im Rahmen der Beteiligung wurde ein Bewohnerrat Lachäcker von den Bewohnerinnen und Bewohnern des Wohngebiets Lachäcker gewählt. Im Oktober 2007 fand unter der Leitung von Herrn Ersten Bürgermeister Denecken eine Bewohnerversammlung für das Wohngebiet Lachäcker statt. Der Sanierungsbeirat setzt sich aus vier gewählten Bewohnern des Wohngebiets Lachäcker, Vertreterinnen der Fraktionen des Karlsruher Gemeinderats und zwei Vertretern der Sozial- und Jugendbehörde zusammen. Im Rahmen der Beteiligung ist hier vor allen Dingen die Förderung der Nachbarschaftsentwicklung und die Entwicklung von Hilfeangeboten

für Haushalte, die auf Transfereinkommen angewiesen sind, die Weiterentwicklung der schulischen und außerschulischen Unterstützungsformen im Bildungsbereich für die Kinder und die Jugendlichen und die Ausbildungssituation von Schulabgängern bzw. Qualifizierungsmaßnahmen von bestimmten Zielgruppen vorrangig zu erarbeiten. Der Bewohnerrat begleitet das Konzept zur Umgestaltung des Wohngebiets Lachäcker und strebt eine gute Kooperation mit allen Beteiligten an. Zwischenzeitlich fanden neun Sitzungen des Bewohnerrats Lachäcker vor Ort statt.

In den Sitzungsterminen am

22.01.2008
27.02.2008
01.04.2008
29.04.2008
11.06.2008
17.07.2008
16.09.2008

wurden bauräumliche Themen geklärt:

- Gestaltung Kinderspielplatz,
- Müllentsorgung und Gestaltung des Müllplatzes,
- Entsorgung der Alt-Container,
- Planung, Anschaffung und Gestaltung des Lerncontainers,
- Sicherheit auf dem Platz.

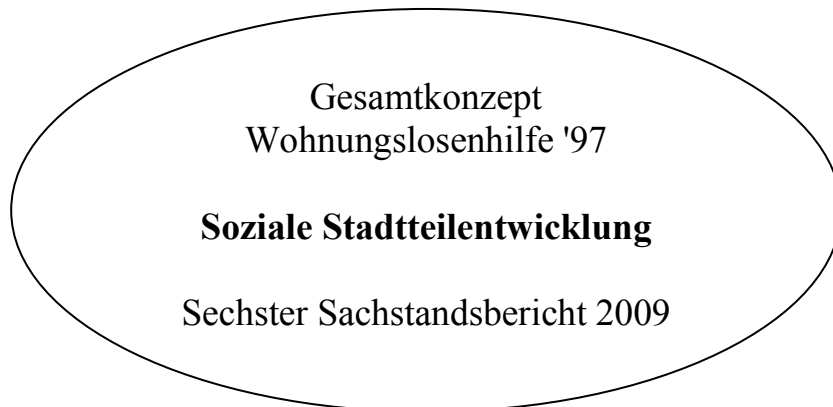
In den Sitzungsterminen am

06.11.2008
09.12.2008
03.02.2009

wurden Kinderbetreuungs- und Bildungsmöglichkeiten besprochen und vorbereitet:

- Jedes Kind im Vorschulbereich erhält einen Kindergartenplatz,
- Ausschreibung und Sichtung der Angebote für die Kernzeitbetreuung vor Ort,
- Kursangebot „Lesen und Schreiben lernen“ vor Ort,
- Bildungs- und Ausbildungsberatung.

3.4 Zielkategorien 2009 - 2011



Wohngebiete

- Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“:
 - Oststadt 2000 – 2011,
 - Innenstadt West 2003 - 2013,
 - Mühlburg 2007 – 2015.
- Vorbereitende Untersuchung „Soziale Stadt“ Stadtteil Rintheim 2009/2010,
- Erstellung einer neuen Prioritätenliste für SSP-Gebiete in Karlsruhe (2010),
- Quartiersmanagement Kleinseeäcker,
- Quartiersentwicklung Lachäcker,
- Fortentwicklung baulicher Maßnahmen (Abriss, Sanierung, Modernisierung, Neubau) wie z. B. Karl-Flößer-Str., Weiterentwicklung Nußbaumweg.

Zielgruppenorientierte Konzepte

- Neubeantragung LOS für die Stadtteile:
 - Oststadt/Rintheim,
 - Innenstadt-West und
 - Mühlburg.
- Umsetzung der beantragten Förderprogramme,
- Europäisches Städtenetzwerk „Elisan“,
- Umsetzung Konzept Analphabetisierung Wohnwagenabstellplatz,
- Umsetzung Konzept Alleinerziehende,
- Leseprojekt in den Quartieren Lachäcker und Kleinseeäcker,
- Qualifizierungs- und Bildungsangebote im Wohngebiet Kleinseeäcker,
- Das Europäische Jahr 2010 zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.